PHILIP SNOWDEN:

AMERIKAS GOLDVORRAT

Weshalb die Union Gold thesauriert

Die Vereinigten Staaten besitzen heute etwa 43 % des gesamten Goldvorrates der Welt. Der Wert belief sich Anfang Juli ds. Js. auf etwa 4,5 Milliarden Dollar.

Dieser ungeheuere Goldbestand der Vereinigten Staaten steht in keiner Beziehung zu deren wirklichem Bedarf an Goldreserven. Die Höhe der Goldrücklagen von Zentralbanken unterliegt bekanntlich in allen Kulturländern gesetzlichen Vorschriften. Diese Rücklagen hatten bisher aus traditionellen und psychologischen Gründen den Zweck, das Währungssystem des betreffenden Landes zu sichern und dem großen Publikum das Gefühl des Vertrauens zu geben. Heute weiß man, daß Papiergeld als Wertmittel fast dieselben Dienste leistet wie die Goldmünze. Die Ungefährlichkeit einer Einziehung von Goldmünzen als Umlaufsmittel und deren Ersatz durch Papiergeld wird daher vielfach anerkannt. Die wichtigsten Bestimmungen von Goldreserven liegt heute in deren Verwendung als Zahlungsmittel bei der Regelung der Zahlungsverpflichtungen an das Ausland im internationalen Handelsverkehr. Die Bedürfnisse dieses Verkehrs lassen sich ziemlich genau abschätzen; der Umfang der notwendigen Goldreserven läßt sich also leicht feststellen.

Die Erfahrung in Ländern, deren Finanzen gesund und deren Banksysteme hochentwickelt sind, hat gezeigt, daß es zweckmäßig, zeitweise ratsam ist für die Zentralfinanzinstitute, etwa den Bedarf von 2 Monaten an Goldvorräten in der Hand zu haben, um für die Einfuhrbedürfnisse ihres Landes gerüstet zu sein.

Aber selbst so hohe Goldreserven sind nicht absolut notwendig, wie das Beispiel bestimmter Länder — z. B. der Tschechoslowakei — lehrt. Dieses Land mit seinem ständig zunehmenden Außenhandel hat es möglich zu machen gewußt, mit einer Goldreserve auszukommen, die etwa der Golddeckung seines Geldbedarfes für 2 Wochen entspricht. Mit dieser geringen Goldreserve arbeitet das Land schon seit etwa 3 Jahren, indem es sich für die Durchführung seiner Wechselverbindlichkeiten vornehmlich auf seine Bankguthaben im Auslande verläßt. Wenn wir als Durchschnitt einen Zweimonatsbedarf für Importzwecke als genügend annehmen, ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten etwa 700 Millionen Dollar an Goldreserven nötig haben, während sie tatsächlich über sechsmal so groß sind.

Es ist schwer, den wahren Zweck der amerikanischen Goldthesaurierungspolitik zu erkennen. Vor dem Kriege besaßen die Vereinigten Staaten etwa 20 % des

internationalen Goldvorrates, heute über 40 %. Obwohl ihr Reichtum in erheblich stärkerer Weise zugenommen hat als derjenige anderer Länder, erfordert diese Steigerung keineswegs einen so gewaltigen Goldvorrat für währungstechnische Zwecke. Die plausibelste Erklärung für die Goldthesaurierung der Vereinigten Staaten ist es daher, daß die Union sich von der Annahme leiten läßt, die Goldvorräte der Welt werden geringer, weshalb eine Steigerung des Goldwertes und damit ein Absinken der internationalen Warenpreise wahrscheinlich ist.

Die Vereinigten Staaten haben ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung des Goldpreises. Die englischen und anderen europäischen Schulden ruhen auf Goldbasis. Amerika leiht in großem Maße an Länder, deren Währung gleichfalls das Gold zugrunde liegt, so daß die Union ein großes Interesse daran hat, zu vermeiden, daß eine Minderung des Goldwertes eintritt. Der bekannte schwedische Nationalökonom Dr. Cassel hat kürzlich diese Zusammenhänge erörtert und mit Besorgnis auf die Aussichten eines Rückganges der Weltgoldbestände hingewiesen. Wenn dieser Rückgang eintritt, während zu gleicher Zeit der Weltgoldbedarf zunimmt, so müssen wir mit einer Steigerung des Goldwertes und mit einem Fallen der Warenpreise rechnen. Dann bildet natürlich der Besitz von etwa der Hälfte des internationalen Goldvorrates für die Vereinigten Staaten einen Machtfaktor ersten Ranges. Er gibt ihnen eine dominierende Stellung in Finanzfragen und versetzt sie in die Lage, den Stand der Warenpreise zu kontrollieren.

Die Politik des Bundesreserveamtes geht ja in der Richtung möglichster Stabilisierung der Preise, während z. B. die englische Regierung das Bestreben zeigt, auf ein Sinken des Goldwertes hinzuarbeiten. Eine solche Politik ist verständlich, wenngleich ihre Zweckmäßigkeit füglich bezweifelt werden kann. Bei einer Steigerung des Goldpreises um 1 % erhöht sich die Last der englischen Nationalschuld um etwa 77 Millionen, doch kann das, was man infolge einer evtl. Verringerung des Goldwertes an der englischen Nationalschuld erspart, durch den Wertrückgang der englischen Investierungen im Auslande mehr als verlorengehen.

Haben so die Vereinigten Staaten in der Thesaurierung ihrer Goldbestände scheinbar den festen Vorsatz, ein Absinken des Goldwertes zu verhindern, ja vielleicht sogar auf eine Steigerung hinzuarbeiten, so besitzen die anderen Länder durchaus die Möglichkeit, diese Vormachtsbestrebungen Amerikas zu erschweren.

Wenn der auf der Konferenz von Genua empfohlene Plan aufgenommen worden wäre, an Stelle von Gold ausländische Wechsel oder Depots im Auslande als Währungsdeckung zu verwenden, wenn ferner die europäischen und asiatischen Länder einen Teil ihrer Goldvorräte abgäben, um sie internationalen Bedürfnissen zuzuführen, würde sich ein starkes Sinken des Goldwertes ergeben.

Solche Erwägungen haben es bereits ratsam erscheinen lassen, einen Plan für die Kontrolle der internationalen Goldbestände mit dem Ziele der Stabilisierung ihres Wertes zu entwerfen. Eine enge Zusammenarbeit mit Amerika würde hier-

bei von größter Bedeutung sein. Diese Zusammenarbeit ließe sich wahrscheinlich erzielen, wenn man die Union davon überzeugen könnte, daß sie einen sehr unsicheren und zweifelhaften Aktivposten in ihren ungeheueren Goldvorräten besitzt.

Wünscht man die Gefahren, die sich aus einer Verringerung der Goldvorräte ergeben könnten, zu vermeiden, so muß man die Bestände der Vereinigten Staaten im Interesse des internationalen Marktes verteilen. Vor zwei Jahren schien Amerika geneigt, einen Teil seines Goldvorrates abzugeben, doch hat das Land sich kürzlich wieder der Goldthesaurierungspolitik zugekehrt. Diese Umstellung scheint auch durch die indische Währungspolitik beeinflußt zu sein, da Indien seine Goldreserven erheblich vergrößert hat, um seine neue Währung zu sichern.

Amerika wird zweifellos früher oder später einsehen, daß seine eigenen Interessen mit den Weltinteressen identisch sind. Seine Goldreserven werden dann vielleicht dafür verfügbar gemacht werden, die Aufrechterhaltung des Goldwertes und eine Stabilisierung der internationalen Warenpreise in die Wege zu leiten.

Auf der kürzlich erfolgten Zusammenkunft der Zentralbankpräsidenten wurden solche Fragen sicherlich diskutiert. Obwohl die Bank von England zunächst nicht den Anregungen der Konferenz von Genua folgte, die ein gemeinsames Vorgehen der Zentralbanken im Sinne der Festlegung eines Planes für die Stabilisierung des Goldwertes empfahl, haben doch verschiedentlich unverbindliche Besprechungen zur Erreichung dieses Zieles stattgefunden.

William E. Borah:

GEHEIMDIPLOMATIE UND WELTFRIEDEN

Es gibt eine niedliche kleine Anekdote im Zusammenhang mit dem Friedensschluß zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Kriege von 1870/71. Sie wirft ein interessantes Licht auf die Methoden der damaligen Geheimdiplomatie. Frankreich war sehr besorgt, die Festung Belfort im Elsaß zurückzuerhalten. Einer der Unterhändler war ein energischer und zäher Geschäftsmann, ein vorzüglicher Menschenkenner und gewiegter Diplomat mit Namen Pouyer-Quertier. Die Vertreter der beiden Großmächte hatten bereits bis spät in die Nacht verhandelt, ohne sich zu einigen; Bismarck, der sich unzugänglich zeigte, teilte endlich mit, daß er müde sei und sich zurückzuziehen wünsche. Pouyer-Quertier bestand indessen darauf, noch eine Flasche Wein zu trinken, und Bismarck gab schließlich nach. Bevor diese Flasche ausgetrunken war, war Belfort Frankreich wieder zurückgegeben worden (? D. Red.).

Seit beinahe drei Jahrhunderten werden hinter verschlossenen Türen bei Empfängen und Gelagen, die mit den Interessen und mit der Wohlfahrt der daran beteiligten Völker doch wirklich nichts zu tun haben, ganze Nationen ver-

schachert. Die Geheimdiplomatie und die Methode, über lebenswichtige Interessen der Nationen hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, bildeten eine der Hauptursachen für den Ausbruch des Weltkrieges. Die Geschichte der Diplomatie etwa von der Marokko-Affäre bis zum August 1914 ist in der Tat nichts anderes als die Geschichte vom Beginne des Weltkrieges. Die Völker, auf die eine so große Last fiel, wußten wenig oder gar nichts von dem, was beschlossen war, sie kannten die Verpflichtungen nicht, die man auf ihre Schultern gelegt hatte, sie ahnten nichts von den Beziehungen, deren Fäden im geheimen gesponnen waren. So wurde die Welt an den Rand eines Abgrundes gebracht, ohne daß irgendwer in der Lage war, rechtzeitig zu warnen.

Eine maßgebende politische Zeitschrift führte bereits im Jahre 1912 aus: „Wer macht denn eigentlich die Kriege? Die Antwort finden wir in den Geheimkanzleien der europäischen Großmächte, in den Archiven der Leute, die schon zu lange mit Menschenleben als Figuren im politischen Schachspiel gespielt haben, Menschen, die so in dem diplomatischen Formelkram befangen sind, daß ihnen die ungeheuere Verantwortung ihres Amtes gar nicht mehr bewußt ist. Kriege werden die Menschheit weiterhin bedrohen, bis die großen Volksmassen, die der Spielball von berufsmäßigen Ränkeschmieden und Phantasten sind, das große Wort aussprechen, das zwar nicht den Weltfrieden bringt — denn das ist unmöglich — aber den Entschluß verkündet, daß Kriege nur für gerechte und lebenswichtige Fragen der Nation geführt werden dürfen!“

Trotz des Weltkrieges und seiner fürchterlichen Lehren kehren wir doch mit großer Zähigkeit sowohl in Europa wie in Amerika, im Osten wie im Westen wieder zu dem alten System zurück. Während einige politische Angelegenheiten infolge des Druckes der öffentlichen Meinung nunmehr der Kritik von seiten der Allgemeinheit unterliegen, hat die Tendenz, sich bei internationalen Unterhandlungen der Methoden der Geheimdiplomatie zu bedienen, doch wieder die Oberhand gewonnen. Heute werden wieder lebenswichtige und hochbedeutsame politische Fragen mehr und mehr im geheimen verhandelt.

Weniger wichtige Angelegenheiten von Tagesinteresse werden der Öffentlichkeit preisgegeben, aber bei den Lebensfragen der Völker ist das System genau dasselbe wie vor dem Weltkriege. Verpflichtungen und Abkommen werden in geheimen Sitzungen festgelegt, die auswärtige Politik im geheimen entworfen. Europa und die Vereinigten Staaten sind fürwahr heute noch ebensoweit von einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit in allen internationalen Angelegenheiten entfernt, wie sie es je gewesen sind.

Dabei gibt es keine wichtigere Frage für die Nationen, keinen grundlegenderen und die Zukunft mehr bestimmenden Faktor als das System des diplomatischen Verhandelns. Wie lange werden wir es im Hinblick auf die furchtbare Katastrophe, die wir soeben erlebt haben, noch zulassen, daß die Interessen der Na-

tionen ohne Mitwirkung derjenigen bestimmt werden, die die Krise durchleiden müssen mit allem, was sie haben, die kämpfen und sterben müssen, wenn die Folgen der Politik der Geheimdiplomatie eintreten.

Es mag ausnahmsweise auch einmal Bestimmungen in einem Vertrage geben, die nur den Unterhändlern bekannt sein dürfen. Aber das müßten eben Ausnahmen sein, die nicht die Regel bilden dürften. Solch eine Geheimniskrämerei sollte nie über den Punkt hinausgehen, an dem die Politik einer Nation in entscheidender Weise beeinflußt wird, und der politische Kurs dürfte nur festgelegt werden, nachdem vorher in voller Öffentlichkeit eine Diskussion über die verschiedenen Fragen stattgefunden hat. Der Abschluß eines Bündnisses, welches gegenseitige Verpflichtungen enthält, oder das den politischen Kurs eines Volkes richtunggebend bestimmt, sollte der Entscheidung der Allgemeinheit unterliegen. Das Volk hat ein Recht darauf, die großen Linien der Politik, die Beziehungen seiner Regierung zu anderen Regierungen, die Grundlagen dieser Beziehungen, den Zweck dieser Politik kennenzulernen. Es ist berechtigt, über den Lauf der Dinge von Zeit zu Zeit unterrichtet zu werden, und zwar nicht etwa nur aus den Zeitungen, sondern authentisch und autoritativ von den verantwortlichen Stellen.

In keinem Fall ist diese Regel von größerer Wichtigkeit als bei der Haltung der Großmächte den kleinen Nationen gegenüber. Es scheint mir, daß die wichtigsten Probleme der internationalen Politik in den Beziehungen der Großmächte zu den machtlosen Nationen bestehen; nirgend nämlich existiert soviel Verheimlichung von Tatsachen, soviel Täuschung und soviel Unrecht.

China, Marokko, Syrien und Nicaragua sind Beispiele dafür, wie die Geheimdiplomatie Versprechen gibt, nur um sie nachher zu brechen, wie sie Bündnisse schließt, die nachher nicht eingehalten werden, und wie die schwächeren Nationen behandelt und unter dem Mantel der Gerechtigkeit gewaltsam unterdrückt werden. Der Grund für die Maßnahmen, den die Großmächte angeben, ist nicht der wahre Grund; das Ziel, das man dem Volk gegenüber zu verfolgen vorgibt, nicht das wahre Ziel. Beschützung des Lebens ist nur ein Vorwand, mit Hilfe dessen Regierungen gestürzt, Völker ausgebeutet und versklavt werden, unter dem Protektorate entstehen und sich Blutsauger bereichern. Die Haltung der so unterdrückten Länder bietet aber auch Anzeichen für den neuen Geist, der die kleinen Nationen heute beseelt, ein Geist, mit dem die Großmächte besonders seit dem Weltkriege zu rechnen haben werden. Die Rückwirkung dieser geistigen Einstellung auf die eigenen Völker wird die Regierungen auch mehr und mehr unter den Einfluß der öffentlichen Meinung bringen und sie zwingen, ihre Politik mit einem wachsamen öffentlichen Gewissen in Einklang zu bringen. Ohne furchtlose offene Behandlung internationaler Probleme, ohne volle Würdigung der wichtigen Rolle, die das Volk in den Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen zu spielen hat, ist jede Demokratie eine Täuschung.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Die Staatenwelt des Abendlandes ringt bitterschwer mit ihrem geopolitisch-historischen Schicksal: der Vielzelligkeit des gesamteuropäischen Lebensraumes, dem Nebeneinander einer buntscheckigen Menge selbstbewußter Nationalitäten. Gar zu tief eingewurzelt ist gegenseitiger Neid, gar zu sehr hat der unglückselige Weltkrieg den Haß aufeinander geschürt, als daß nun plötzlich das Zeitalter aufrichtiger und herzlich-brüderlicher Zusammenarbeit anbrechen könnte. Gewiß, in fast allen Völkern Europas ist jetzt eine tiefe Friedenssehnsucht, ein ernster Verständigungswille lebendig; gewiß, die Verfassung der meisten abendländischen Staaten preist den Willen des Volkes als souverän. Aber die Staatsmaschine läuft trotz allem vielfach noch ihren alten Gang, und die führenden Staatsmänner denken und wirken oftmals noch im Banne der alten Anschauungen. Mancher hat sich die europäische Götterdämmerung anders vorgestellt, mancher verzweifelt wie der französische Senator de Jouvenel an dem Sinn und Erfolg des Völkerbundes, der Locarnopolitik u. a. m. Aber was bleibt uns übrig, als trotz aller Enttäuschungen den nun einmal eingeschlagenen Weg bis zu seinem ungewissen Ende weiterzugehen? Werfen wir den Glauben an ein besseres und glücklicheres Europa über Bord, so bleibt nur unfruchtbarer Pessimismus übrig und der Neid auf andere, robustere Weltvölker, die es sich leisten können, ihren Willen mit starker Faust in die Wirklichkeit umzusetzen.

Daß es die ehemaligen Feindbund-Staaten uns Deutschen leicht machten, an ein Zeitalter wirklicher Gerechtigkeit und ehrlichen Zusammenarbeitens zu glauben, kann beim besten Willen niemand behaupten. Wieviel Monate — oder sind es nun schon Jahre? — hat man gebraucht, um endlich den deutsch-französischen Handelsvertrag zustande zu bringen! Und nun er endlich unterzeichnet ist, enthält er solche Ungeheuerlichkeiten wie das Verbot der Niederlassung von Deutschen in Marokko, Verbot der Errichtung deutscher Konsulate in Elsaß-Lothringen usw. — Im Zeitalter des Völkerbundes und des Locarnopaktes bleibt man dabei, nicht nur Unsummen für die Anlage gewaltiger Befestigungswerke an der französischen Ostgrenze zu vergeuden — zum Schutz gegen den völlig entwaffneten, kriegsunfähigen deutschen Völkerbundsgenossen! —, sondern auch weite Strecken deutschen Landes weiterhin besetzt zu halten. Vielleicht reduziert man in absehbarer Zeit, weil eine solche Geste taktisch angebracht erscheint, die Stärke der Besatzung um 5—6—10000 Mann. Was ist damit getan? Wesentliches nichts, gar nichts! Völkerbund und Locarno erheischen die endliche und restlose Räumung deutschen Bodens von fremder Soldateska. Man bekenne sich zu diesem Grundsatz und handele danach, oder man höre auf, ein Loblied auf die in Locarno besiegelte Völkerverständigung zu singen. — Und wie sieht es im Saargebiet aus? Kurz nachdem der neue Präsident der Regierungskommission, Sir Ernest Wilton (Engländer), sein Amt angetreten hat, kam es zu ernsten Unruhen der Bergarbeiterschaft, weil der französische Staat als Arbeitgeber der

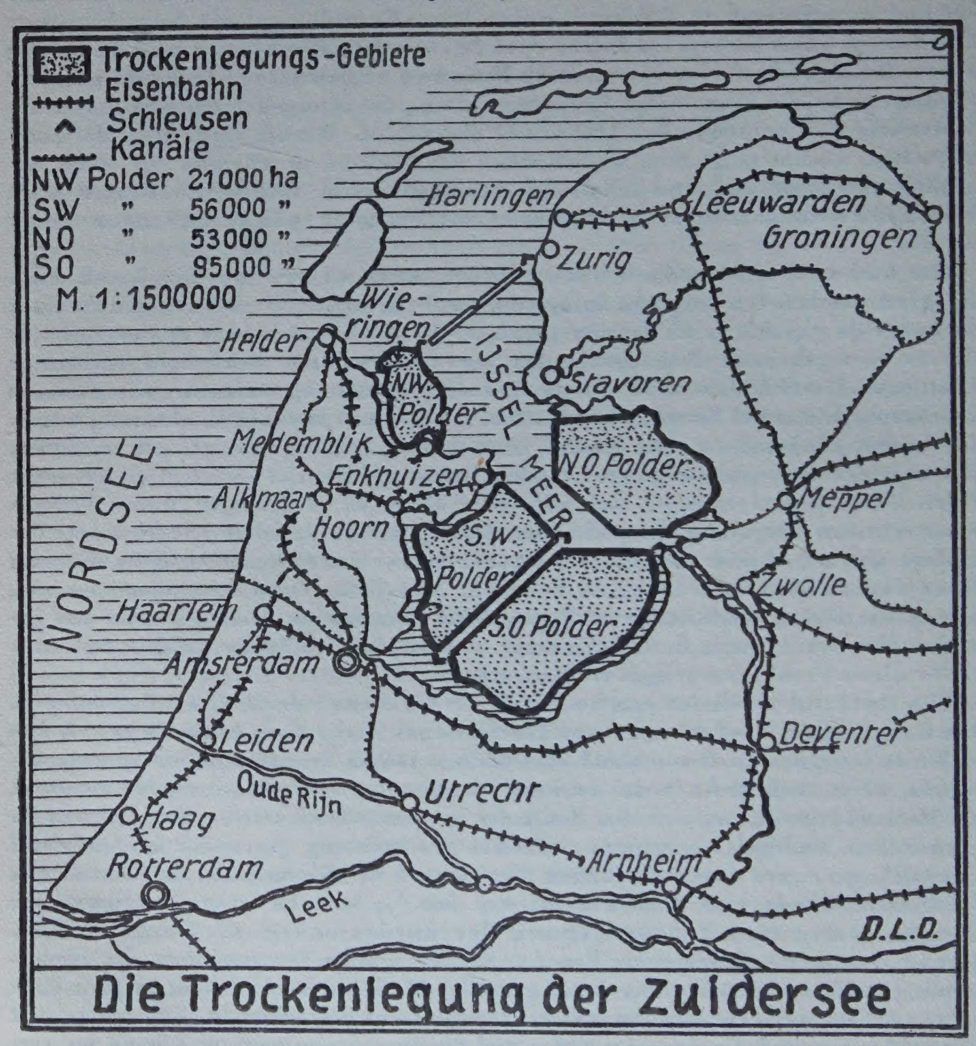
Saargruben eine unerhört brutale Ausbeutungspolitik treibt, rücksichtslose Massenentlassungen verfügt, dauernd neue Feierschichten einlegt u. a. m. Wir heißen selbstverständlich die bei diesen Unruhen vorgekommenen Ausschreitungen nicht gut; aber muß man die Wut der mehr und mehr verarmenden Bergarbeiterschaft nicht mitempfinden, wenn man in der französischen Presse Feststellungen wie diesen begegnet: Die Saargruben haben im Jahre 1926 bei starken Rücklagen und Reserven einen Reingewinn von $112^1/_2$ Mill. Franken abgeworfen! Diebstahl ist es zu alledem, wenn die französische Grubenverwaltung die ertragreichsten Kohlenflöze des Saarreviers vom angrenzenden Lothringen aus abbaut. Warum quält man die Saardeutschen, warum saugt man wirtschaftlich das Saarland so schamlos aus, wenn angeblich „Locarno“ Ziel und Inhalt der neufranzösischen Politik ist? Warum wagt Frankreich nicht jetzt freiwillig den Schritt, der ihm sonst 1935 aufgezwungen werden wird?

Das Bild wird nicht wesentlich freundlicher, wenn wir uns von Frankreich nach Belgien wenden. Der belgische Kriegsminister de Broqueville hat es Herrn Poincaré de Lunéville gleich tun zu müssen geglaubt. In der Kammer hielt er eine Rede, in der er von geheimen Neueinstellungen bei der deutschen Reichswehr, geheimen Rüstungen Deutschlands usw. sprach und die Behauptung aufstellte, die deutsche Reichswehr könne bei Kriegsausbruch sofort mit 300 000 Mann in Erscheinung treten. Die beiden „Dokumente“, auf die sich Herr de Broqueville glaubte stützen zu dürfen, hat er leider und wohl aus guten Gründen nicht verraten. Der Zwischenfall hat einen regen Notenwechsel erzeugt, und mit vieler Mühe ist es gelungen, diesen Versuch einer erneuten Vergiftung der politischen Atmosphäre zu parieren. Die Maus, die der Elefant geboren, heißt: neutrale unparteiliche Untersuchungskommission über den Franktireurkrieg in Belgien. Was jetzt dabei herauskommen soll, wissen die Götter. Hoffentlich ist Petrus dieser Kommission wohl gesonnen und gestattet ihr den Eintritt in den Himmel, um die im Gefilde der Seligen weilenden Opfer dieses Franktireurkrieges zu vernehmen.

Mit Holland verbinden uns nach wie vor die freundschaftlichsten Beziehungen. Die Sorgen der Niederlande um die Zukunft ihres Kolonialreiches in Insulinde begegnen in Deutschland allenthalben vollem Verständnis; mit großem Interesse, wenn auch nicht immer restloser Zustimmung verfolgen wir die Maßnahmen, die Holland ergreift, um sich den Besitz der so unermeßlich reichen Tropeninseln im malaiischen Archipel zu sichern. — Unsere Hochachtung gegenüber Holland wird erheblich gesteigert durch das kühne Unterfangen der Niederlande, der Heimat mit friedlichen Mitteln eine neue Provinz von fast $^1/_4$ Mill. ha zu erobern durch die Abschließung und Trockenlegung der Zuidersee (vgl. die Skizze im Text). Das ist eine wahrhaft nationale Tat, würdig der großen Vergangenheit des niederländischen Volkes! Möchte uns dieses gewaltige Werk ein Vorbild und Ansporn dazu sein, auf dem mit dem Bau des Sylter Bahndammnes beschrittenen Wege zielbewußt fortzuschreiten und die deutsche Nähr- und Siedlungsfläche nach und nach zu vergrößern durch Eindeichung des gesamten Gebiets zwischen der jetzigen Küste und dem Außenrand der nordfriesischen Inseln. Hier vor allem möge produktive Erwerbslosenfürsorge sich betätigen zum Wohle aller!

Von jenseits des Kanals sind aus Irland nicht unwichtige Vorgänge zu melden. Die Partei des unentwegten De Valera (Fianna Fail, irische republikanische Partei) hat ihren bisherigen Standpunkt einer schroffen Ablehnung der Union mit England aufgegeben und den Eid auf die Verfassung des Freistaates geschworen: „Ich schwöre

Treue, Anhänglichkeit und Untertanengehorsam gegenüber der Verfassung des Irischen Freistaates, und daß ich getreu zum König Georg V., seinem Erben und gesetzlichen Nachfolger halten will, kraft des gemeinsamen Bürgerrechtes von Irland mit Großbritannien und Irlands Zugehörigkeit und Mitgliedschaft zu der Gruppe



Die Trockenlegung der Zuidersee

der Nationen, die das britische Commonwealth bilden." Welche Ziele die Gruppe De Valeras mit dieser Taktik verfolgt, ergab sich bei der Abstimmung am 16. August: 71 Stimmen für, 71 Stimmen gegen die Regierung. Also statt des bisher passiven jetzt ein parlamentarisch-aktiver Widerstand! Das englandfreundliche Kabinett Cosgrave wird keinen leichten Stand haben. Die Ermordung des irischen Ministers O'Higgens hat deutlich genug gezeigt, wie entsetzlich aufgewühlt die Leidenschaften auf der grünen Insel sind. Sicherlich stehen die irischen Republikaner in

keinerlei Zusammenhang mit dieser verabscheuungswürdigen Tat. Daß es dazu kommen konnte, beweist nur, daß es jenseits der Republikaner noch radikalere Gruppen gibt, die die unter dem Regime O'Higgens vollzogenen zahlreichen Hinrichtungen blutig zu rächen gewillt sind und den anglo-irischen Vertrag von 1925 mit allen Mitteln der Gewalt bekämpfen werden.

England sieht dem Treiben in Irland mit gelassener Ruhe zu. Solange sich die Iren unter sich befehden und hinmorden, braucht England sich nicht zu sorgen; nur eine allirische Einheitsfront gegen England würde bedenklich werden können, aber sie ist im Augenblick weniger zu befürchten denn je. So hat man also glücklicherweise die Hände frei für weltpolitische Dinge, kann bei der Einweihung der neuen australischen Bundeshauptstadt Canberra und der feierlichen Eröffnung der Friedensbrücke an der Grenze zwischen Kanada und der Union geschickte Empirepolitik treiben und im übrigen nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz eine neue Gruppierung der Weltmächte vorbereiten. Glückliches Land, glückliches Volk, dessen politischer Blick immer wieder fast zwangsläufig in Weltweiten gelenkt wird, derweilen sich die kontinentalen Nachbarn in ihrer Enge und Kleinlichkeit zermürben.

Unser Brudervolk in Deutsch-Österreich hat in der zweiten Hälfte des Juli schwere Tage zu durchleben gehabt. Das Urteil im Schattendorfer Prozeß führte in Wien zu schweren und blutigen Unruhen und als Nachwirkung zu einem Verkehrsstreik, der Handel und Wandel in ganz Österreich für einige Tag lahmlegte. Die Wurzel dieses Unglücks sitzt natürlich tiefer als in dem Schattendorfer Urteil. Der „Friedensvertrag" von St. Germain hat die furchtbare wirtschaftliche und soziale Krisis eingeleitet, unter der Deutsch-Österreich so schwer leidet und weiter wird leiden müssen, solange die Bestimmungen von St. Germain in Kraft sind. Dazu die besondere geopolitische Lage Wiens, die sich unter dem Fluch von St. Germain nicht im Guten, sondern nur im Schlechten auswirken kann, indem Wien zum Unterschlupf aller politischen Hitzköpfe und Phantasten aus ganz Osteuropa und dem Balkan geworden ist. — Wie es sich in der Zeit des Völkerbundes und von Locarno von selbst versteht, hat man auch diese traurige Gelegenheit dazu benutzt, um Deutschland am Zeuge zu flicken. Es ist tatsächlich nichts verrückt genug, um nicht von der Presse des ehemaligen Feindbundes zu Angriffen gegen uns benutzt zu werden. Man hat in jenen Kreisen tatsächlich die Stirn gehabt zu behaupten, Deutschland habe die Wiener Unruhen provoziert, um dadurch die Anschlußbewegung zu fördern! Von der Unwahrheit dieser Anschuldigung ist man natürlich im Grunde durchaus überzeugt, genau so überzeugt wie von der Unhaltbarkeit der jetzigen politischen Verhältnisse im östlichen Mitteleuropa. Nicht umsonst wird in gewissen englischen Blättern einer Revision des ungarischen „Friedensvertrages" das Wort geredet, nicht umsonst spricht man hier und da wieder lebhafter von einer österreichisch-tschechoslowakischen Zollunion bzw. der vielgepriesenen Donau-Konföderation. Alle möglichen Auswege faßt man ins Auge, nur gegen das Eine wehrt man sich mit leidenschaftlicher Verbohrtheit: gegen die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem kleindeutschen Reich entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Von dem Wirrwarr in Polen zu berichten, hieße eine ganze Abhandlung für sich schreiben. Der Diktator Pilsudski hat sowohl den Senat wie den Sejm nach Hause geschickt und herrscht nun völlig frei und unbeschwert von dem Ballast des Parlamentarismus. Männer, die sich mit dem Allgewaltigen nicht zu stehen

wissen, werden verhaftet, wenn sie es nicht vorziehen, rechtzeitig das Weite zu suchen. Die galizischen Gemeinderatswahlen haben eine so erdrückende jüdisch-ukrainische Mehrheit gebracht, daß die Polen auf die Fortsetzung dieser Wahlen trotz des schandbaren Vierklassenwahlrechts am liebsten ganz verzichten möchten. In der Schulabteilung der schlesischen Wojewodschaft sind die beiden Oberschlesier Kulik und Wystrzychowski abgebaut und durch zwei Kongreßpolen ersetzt worden, um die Polonisierung Oberschlesiens energischer zu betreiben. Wir enthalten uns jeglicher Kritik und lassen einer neutralen Zeitung, den „Baseler Nachrichten", das Wort: „Die deutsche Bevölkerung wird tatsächlich in gewissen Ortschaften Oberschlesiens ganz schmählich terrorisiert. Sie wird durch ein scheußliches Bandenregiment verhindert, von ihrem kommunalen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Deutsche Führer werden in ihren Wohnungen verhaftet und blutig geschlagen. Die Polizei desinteressiert sich so lange, bis der Erfolg des Terrors erreicht ist. Wir können uns kaum denken, daß die Warschauer Regierung diese Zustände wünscht. Da sie aber diktatorische Gewalt hat, kann sie sich nicht mit dem Hinweis auf eigenmächtige Woiwoden und Starosten um die Verantwortlichkeit drücken. Ihre Passivität ist politisch gänzlich unverständlich. Untätig sieht sie zu, wie das fast universell gewesene Sympathiekapital des polnischen Volkes von Jahr zu Jahr gegen Null herunter verschleudert und verwüstet wird." Und was sagt der ehrenwerte Völkerbund, was der jetzt wieder tagende Genfer Minderheiten-Kongreß dazu? Fürwahr, es ist eine Lust, Deutscher zu sein und die Segnungen der neuen Zeit mitzuerleben!

In Rußland geht der Kampf der Opposition (Trotzki) gegen die augenblickliche herrschende Parteigruppe (Stalin) unvermindert weiter. Heute kriecht man zu Kreuze und gelobt unbedingte Unterordnung unter die Parteileitung, morgen wirft man trotzig und verbittert von neuem den Fehdehandschuh hin. Was diese innere Zersetzung am Ende einmal zeitigen wird, weiß niemand. Aber man hüte sich im Abendland vor Illusionen; eine bedingungslose Kapitulation der bolschewistischen Welt vor dem Kapitalismus liegt ebenso in weitem Felde wie eine innerrussische Revolution. Höchst bedenklich ist allerdings das unaufhörliche Fallen der Tscherwonjez, der kaum mehr ein Drittel seiner ursprünglichen Kaufkraft besitzt. Schon beginnen die Bauern sich des unbeliebten Papiergeldes zu entledigen und dafür auf den schwarzen Börsen Gold zu hamstern. Vielleicht hängt es mit diesem Verfall der innerrussischen Währung zusammen, daß die Sowjets in enge Beziehungen zur Standard Oil Co. getreten und mit ihr einen vorteilhaften Handelsvertrag abgeschlossen haben. Die amerikanischen Dollars sind eben auch und gerade in Rußland höchst gern gesehen. Selbstverständlich will die Standard Oil Co. of New Jersey nichts wissen und nichts zu tun haben mit dem, was die Standard Oil Co. of New York tut. Das Urteil des höchsten amerikanischen Gerichts hat ja 1911 die Selbständigkeit der einst zusammengehörenden 33 Gesellschaften des Standard Oil Trusts proklamiert. Ob wirklich jemand im Ernst an einen Bruch in der Front der Standard-Oil-Gesellschaften glaubt? Ob es Herrn Deterding, dem Leiter der Royal Dutch-Shell, gelingt, mit Hilfe einer geschäftstüchtigen Antisowjet-Propaganda einen Keil in den Block der amerikanischen Standard-Oil-Gesellschaften zu treiben und das für beide Teile recht einträgliche amerikanisch-russische Erdölgeschäft zu stören? Wird am Ende wirklich der faktisch längst bestehende amerikanisch-englische Petroleumkrieg nun offenbar werden?

In Rumänien hat der Tod des Königs Ferdinand (20. Juli) die an sich schon recht schwüle politische Atmosphäre noch um einige Grade gesteigert. Die Thron-

folge selbst ist zwar zunächst geregelt, aber der Parteihader feiert um so tollere Orgien: Averescu—Prinz Stirbey—Bratianu. Der jetzige Sieg der liberalen Partei berührt uns Deutsche nur mittelbar; wir werden geduldig abwarten, wie sich Bratianu, der ungekrönte Herrscher Rumäniens, zum dortigen Deutschtum und zum Deutschen Reiche stellt. Der unglaubliche Wahlterror, den sich bei den letzten Senatswahlen Rumänen sowohl gegenüber den Banater Schwaben als auch gegenüber den Siebenbürger Sachsen haben zuschulden kommen lassen, wird von uns nicht so leicht vergessen werden.

Daß Südslavien in neuerer Zeit auffällig zu Deutschland hinneigt, wurde schon in früheren Berichten mit Freude konstatiert. Die Deutschland-Sondernummer der Belgrader „Vreme“, die Wiedereröffnung der seit Kriegsende geschlossenen deutschen evangelischen Schule in Belgrad, die Freigabe des deutschen Eigentums in Südslavien u. a. m. bezeugen diesen Umschwung sehr deutlich. Wir können immer nur erneut betonen, daß wir die von Südslavien jetzt dargebotene Hand mit ehrlicher Freude ergreifen und von Herzen gern willens sind, dem jugoslavischen Staate im Rahmen der für uns in Betracht kommenden Möglichkeiten bei seiner Wiedererstarkung zu helfen. Voraussetzung ist und bleibt aber, daß unsere deutschen Brüder in Südslavien gerecht behandelt werden und daß man ihnen ehestens in weitestgehendem Maße Kulturfreiheit zugesteht. Die mit Recht Aufsehen erregende Kulturautonomie, die der Kärntner Landtag auf Antrag aller Parteien gesetzmäßig der slovenischen Minderheit bewilligt hat, sollte recht schnell in Jugoslavien Nachahmung finden. Wir werden auf diesen Punkt in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift ausführlich zurückkommen.

Im Mittelmeerraum haben sich Ereignisse von geopolitischem Belang kaum abgespielt. In Portugal wieder einmal ein nun schon fast chronisch anmutender Putsch. — Italien will Deutschlands Verlangen nach einem Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes unterstützen, falls Deutschland den ersten in diesem Ausschuß frei werdenden Sitz Italien zugesteht. — In der Türkei erregte der Besuch des Empire builder Mustafa Kemal Pascha in Konstantinopel großes Aufsehen. Er ist dort übrigens mit dem Außenminister Afghanistans zusammengetroffen, was vielfach als Anzeichen einer noch inniger gestalteten Zusammenarbeit der beiden vorderasiatischen Staaten gedeutet wird. — Aus Persien verdient ein neuer Eisenbahnplan verzeichnet zu werden, weil er über Persien hinaus gegebenenfalls politische Bedeutung erlangen kann: die sogenannte Nord-Süd-Linie von Bender Gez an der Südostecke des Kaspischen Meeres zunächst nach Teheran und von da über Hamadan—Burujird—Khoramabad—Dizful—Ahwaz nach Mohammerah am Persischen Golf (1700 km, Baukosten ca. 15 Mill. £). Mit dem Bau dieser Strecke soll gemäß einem vom persischen Parlament angenommenen Gesetz sofort begonnen werden. Es versteht sich von selbst, daß Rußland den Bau der Linie vom Kaspi nach Teheran sehr gern sieht, denn dadurch kann sich in Nordpersien der russische Einfluß in wirtschaftlicher und politischer Beziehung nur verstärken; auch die für später aufgehobenen Ergänzungspläne der persischen Regierung: Teheran—Kaswin—Enseli (Kaspi) und Teheran—Kaswin—Täbris—Dschulfa liegen noch durchaus in der Richtung der russischen Wünsche. Anders urteilt man in Rußland naturgemäß über die Fortsetzung dieser Linien nach S bis zum Persischen Golf; sie läuft russischen Interessen ersichtlich zuwider, weil dann die Frage des Transitverkehrs Batum—Tiflis—Baku—Enseli für Persien mehr oder minder belanglos werden und die russische Einfuhrsperre Persiens überwunden sein würde. England umgekehrt sieht den Bau der Strecke Teheran—Persischer Golf nicht ungern, hilft ihm doch eine solche Eisenbahn sehr

wesentlich das Gebiet seiner südpersischen Erdöldkonzessionen erschließen. Im übrigen aber sähe man aus allgemeinen Empire-Interessen in Persien selbstverständlich viel lieber eine west-östliche Tranversale denn eine nord-südliche. Risa Schah hat es augenscheinlich auch bei der Planung der neuen großen Eisenbahnlinie vorzüglich verstanden, sich aus der russisch-britischen Umklammerung zu lösen und das Wiederselbständigwerden des persischen Reiches vorzubereiten.

Die Länderbrücke zwischen Vorderasien und Nordafrika beschäftigt neuerdings die Politiker Europas wieder in stärkerem Maße. Daß das Mandat über Syrien in Bälde von Frankreich auf Italien übergehen soll, ist ein Gerücht, das sich mit merkwürdiger Hartnäckigkeit erhält. — Transjordaniens Abhängigkeitsverhältnis zu Palästina ist von den Engländern gelöst worden. Transjordanien wurde zum unabhängigen Staat erklärt und erhielt eine eigene Verfassung. Die neue Regierung des Emir Abdullah, Königs von Transjordanien, erließ ein Dekret, durch das Arabisch als Landessprache und der Islam als Landesreligion erklärt wird. — Nach amerikanischen Meldungen will man in absehbarer Zeit daran gehen, das Tote Meer industriell auszubeuten. Das Wasser des Toten Meeres birgt nach den Berechnungen amerikanischer Chemiker 1300 Mill. t Kali in Form von Kaliumchlorid (annähernder Wert 280 Milliarden RM), 852 Mill. t Brom (1040 Milliarden RM), 11900 Mill. t reines Kochsalz (105 Milliarden RM) u. a. m. Mit echt amerikanischer Reklame wird verkündet, daß es hier einen Schatz von rund 5000 Milliarden RM zu heben gilt. In der Theorie ausgezeichnet, ebenso einleuchtend wie der Gedanke, das Gold des Ozeanwassers zu gewinnen; aber wie steht's mit den Produktionskosten? Wir glauben, daß noch sehr viel Wasser den Jordan herabfließen wird, ehe sich im Ghôr industrielles Leben regt. Auf so einfache Weise, wie gewisse Amerikaner es sich vorstellen, wird das deutsch-französische Weltkalimonopol nicht zu brechen sein.

Aus Nairobi in Britisch-Ostafrika wurde Mitte August gemeldet, daß die dort stattgefundene Konferenz der britisch-ostafrikanischen Kolonien den Plan der Schaffung einer ganz Ostafrika umfassenden Föderation noch nicht als spruchreif erachtet habe; namentlich Südrhodesien soll sich sehr deutlich dagegen ausgesprochen haben. Wir können im Augenblick nicht recht beurteilen, ob damit bereits das Schicksal der hochbedeutsamen Londoner Denkschrift vom Juli d. J. und der darin vorgesehenen Studienkommission besiegelt ist, neigen aber eher zu der gegenteiligen Auffassung. Die in der Denkschrift angeregte Kommission sollte durch Untersuchungen an Ort und Stelle die folgenden Fragen klären (vergl. im übrigen den Wortlaut der Denkschrift „British Policy in Eastern Africa“ in „European Economic and Political Survey“, Paris, 30. Juli 1927, S. 736f.):

1. Herstellung einer Föderationsverwaltung der bisher getrennten Gebiete oder zum mindesten eine engere Kooperation zwischen der Zentralregierung und den ostafrikanischen Kolonialregierungen;

2. insbesondere die fiskalische und administrative Einverleibung von Tanganyika, Uganda und Kenya in ein einziges Verwaltungsgebiet;

3. Änderung der Machtbefugnisse der gesetzgebenden Körperschaften bzw. wieweit diese bei einer gemeinsamen Verwaltung der drei Gebiete gehen soll und wieweit die Einwanderer bzw. die nichtenglischen Weißen an der Verwaltung teilnehmen sollen;

4. das politische und sonstige Zusammenwirken von Eingeborenen und Nichteingeborenen;

5. das engere Zusammenwirken der einzelnen Gemeinden bzw. Entwicklung gemeinsamer Organisationen;

6. die finanzielle Seite des Kolonialgebietes.

Man sieht, England arbeitet zähe und zielbewußt an der Schaffung eines großen ostafrikanischen Dominions. Offenbar will man sich nicht, wie einst in Nordamerika, zukünftig womöglich einmal in Indien von den Ereignissen überraschen lassen, sondern bereitet schon jetzt die Zukunftsentwicklung klug vor. Wie sich nach den Unabhängigkeitskriegen der Schwerpunkt britischer Kolonialmacht von der westlichen nach der östlichen Halbkugel (Indien) verschob, so wird er augenscheinlich in absehbarer Zeit von der nördlichen nach der südlichen Halbkugel (Afrika) wandern.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Kraftlinien — in Zeitschriftaufsätzen angedeutet. — Lebenszähigkeit Japans: Groß-Yokohama; Bevölkerungsfragen. — Pazifischer Kongreß in Honolulu. — Vergleich chinesischer, koreanischer und japanischer Wanderbewegungen. — Südsee-Skandale in Samoa und Neuen Hebriden. — Niederländisch-indische Arbeiterfragen. — Vorsichtsmaßregeln der Sowjetbünde in Ostasien. — Pazifikflüge. — Indopazifische Bilanz der Flottenkonferenz von Genf.

Einige für den indo-pazifischen Raum besonders wichtige Kraftlinien in ihrer unentrinnbaren politischen Verflechtung und ihrer vielverkannten, aber zwingenden volkswirtschaftlichen, um nicht zu sagen weltwirtschaftlichen Verkettung wurden im Hochsommer 1927 durch wissenschaftliche Streiflichter so zutreffend bloßgelegt, daß wir diese Aufsätze an die Spitze des diesmaligen Berichtes setzen müssen. Es sind, nach der Reihenfolge des Erscheinens: 1. „American Capital, Chinese Labor and Philippine Lands“, auf S. 195, und „Economic Bases for New Railways in Manchuria“ (C. Walter Young), auf S. 204 der auch sonst höchst aufschlußreichen Mainummer des Bd. XXIII, 1927 der Far Eastern Review in Shanghai; 2. der Aufsatz „Die Ereignisse in China“ in seiner Kritik des Berichts der 3. Konferenz der Land-Exekutive in China, in dem auch sonst auf einer bemerkenswerten Höhe nicht nur der künstlerischen und wissenschaftlichen Durchgestaltung, sondern auch praktischer Information stehenden Heft 4/5 der „Sinica“ von Prof. Wilhelm-Frankfurt; 3. der Leitaufsatz: „Yangtse Trade“ des „China Express and Telegraph“ v. 7. Juli 1927, London; und endlich 4. ein kurzer, aber nach meinen wirtschaftlichen Einblicken in die Industrialisierung der Monsunländer treffender, für die Zukunftsgefahr der deutschen Wirtschaft geradezu furchtbar deutlicher und ihr Leben von der Hand in den Mund kennzeichnender Aufsatz: „Weltwirtschafts-Dämmerung“ von Friedrich Ebeling in der Standarte v. 10. 7. 27.; 1. zeigt die Not-Gemeinschaft U.S.A.-Geldes, Chin. Arbeit und tropischer Bodenkraft; 2. und 4. geben sich die Hände, um Grundlagen und Gefährdung der autarkischen Wirtschaft zu zeigen, auf die China immer noch jederzeit zurückfallen kann, die aber Mitteleuropa so völlig vernachlässigt; 2. zeigt, von welcher Bedeutung dabei für politische wie wirtschaftliche Dauer und Stetigkeit einer Lebensform der Zusammenhang zwischen Grundbesitzverteilung, Bodenfestigkeit und Größe des Bodenanteils der bodenbauenden Kräfte ist, aber auch wie gefährdet selbst in den 80% landbauender Bevölkerung in China das Verhältnis der nur mehr etwa 56% an der Erhaltung der Lebensform interessierten zu den 44 auf die Gemeinschaft mit den Wurzellosen hingedrängten in seiner knappen Mehrheit ist.

3. Enthüllt, wie unwesentlich in einer labil werdenden Wirtschaftsraum-Struktur ein vorübergehendes Erringen vorwiegenden Handelsanteils sein kann. Er zeigt damit, wie unmöglich es ist, die Handelsbelebung und Industrialisierung so menschenreicher Gebiete wie der Monsunländer auf der einen Seite mit Hochdruck zu betreiben (wie das namentlich die Amerikaner tun) und auf der andern Seite die natürliche Rückwirkung der einmal aufgeweckten Kräfte und ihres Wanderdrucks auf raum- und rohstoffreiche, aber menschenarme Hochlohn-Länder fernzuhalten — namentlich von den Stellen, wo sie, wie die U.S. auf den Philippinen, Neuseeland auf Samoa, aus wirtschaftlichem Egoismus Kolonialzustände aufrechtzuerhalten wünschen.

Wenn in dem Aufsatz über die Verflechtungsmöglichkeit amerikanischen Kapitals, chinesischer Arbeit und Philippinenlandes gar nichts verzeichnet stünde als die Tatsache, daß trotz den amerikanischen Einwanderungsverboten durchschnittlich monatlich 2000 chinesische Einwanderer aus Kanton eingeschmuggelt werden, und daß die Chinesen 90% des Zwischenhandels der reichen Inselgruppe in der Hand haben, könnte das Menetekel an der Wand genügen. Es steht aber noch viel mehr darin, und wir fragen: Wer hat denn schließlich noch immer das Land, den Raum in die Hand bekommen, als wer darin und damit arbeitet? Verrät nicht die Art und Weise, wie das fremde Kapital abgedankt wird — in China, in den Sowjets —, in dem Augenblick, wo die Bearbeiter des Bodens die Macht dazu haben (und sie bekommen sie in der Geschichte immer), wer schließlich in den Philippinen und auch in der Mandschurei hinausgedrängt werden wird, der Bodenfremde oder der Bodenständige, Bodengewöhnte?

Ganz ebenso selbstverständlich kehrt sich die in Massen exportierte Maschine, die Fabrikeinrichtung schließlich gegen den Exporteur, wenn er nicht aus Überschüssen abgegeben hat und abzugeben gewillt ist, wie die Monsunländer, sondern sie verschleudert, wie der Mitteleuropäer, um dafür Notwendiges oder ihm notwendig Scheinendes zu kaufen. Darum treibt die weiße Zivilisation in Ostasien und den Monsunländern eine sich früher oder später rächende Raubwirtschaft, und die Ostasiaten betreiben das für sie auf die Dauer allein Richtige: Rückgewinnung des Volks-, Kultur- und Wirtschaftsbodens zur Erhaltung der autarkischen Möglichkeit und Steigerung der Lebenshaltung dann nur durch Abgabe von Überschüssen ihres reicher bewässerten Bodens. Nur Japans Grundlage ist dafür zu klein; darum versucht es, sich in den Osten landeinwärts zu verankern.

Es zeigt dabei auch auf gefährdetem Boden neuerdings wieder eine bemerkenswerte Lebenszähigkeit.

Einzelheiten über die schon erwähnte Stadterweiterung von Yokohama zu einem Groß-Yokohama mit einem Stadtraum von 40 450 000 Tsubo, 134 294 000 qm (vervierfacht), mit 515 081 E (statt 405 888), und 118 299 Firsten (statt 95 377) zeigen, wie man dadurch das Wiederaufblühen der so schwer getroffenen Seidenausfuhr-Stadt zu beschleunigen hoffte. Die zwei Küstenstädtchen Tsurumi und Hodogaya und die sieben Dörfer Shirozata, Okuna, Asahi, Ookogawa, Kusaka, Byobugaura und Nishiya wurden einverleibt und dadurch die reine Hafen-Zweckbildung und Fremdkolonie erst zu einem organisch lebensfähigen, landeinwärts greifenden Stadtwesen umgestaltet. Ein mächtiges „Seidenhaus" betont die „Angel"-Industrie der Landschaft (Pivot-Industry), und man wählte als Tag der Verkündigung erneuten Lebenswillens absichtlich den 2. Juni, an dem im Jahre 1859 die Vertragshafen-Eigenschaft begründet wurde. Erst mit dieser Konsolidierung des Stadtgebiets wird der einstige Vertragshafen eigentlich landfest gemacht und in ein organisches Gleichgewicht gebracht.

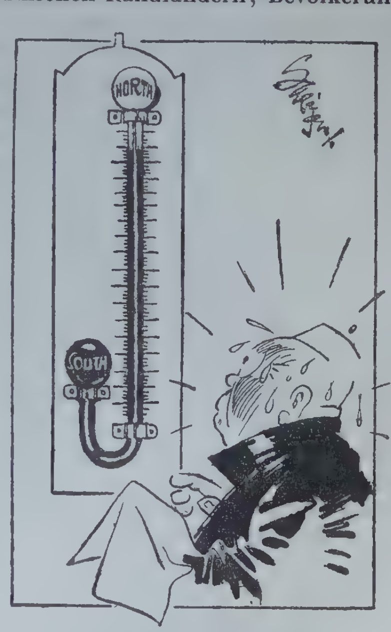
Das Vorgehen hier liegt in einer Linie mit dem großen Stil, in dem seit der Gründung des Pazifischen Instituts die bevölkerungspolitischen Probleme überhaupt in den Mittelpunkt der pazifischen Aussprachen gestellt werden. Eine solche findet wieder vom 15.—29. Juli in Honolulu statt, und die Sorgfalt, mit der man in Japan (wie übrigens auch in Australien, China, den Ver. Staaten) die Vertreter auswählt — die sichtlich auch bei der Flottensparkonferenz im Stabe Admiral Saitos, des vielgewandten Satsumaführers, vorwaltete! —, beweist, wie sehr man sich der Bedeutung guter Wortführung bei diesen Gelegenheiten bewußt ist. Der Einfluß von Geldwirtschaft und Handel auf die transpazifischen Beziehungen; Gesetz und Brauch über das Niederlassungsrecht der Fremden in den pazifischen Randländern; Bevölkerungs-

Conspicuous. But Unimportant



„Russische Freude" —Kansas City Times.

— Kansas City Times



Atmospheric Disturbances

druck und Wanderdrang; Industrialisierungsfragen sind einige der Programmpunkte. Am 20. Juli war die Industrialisierung des Fernen Ostens an der Reihe, und von China wie Japan waren Schriftsätze über das augenblickliche Verhältnis von Fabrikbetrieb und Hausindustrie zu verlesen, von Großbritannien einer über die Wirkung der industriellen Entwicklung des Ostens auf die europäischen Industrien. Lancashire kann allerdings ein Lied davon singen!

Unter den japanischen Delegierten sind T. Harada, Prof. f. japan. Geschichte und Sprache an der Universität Hawaii; S. Nasu, Spezialist f. Ernährungs- und Bevölkerungsfragen, Lehrer d. Bodenwirtschaft an d. Reichsuniversität Tokyo; B. Suzuki, der junge Gewerkschaftsführer d. Japan Labour Union; T. Taketa, der Gen.-Sekr. d. japanischen Zweig-Instituts f. pazif. Zusammenwirken; Y. Tsurumi, langjähriger Berater der Jap. Reichsbahnen und Hersteller ihrer ausgezeichneten Führer durch Ostasien (Baedekerartig, in fünf Bd.), K. Yabuki, früherer Leiter d. Sozial-Abtlg. v. Tokyo, Kenner jap. Religionsfragen.

In der Eröffnungssitzung (offene Sitzungen und intime Aussprachen wechseln) kommen große Reden über Geographie, Rassenfragen und Geschichte des Pazifik. Der 16. Juli gehört in je halbstündigen Aussprachen den „gravamina“ der Anlieger über innere und äußere Fragen, in denen sie sich von den andern mißhandelt oder mißverstanden fühlen. Der 18. Juli gehört den Hilfsmitteln, den Absichten und Zielen und der Haltung der Pazifik-Randländer. Darlegungen der Menschenzahl und Arbeiterzahl, ihrer Verwendung und Ernährungsmöglichkeit, des politischen Lebens und seiner Organe und der Rechtszustände können dabei von jedem Randstaat gemacht werden.

Das ist nun die vierte derartige Zusammenkunft in streng wissenschaftlichem Rahmen (mehr politische und wirtschaftliche, solche von Arbeitern unter sich, bestimmten Forschungsgebieten, von Studenten sind gleichfalls vorangegangen): ein geopolitisches Sicherheitsventil ersten Ranges ist damit geöffnet, ganz im Gegensatz zu den immer noch in Genf und Euramerika landläufigen Todschweigungsversuchen von Minderheiten und erwürgten Völkern. Leider gilt diese Praxis nur für einen begrenzten, freilich mächtigen Teilraum der Erde. Wird angesichts dieser Tatsachen, die von ozeanweiten Entspannungsvorgängen begleitet sind, Eigenart und Nutzen pazifischer Geopolitik in Abrede gestellt werden können?

Die betreffenden großen Reiche und Völker betreiben sie wenigstens alle; sie haben auch alle irgendwie positive oder negative Einstellungen zur Rassenpolitik und stecken ihr gegenüber nicht den Kopf in den Sand, wie die großen Parteien Mitteleuropas. Sie sind sich klar, daß man Sicherheitsventile nicht zuschrauben, sondern in möglichst unschädlichen Richtungen auflassen muß, damit sie sich ausblasen können; so wird gefährlicher Überdruck rechtzeitig gezeigt, nicht erst, wenn Justizpaläste brennen und große Städte explodieren.

Wie guten Grund auch Japan dazu hat, den Bevölkerungsverschiebungen im pazifischen Randgebiet aufmerksam zu folgen, zeigt ein Vergleich der jüngst (Geopolitik VI) genannten chinesischen Einwanderungszahl in die Mandschurei innerhalb eines Vierteljahres von über 800 000 mit der Gesamtzahl japanischer Siedler darin in der Höhe von 727 628, von denen aber 531 685 Koreaner sind. Es ist also mit dem ganzen Aufwand an konzentrierter Staatsgewalt und dem Machtmittel wie der Wirtschaftshilfe der südmandschurischen Eisenbahn in fast einem Vierteljahrhundert nur gelungen, vom eigenen Bevölkerungsüberschuß 95 943 Köpfe in einem jungfräulichen, allerdings sehr nordischen Lande unterzubringen und dauernd festzuhalten, in das aus naher Nachbarschaft in einem halben Menschenalter 531 685 Koreaner abwanderten, aber innerhalb dreier Monate über 800 000 Chinesen strömten, die seit der Jahrhundertwende die Gesamtbewohnerzahl mehr als verfünffacht haben bis auf die etwa 34 Millionen von heute.

Darin liegt eine geopolitische Prognose, eine Aussage über Abstufung der Siedlungskraft, die keiner Erläuterung bedarf.

Die Zahl der japanischen Mitbewohner (Metöken) in den größeren nordchinesischen Zentralen ist (die Koreaner innerhalb der Zahl jedesmal in Klammern beigefügt): für Peking 1585 (628); für Tientsin 4991 (529); für Mukden 20 160 (6138); für Charbin 3284 (538); für die Zwischenstation Changchun 8998 (538) und für die japanische Wachstumspitze der Südmandschurei, das große Dairen: 79 683 (904). Man sieht daraus, wie sehr im Verhältnis die Japaner die ozeanischen, die Koreaner die kontinentalen Siedelungsmöglichkeiten bevorzugen, aber überhaupt, wie gering die Fähigkeit zur Einschiebung in chinesisches Siedelungsgebiet auch unter den günstigsten Verhältnissen für Koreaner wie Japaner ist.

Man begreift aus dieser Erfahrung, wie resigniert — allerdings auch von Abneigung gegen die Sowjetfeinde Chang-Tso-Lins, seines Brotherrn in Mukden, geleitet — der britische General Sutton die völlige Rückgewinnung der ostchinesischen Bahn durch China als eine politische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit so eifrig befürwortet. Er ist viereinhalb Jahre lang Chang-Tso-Lins Waffenschmied in der Mandschurei gewesen und kann sich ein Bild davon machen, wer auf die Dauer dort das Feld behaupten wird.

Es kommt für jeden Wissenden, nach Jahren abschätzbar, der Augenblick, wo die Chinesen wieder allein die Herren der gelben Erde sein werden, und der Weitsichtige richtet sich rechtzeitig darauf ein.

Aber dem Altchinesentum steht dazwischen noch ein Fegefeuer bevor. (Vgl.: Skizze „Atmospheric disturbances!")

Wo gar kein Feuer ist, steigt kein Rauch! Wenn die öffentliche Meinung der Südsee von einem geradezu wilden Kolonialregiment älteren Stiles der Neuseeländer im Samoamandat spricht, wo Deportationen und Rangberaubungen von Häuptlingen an der Tagesordnung sind, nur, weil sie taten, was jedem britischen Untertan anderwärts erlaubt ist, sich über Mißstände beschweren und um Abhilfe bitten; wenn aus den Neuen Hebriden die Beschwerden der dortigen britischen Siedler unter den insgesamt 1300 Europäern in den Times vom 18. 5. 27 widerhallen und das heillose Kondominium Großbritanniens und Frankreichs dort anklagen, wo die Wohltäter der Menschheit doch unter sich sind, so ist Feuer hinter so viel Rauch — genau so wie in Deutsch-Ostafrika, wo führende britische Kreise selbst zugeben, daß sie das Land rückentwickelt haben, und daß die eigene Einwanderung aus dem dunklen Gefühl heraus stocke, das ungerechte Gut könnte doch vielleicht nicht auf die Dauer gedeihen.

Feuer glimmt auch, wenn rasch hintereinander der Transpacific in Tokyo (7. und 14. 5. 27) unter der Aufschrift „Workers for Holland" peinliche Fragen des riesigen Inselreiches mit seinen über 50 Millionen beleuchtet, die D. A. Z. (21. 7. 27) „Die Spannung in Insulinde" von der Gefahr weiterer Unruhen schreibt, und die sonst nicht immer mit ihr an einem Strang ziehende Frankf. Ztg. (3. 7. 27, Nr. 485) einen sachlich ausgezeichnet gesehenen Aufsatz über „Die Niederlande und das Erwachen Asiens" bringt. Frank H. Hedges tröstet die Niederlande damit, daß ja nur 4000 Japaner in Insulinde lebten, denen über 2 Mill. Chinesen gegenüberstünden. Die leise Furcht, die in Java überall vor den Japanern bestände, sei schon deshalb unbegründet, weil nicht einmal das dünn bevölkerte Sumatra einen Auslaß für das übervölkerte Japan bedeute, denn der Lohn der reichen Inseln läge zwischen 10 und 30 Cents täglich, eine Summe, die der japanische Arbeiter für seine Zigaretten auszugeben gewohnt sei. Aber wir erinnern uns noch recht gut der Zeiten in Japan, wo die gleiche Summe für den gesamten Lebensunterhalt reichte; und die Zufriedenheit der Javanen und Sumatraner mit ihren Tieflöhnen ist ja nicht mehr so überzeugend, wie uns ehedem erzählt wurde — nach dem aufsteigenden Rauch zu urteilen!

Ein drittes Feuerchen scheint da zu glimmen, wo eine andere feine Rauchsäule von den recht wahrscheinlichen Vorsichtsmaßregeln der Sowjets an ihrer chinesischen Landgrenze herrührt. (North China Daily News S. 459/27.)

Angesichts der enormen Schlagkraft der beiden randständigen Inselreiche der Alten Welt in Ostasien ist für die Sowjetbünde die Bereitstellung von etwa 5 Divisionen mit den nötigen Kraftwagen, Geschützreserven, Flugstreitkräften und sonstigem Rüstzeug, die entsprechende Vorbereitung von Irkutsk, Werchneudinsk und Chita, die Vorbereitung von Etappenstrecken, wie Werchneudinsk, Nischni-Selenginsk, Trotskoswsk,

Ulanbator, Kiachta, die Bereitlegung von Feldbahnen dort, die Bildung eines Oberkommandos in Chita, die Vorbereitung von drei Kavalleriebrigaden und vor allem die Ausnützung der etwa 40000 Mann mongolischer Reiterei nur eine Maßregel vorsichtiger Klugheit.

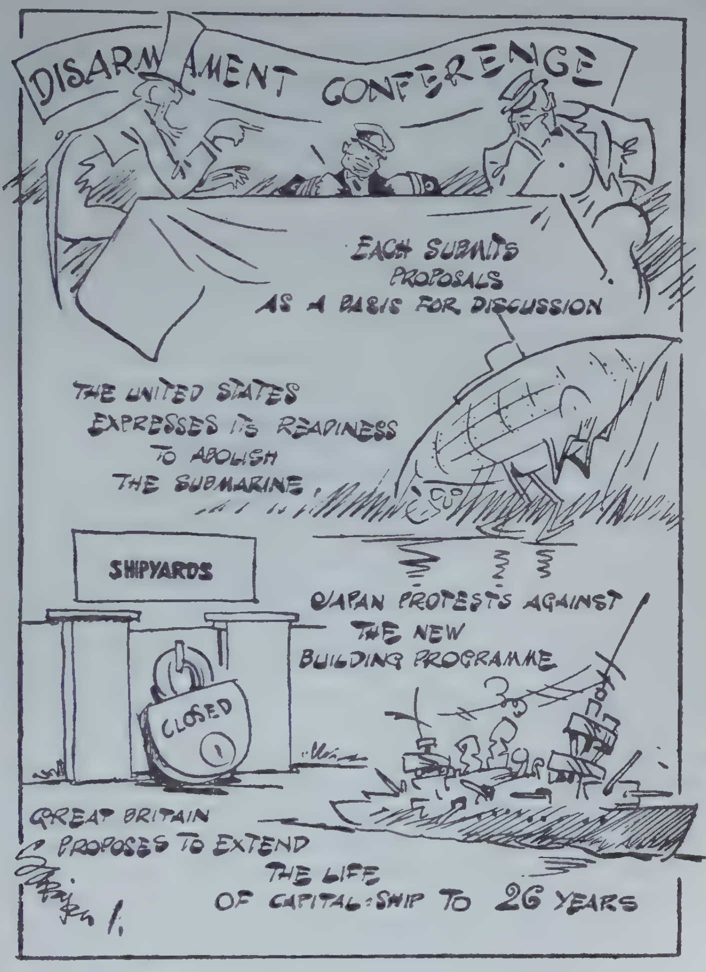
Einfachste geopolitische Erwägungen sagen, daß es — wenn andere bestimmte Operationsaufgaben, wie Vereinigung mit befreundeten chinesischen Streitkräften fehlen — zu Kraftvereinigungen in Richtung Tsitsikar von Mandschurija und Blagowjeschtensk aus kommen könnte, und späterhin Charbin ein nächstes Ziel sein wird. Darin sind also keine aufsehenerregenden Mitteilungen zu finden; und daß man auf dem Weg über Amur und Sungari die kleine Strom-Flotille der Sowjets nicht brachliegen, sondern emsig mitarbeiten lassen würde, kann bei der gegenwärtigen Flottenparade der Seemächte auf dem Yangtse niemand wundernehmen.

Natürlich wollen die Sowjets damit auch nebenbei einen Druck auf Chang-Tso-Lin ausüben, der ihnen ja doch durch den Einbruch in ihre Pekinger Botschaft wirklich das Prävenire in unfreundlichen Handlungen gespielt hat. Die Sowjetbünde, wie Japan auch haben gegenüber Nordchina eine himmlische Geduld bewiesen, aus ihrer asiatischen geopolitischen Erfahrung heraus, daß in China das Spiel verliert, wer zuerst die Nerven verliert. Es ist immer noch weniger anfechtbar, wenn man — wie die Sowjets — sein Kriegswerkzeug für alle Fälle auf dem eigenen Boden aufbaut, als auf dem fremden Grunde — wie die Seemächte das in Shanghai z. B., aber Baron Tanaka, der Organisator des Sibirienabenteuers auch in Tsingtau, Tsinan, Tientsin unzweifelhaft tun! — Man könnte das Geschrei über den kontinentalen Rauch sogar für ein Ablenkungsmanöver halten! (Vgl. Skizze: „Conspicuous, but unimportant.“)

Wir verzeichnen noch als einen japanischen Ansatz zur pazifischen Raumüberwindung nach dem amerikanischen Fliegersturz ins Wasser vor Hawai die Vorbereitung zu dem 8000-km-Flug Tokorozawa-Seattle, wofür man 50 Stunden im nächsten Frühling rechnet, und einen seltsamen Plan del Rosario zur baulichen Verschönerung der Philippinen im amerikanischen Geschmack unter Erfindung eines neuphilippinischen Stils.

Dann aber haben wir uns abschließend — trotz einer für die längst verschwundene Sommerpause geradezu überwältigenden Stoff-Fülle — nur noch mit der indopazifischen Rückwirkung des Konferenzfehlschlages von Genf zu befassen. Das Beste darüber vom indo-pazifischen Standpunkt dürfte von K. K. Kawakami in „Current History“, der Beilage der „New York Times“ unter dem Titel: „Naval conference at Geneva“ erscheinen, wohin die Genfer Beobachtungen des gewiegten japanisch-amerikanischen Zeitungsmannes eben unterwegs sind. Das britische Reich hat seit der gewaltsamen Washingtoner Auflösung der britisch-japanischen Allianz sein Gefühl der Sicherheit verloren und arbeitet zur See nach den Methoden der französischen Republik für die Wehrgeographie zu Lande. Japan hat, nach einem anfänglichen Gefühl der Kränkung und des Unbehagens, entdeckt, daß die Auflösung der Allianz für seine asiatische Stellung eine große Steigerung der Bewegungsfreiheit und des lokalen Sicherheitsgefühls bewirkte. So kam es (wie die Spottzeichnung III zeigt), als ehrlicher Makler zwischen den beiden sehr bitter miteinander sprechenden Angelsachsenmächten, mit einem wirklichen Willen zum Sparen in Nebensachen nach Genf und verließ es mit der besten Weltpresse für Admiral Saito. Es verzeichnete stillvergnügt das U. S. Amerikanische Diktat, und die mit hochgerunzelter Braue genommene britische Gegenstellung, die Krokodilstränen bei der amerikanischen Verzichtbereitschaft für U-Boote, bei dem edlen Verzicht auf neue Bauprogramme des

momentan in Finanznot hängenden Japan, und den Hohn auf die englische Lebensverlängerung wertloser Riesenschiffe, wie es der geniale Spottzeichner von Shanghai illustriert. Ein Hohn auch auf die sogenannten neuen Methoden der Politik war eine vom 20. 6. bis 4. 8. nur dreimal öffentlich tagende Beratung hinter verschlossenen Türen, ein weiterer die seltsam verhaltene Aussprache des Britenreichs mit Kanada und



Wie unser Zeichner sich die See-Abrüstung vorstellt

den Vereinigten Staaten bei der Einweihung der sogenannten Friedensbrücke über den San Lorenzo-Strom, an der freilich nie mehr Krieg geführt werden wird, aber hauptsächlich deshalb, weil die Vereinigten Staaten dort ohnehin bestimmen, was geschieht.

So hat sich das Britenreich durch 1914 und 1922/23 selbst in eine Lage gesteuert, in der es Diktate hinnehmen oder aber als Seefriedenstörer erscheinen muß, so geschickt es 1927 in Genf zu manövrieren meinte.

Es verbucht schwere indo-pazifische Ansehensabschreibungen; die U. S. Ärger und Rüstungskosten (u. a. 20 neue Kreuzer); Japan bescheidenen Gewinn.

Otto Maull:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die Endphase der Marineabrüstungskonferenz. — Coolidges Verzichterklärung auf Nominierung als Präsidentschaftskandidat. — Zur mexikanischen Präsidentenwahl und zu ihrem Einfluß auf die Beziehungen zur Union. — Nicaragua. — Grenzvertrag zwischen Brasilien und Paraguay. — Brasiliens Kaffee-Ernte und -Handel. — Wirtschaftsstellung Argentiniens. — Weitere amerikanische Wirtschaftsdaten. — Zur europäisch-amerikanischen Verkehrsfrage. — Geplante Wasserverbindung zwischen dem Marañongebiet und dem pazifischen Nordperu. — Die amerikanische Arbeiterschaft gegen die dritte Internationale. — Elmer Barnes gegen die Kriegsschuldlüge.

Die Marineabrüstungskonferenz, die uns durch zwei Berichterstattungen hindurch beschäftigt hat, endete mit einem völligen Fiasko. Es bleibt nichts anderes übrig, als ihr in einem dritten Bericht einen Nekrolog zu widmen. Der Ausgang überrascht uns keineswegs. Wir haben in der letzten Berichterstattung gemeint: „Freilich, es wird unendlich schwer sein, die Formel für eine Lösung zu finden"; und wir haben dort die „grundverschiedenen Bedürfnisse der drei Weltmächte nach Seestreitkräften" aus ihrer „Struktur und Lage" abgeleitet. Wir haben damit zugleich den Schlüssel zum Verständnis des Mißerfolgs vollkommen in der Hand. Wir brauchten im Grunde kaum weitere Erklärungen hinzuzufügen, wenn es sich nicht um eines der bedeutsamsten Experimente des Verständigungswillens auf machtpolitischer Grundlage handelte. Gerade dieser von uns in keinem Augenblick verkannte machtpolitische Einschlag muß besonders betont werden. Darum hat der letzte Bericht von „Kämpfern" am blauen Tisch gesprochen, darauf hingewiesen, „daß es unmittelbar um Machtfragen geht". „Die Konferenz soll die Sicherung schaffen, die Amerika braucht zur Entfaltung seiner Weltpolitik. Sie ist eine machtpolitische und zugleich auch weltpolitische Angelegenheit im allerhöchsten Grade." Und gleichfalls in der Berichterstattung des Augustheftes hieß es: „Die Drei-Mächte-Konferenz ist dagegen eine amerikanische Angelegenheit".

Wenn man will, so kann man auch ein gut Teil des Mißerfolges aus ihrem amerikanischen Charakter erklären. Man wird bei dieser Mission Coolidges unwillkürlich an die Friedensgeste Wilsons erinnert. Wie damals die Friedensbotschaft des amerikanischen Präsidenten, von der Höhe einer harterkämpften Machtposition herunter verkündet, der Befriedung Europas und der Regelung der Beziehungen zu Amerika dienen sollte, aber, an der harten Welt der Tatsachen gemessen, sich als Utopie erwies, so scheiterte auch dieses Mal die Verständigung an dem amerikanischen Programm, das wiederum in dem Sinne als weltfremd bezeichnet werden darf, weil es auf die Bedürfnisse und Forderungen der anderen Mächte nicht einzugehen gewillt war. Die Amerikaner haben die Konferenz als eine amerikanische Angelegenheit, als eine amerikanische Machtfrage aufgefaßt, und sie sind bis zuletzt dieser Auffassung treu geblieben. Weil sich die Vereinsstaatler und die Engländer nicht einigen konnten, ging die Konferenz am 4. August 1927 — genau dreizehn Jahre nach Englands Kriegserklärung an Deutschland — auseinander.

Man sucht allerdings in der ausländischen und deutschen Presse vielfach nach ganz anderen Gründen des Mißerfolgs, redet vornehmlich von schlechter Vorberei-

tung, von der mangelnden staatsmännischen Kunst, betont Nebensächliches gegenüber den Grundmotiven. Der Wahrheit sehr viel näher kommen die Meinungen, die dem amerikanischen Imperialismus die ganze Schuld zuschieben möchten. Aber auch sie erfassen keineswegs das Problem in seiner ganzen Tragweite, das nur einer vergleichend geopolitischen Betrachtung zugänglich ist, wie wir sie im Augustheft dieser Zeitschrift angedeutet haben. Die dort gegebene knappe Analyse ist durch den weiteren Verlauf und das Ende der Konferenz nur bestätigt worden. Es war in Wirklichkeit „unendlich schwer", „die Formel für eine Lösung zu finden". Die Formel ist darum nicht gefunden worden.

Es hat wenig Sinn mehr, auf Einzelheiten der letzten Phase zurückzukommen. Nur die großen Züge der Verhandlungen mögen hervorgehoben werden, die erweisen, wie stark die Grundforderungen, an denen die Konferenz scheiterte oder wegen deren sie vertagt wurde, durch „Lage und Struktur" der konferierenden Staaten bestimmt wurden. Dabei mag nachdrücklich betont werden, daß es im Laufe der Konferenz, besonders nach der ersten Krisenstimmung, Mitte Juli zu einer ganzen Reihe von Einigungen und Konzessionen gekommen ist, besonders wurden Verständigungen zwischen den Amerikanern und den Japanern erzielt, und man sprach von ermutigenden Fortschritten. Auch England und Japan sollen sich damals über die Tonnage der Kreuzer und Zerstörer geeinigt haben, was durch die Schlußrede des Großadmirals Saito bestätigt wird. Er führte aus, die beiden Staaten seien in ihren Zugeständnissen zu sehr benachbarten Zahlen gekommen: Japan habe England 484 000 Tonnen Oberwasserschiffe zugestanden, für sich 315 000 Tonnen beansprucht. Die von England vorgeschlagenen Zahlen seien 500 000 bzw. 325 000 Tonnen gewesen, dazu 25% alte Tonnage.

Die 10 000-Tonnen-Kreuzer hätten im Verhältnis 12 : 12 : 8 beschränkt werden sollen. Als Unterseebootstonnage habe Japan 70 000 Tonnen, England für alle drei Mächte 60 000 Tonnen vorgeschlagen. Japan habe sich dem englischen Vorschlage gefügt und damit ein provisorisches japanisch-englisches Einverständnis erzielt. Im großen Zusammenhang kann nicht übersehen werden, daß diese englisch-japanische Einigung eine politische Annäherung zwischen den beiden Staaten bedeutet. Nach der überraschenden Abreise der Führer der englischen Delegation zur Berichterstattung nach London wollte es durchaus scheinen, als ob dieser englisch-japanischen Verständigung von seiten der Engländer mehr Bedeutung beigemessen wurde, als den bis dahin erzielten sonstigen Erfolgen der Konferenz. Doch ist das Ziel, eine Einigung mit Amerika zu finden, in der in London stattfindenden Kabinettssitzung nicht außer acht gelassen worden, so daß die Delegation, mit Kompromißvorschlägen versehen, Ende Juli wieder nach Genf zurückreisen konnte. In einer Rede im Unterhaus präzisierte Sir Austen Chamberlain Englands Forderungen und Entgegenkommen gegenüber Amerika und suchte dabei die Begründung der Kompromißvorschläge aus den stark voneinander abweichenden geographischen Verhältnissen der beiden Reiche zu geben. Im wesentlichen stimmten die von England gemachten Kompromißvorschläge hinsichtlich der Gesamttonnage der leichteren Seestreitkräfte den Forderungen der Amerikaner zu; ebenso wird die Parität der Vereinigten Staaten mit England hinsichtlich der Kreuzer von 6000 bis 10 000 Tonnen anerkannt, ohne daß aber England in bezug auf die Zahl und Größe der Einheiten nach der Kalibergröße eine Bindung eingehen mochte. Mit diesen englischen Eröffnungen war das Schicksal der Konferenz entschieden. Nach dem Studium der britischen Vorschläge lehnten die Amerikaner jede weitere Konzession ab. Demonstrativ

verkündet das amerikanische Marinedepartement, daß die Kontrakte für den Bau von sechs 10 000-Tonnen-Kreuzern bereits am 13. Juni vergeben worden sind. Eine Erklärung Coolidges bezeichnete die englischen Einigungsvorschläge für unannehmbar, da bei der Durchführung die Flotten der Großmächte weiter anwachsen würden, anstatt reduziert zu werden. Allein noch wurden letzte Versuche gewagt, um die Konferenz zu einem befriedigenden Ende zu führen, wohl zum guten Teil nur, um den Schein zu wahren; amerikanische wie englische Kompromißvorschläge und eine japanische Vermittlungsaktion hatten diesen Sinn. Von ihnen war der amerikanische sehr wenig greifbar, während die beiden letzteren auf englische Kreuzerbauserien bis 1936, um den Amerikanern und Japanern Zeit zum Heranbauen ihrer Kreuzerflotte zu lassen, bzw. Festlegung des Bauprogramms bis 1931 zielten. Zur Zeit dieser letzten Versuche galt aber eine glückliche Beendigung der Konferenz als hoffnungslos; so überraschte es nicht mehr, daß sie am 4. August in einer öffentlichen Sitzung ergebnislos abgebrochen wurde. In einer gemeinsamen Beschlußfassung heißt es, daß in einigen Fragen eine Verständigung erzielt werden konnte.

In der Hauptfrage, der Beschränkung der Kreuzerflotte, sei aber eine Einigung nicht möglich gewesen. Schließlich wird den Regierungen empfohlen, vor dem August 1931 eine neue Konferenz einzuberufen. Auch in den offiziellen Schlußreden wird nachdrücklich von den Engländern und Amerikanern auf die Unvereinbarkeit der Forderungen in der Kreuzerfrage hingewiesen. Bridgeman führt aus, England habe seinen Bedarf an kleinen Kreuzern innerhalb einer kleineren Gesamttonnage begründet; Amerika habe dagegen innerhalb dieser Gesamttonnage die Zahl der Einheiten mit 8-Zoll-Kanonen nicht beschränken wollen. England brauche eine große Zahl kleiner Kreuzer, dafür habe es den Amerikanern die Überlegenheit in Zerstörern und Unterseeboten zugestanden. Nachdem schon Chamberlain die Verschiedenheit der Bedürfnisse der beiden Staaten an größeren oder kleineren Kreuzertypen aus der Verschiedenheit der Lagestruktur der beiden Reiche erklärt hatte, war Bridgemans rhetorisches Erstaunen über das Verlangen der Amerikaner nach großen Kreuzern und größerem Geschützkaliber recht überflüssig. Gibson, der amerikanische Delegierte, unterstreicht in der gleichen Weise, daß die englische Forderung nach einer großen Zahl kleiner Kreuzer für das Britische Weltreich eine absolute, aber für Amerika nicht annehmbar war. Denn sie vertrage sich nicht mit der Voraussetzung einer allgemeinen Abrüstung. Kleine Kreuzer seien für Amerika wertlos; das englische Bauprogramm zwinge Amerika zum Bau solch wertloser 6000-Tonnen-Kreuzer. Auch Amerika spielt den Harmlosen: es begreife den englischen Bedarf an kleinen Kreuzern nicht.

Man muß von solch diplomatischen Auswüchsen, die sich die Delegierten namentlich gelegentlich der Grabreden auf der Konferenz leisteten, absehen, und wird dann stets die tief in der Bedürfnisfrage verankerte Unnachgiebigkeit der einzelnen Staaten, besonders der Union und Englands, erkennen. An ihr ist die Konferenz gescheitert. Es konnte keine Einigung gefunden werden, weil der an den geographischen Verhältnissen orientierte Einzelstaatswille weit stärker war als der Verständigungswille, weil der erstere den letzteren mit einer merkwürdigen Starrheit durchkreuzte. Die Regionalidee hat über eine nur schwach vertretene und von vornherein auch regional umgewertete universale Idee gesiegt, die aber gerade darum nicht Oberhand gewinnen konnte, weil auch sie den Charakter einer Machtidee nicht ganz abzustreifen vermocht hat. Die Abrüstungskonferenz ist ein bezeichnendes Beispiel für die Wirkung der Erdgebundenheit der Staaten bei allen zwischenstaatlichen Regelungen.

Selbst da, wo sich das Leben der Staaten Menschheitsideen unterordnen will, vermag sich die Entwicklung nicht von der Erdenschwere der Staatsräume zu befreien. So ist aus der Abrüstungskonferenz ein lehrreiches wehrgeographisches Kapitel geworden.

Wie letzte englische Äußerungen nach Abbruch der Konferenz lehren, haben die Engländer im Grunde nie daran gedacht, sich Rüstungsbeschränkungen, die auf eine Parität der Staaten abzielten, zu beugen.

Lord Balfour wirft Gibson vor, daß er ihn falsch oder mindest inkorrekt zitiert habe. Auf der Washingtoner Konferenz habe er nie von Kreuzern im allgemeinen, nur von den zur Schlachtflotte gehörigen Kreuzern gesprochen. Nur auf diese, die sog. Aufklärungsstreitkräfte der Hochsee, hätten sich seine Washingtoner Erklärungen bezogen, in der er für beide Mächte eine Kreuzertonnage von 450 000 Tonnen für ausreichend erklärte. Dagegen habe er mit keinem Worte der übrigen Kreuzer gedacht, die England für den Überseedienst und den Schutz der Handelswege brauche. Diese seien bei der englischen Forderung von 670 000 Tonnen berücksichtigt. Wiederum werden die aus der geographischen Lage erwachsenden Ansprüche betont! Besonders machtpolitisch ist die Erklärung Churchills zugespitzt, der ein internationales Abkommen weit wegweist, das den Grundsatz mathematischer Parität zur Grundlage machen wolle. Das ist Ablehnung der Anerkennung der Gleichberechtigung Amerikas, strikteste Betonung des englischen Strebens nach Überlegenheit zur See. Freilich wird von Churchill den Amerikanern zugestanden, daß sie sich so viel Kreuzer bauen könnten, wie sie möchten.

Amerika läßt sich das anscheinend nicht zweimal sagen, wie die Nachricht besagt, daß außer den acht bereits anfangs des Jahres vom Kongreß bewilligten Kreuzern weitere zwölf Kreuzer in Bau gegeben werden. Coolidge hat dieses Flottenprogramm genehmigt.

Wieweit der Mißerfolg der Konferenz politische Folgewirkungen auslösen wird, muß dahingestellt bleiben. Nur Tatsachen können konstatiert werden. Darunter fällt die englisch-japanische Verständigung; während andererseits die Konferenz am englisch-amerikanischen Gegensatz scheiterte. Der letztere hat zu deutlich bewiesen, daß es keine englisch-amerikanische Solidarität mehr gibt, von der vielleicht zu oft und zu überflüssig gesprochen worden ist. Es mag sein, daß der Ausfall der Konferenz nicht frei ist von Rückwirkungen auf die interalliierte Schuldenfrage. Besonders bedenklich stimmt die Versicherung der Mächte, daß sie als Freunde vom Konferenztisch aufstehen.

In ursächlichen Zusammenhang mit dem Mißerfolg der Konferenz ist Coolidges Verzichterklärung auf eine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten gebracht worden, vielleicht nicht ganz ohne Grund, so wie man — sicherlich völlig zu Unrecht — den Konferenzgedanken als ein erstes großes Wahlmanöver Coolidges auffassen wollte. Nach dieser Erklärung Coolidges, der eine neue gefolgt ist, daß er am 4. März 1928 zurücktreten werde — die aber vielleicht auch nicht als die allerletzte zu nehmen ist —, werden in republikanischen Kreisen der Staatssekretär für Handel, Hoover, der Vizepräsident Dawes, der frühere Staatssekretär Hughes, auch Senator Longworth, der Schwiegersohn Roosevelts und der frühere Gouverneur von Illinois, Lowden, als etwaige Präsidentschaftskandidaten genannt. Die Kandidaten der Demokraten dürften Smith, der Gouverneur des Staates New York, Mc Adoo, Reed sein.

Kaum weniger als an der Person des künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten ist die Entwicklung in Nordamerika an der Präsidentenwahl in Mexiko

interessiert, die ebenfalls — wie auch die in Argentinien — im nächsten Jahre fällig ist. Weit mehr als die Wahl des vereinsstaatlichen Präsidenten wird ihr Ausfall die Geschicke des Landes und die Beziehungen zur Union beeinflussen. Nach der mexikanischen Verfassung ist die Wiederwahl des Präsidenten Calles für die nächste Amtsperiode ausgeschlossen. Wenn man die führenden mexikanischen Politiker Revue passieren läßt, so wäre General Arnulfo R. Gomez, der Militärgouverneur von Tamaulipas, ein den Investitionen ausländischen Kapitals nicht abholder und darum von Washington aus gern gesehener Mann. General Alvaro Obregon wird als radikal gesinnter Diktator gekennzeichnet, der im Staate Vera Cruz über eine starke militärische Anhängerschaft verfügt, die er auch gewillt wäre, zu politischen Zwecken auszunutzen. Vor wenigen Monaten hat Obregon im Staat Sonora zur Niederwerfung der Jaqui-Indianer 18 000 Mann gesammelt. Obregon hat seinerzeit den Warren-Payne-Vertrag mit den Vereinigten Staaten geschlossen, der auch etwaige neuerliche Beziehungen zur Union erleichtern könnte. Auch General Francisco Serrano, der zwischen Sozialismus und Demokratie zu vermitteln sucht, einer der Führer der Nationalen Revolutionären Partei, besitzt wie Gomez und Obregon einen starken militärischen Rückhalt und wird als Kandidat genannt. Es ist höchst beachtenswert und spiegelt die Struktur des in sich nicht sonderlich ausgeglichenen Staatenbundes Mexiko wieder, wie die etwaige Nominierung von Kandidaten viel weniger auf dem Gegenspiel von ein paar großen Parteien beruht, als auf der Tatsache einzelner Regionalgewalten basiert. Eine solche innerpolitische Struktur macht jede Intervention oder Unterstützung von außen besonders leicht. Zur Zeit beschränkt sich die Union gegenüber Mexiko auf ein Abwarten, das jeder Verschärfung der Beziehungen ausweicht. Das hat recht deutlich die Abberufung des Botschafters Sheffield gezeigt, der die Ölinteressen der Vereinsstaatler vielleicht zu scharf vertreten hatte. Die Auseinandersetzung mit den Land- und Ölgesetzen und der Kulturkampf in Mexiko werden die wichtigsten Aufgaben der nächsten Präsidentschaftsperiode sein.

Die Union übt ihr Militärregiment über Nicaragua aus. Den Überfall der Liberalen unter Sandino auf Ocotal haben die vereinsstaatlichen Truppen mit einem Bombardement von fünf Flugzeugen aus beantwortet. Eine öffentliche Protestkundgebung gegen dieses Vorgehen, dem 150 Menschen zum Opfer gefallen sein sollen, war der sofortige Widerhall in Südamerika.

Zwischen Brasilien und Paraguay ist ein Grenzvertrag abgeschlossen worden, der die Verhältnisse an der brasilianischen Paraguaygrenze in der Bahia-Negra-Zone regelt. Die Inseln an der Ostseite des Paraguayflusses fallen an Brasilien, die der Westseite an Paraguay.

Brasiliens wirtschaftliches Manometer ist seine Kaffee-Ernte und sein Kaffee-Handel. Im Jahre 1926 belief sich die Kaffeeausfuhr Brasiliens auf 13,75 Mill. Ballen im Werte von 69,58 Mill. £ bei einer gesamten Warenausfuhr von 93,97 Mill. £. Die Kaffeeausfuhr machte dementsprechend wiederum fast Dreiviertel der Warenausfuhr aus. Die brasilianische Kaffee-Ernte für das Jahr 1927/28 wird auf 21,5 Mill. Ballen bei einer Weltproduktion von 28,5 Mill. Ballen geschätzt. Da dieser Produktion nur ein Weltkonsum von etwa 23 Mill. Ballen gegenübersteht, so besteht eine starke Überproduktion, die notwendigerweise zu einem empfindlichen Sinken der Preise führen müßte, wenn hier nicht die Arbeit des Kaffee-Verteidigungs-Instituts einsetzen könnte. Man ist der Meinung, daß dieses Mal die Valorisation glücken wird, während im Vorjahr trotz der Wirksamkeit des Instituts die Kaffeepreise um über 40 % gesunken sind. Dagegen zeigt die Wirtschaftslage Brasiliens im ganzen eine nur mäßig

günstige Entwicklung, da die Handelsbilanz für 1926 nur mit einem Saldo von 15 Mill. £ gegen 18,5 Mill. £ im Jahre 1925 und 27 Mill. £ im Jahre 1924 abschloß.

In Argentinien haben die Anbauflächen von Weizen, Hafer, Gerste, Roggen, Baumwolle z. T. beträchtlich zugenommen; nur das Leinsaatareal ist zuletzt etwas zurückgegangen. Immerhin war im Jahre 1925/26 von den 120 Mill. ha landwirtschaftlich nutzbarer Gebiete nur ein Drittel unter Kultur. Immer mehr scheint Argentinien fähig zu werden, die Weltmarktgetreidepreise nachhaltig zu beeinflussen und besonders als Weizenland der Konkurrent der Vereinigten Staaten und Kanadas zu werden. Von Argentinien werden ferner 65 % des Fleischkonsums der Welt gedeckt; allerdings wird der Fleischexport nur zum geringeren Teil von argentinischen, zum größeren Teil von nordamerikanischen und englischen Unternehmungen ausgeführt. Die Wirtschaftslage im ganzen ist außerordentlich günstig; so war die Handelsbilanz des 1. Quartals 1927 stark aktiv, und zwar um 89,4 Mill. Goldpesos gegenüber einer Passivität von 3,1 Mill. Goldpesos im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Weizenausfuhr hat sich gegenüber der des Vorjahres mehr als verdoppelt, die Maisausfuhr fast verdreifacht. Auch die Ausfuhr von Gefrier- und Kühlfleisch ist gestiegen.

Bei der Musterung einer Anzahl weiterer Wirtschaftsdaten fällt der Rückgang der vereinsstaatlichen und mexikanischen Goldproduktion auf, während die Kanadas ganz beträchtlich zugenommen hat. Während die vereinsstaatliche Goldproduktion, die auch heute noch an zweiter Stelle steht, 1912 20 % der Goldproduktion der Welt ausmachte, fiel sie seit 1922 (14,8 %) stetig und betrug 1926 nur 11,3 %. Mexiko, das auf der Liste der Goldproduzenten an fünfter Stelle steht, hat in derselben Spanne von 1912 bis 1926 einen Rückgang von 5,3 % auf 3,9 % zu verzeichnen. Kanadas Produktion ist von 2,7 % auf 9 % gestiegen; es nimmt heute die 3. Stelle ein. — Auch die vereinsstaatliche Silberproduktion zeigt von 1925 auf 1926 einen schwachen Rückgang, während die Produktion in Mexiko und in Kanada in der letzten Periode stetig gestiegen ist. — Amerika, das schon 1925 in der Steinkohlenförderung ein schwaches Plus gegenüber Europa errungen hatte (Amerika 541,6, Europa 538,7 Mill. Metertonnen), hat im Jahre 1926 Europa weit hinter sich gelassen: Amerika 615 Mill., Europa 459 Mill. Metertonnen. Mehr als die Hälfte der Weltproduktion (1184 Mill. Metertonnen) fällt damit auf Amerika. — Die vereinsstaatliche Handelsflotte nimmt seit dem Kriegsende den 2. Platz unter den Handelsflotten ein und umfaßt 21,6 % der Welttonnage (Mitte 1927: 11 171 000 B.-R.-T. von 60,1 Mill. B.-R.-T.). Nur in mäßigem Umfange waren die Vereinigten Staaten 1926 am Weltschiffbau beteiligt. — Es ist beachtenswert, daß Deutschland nach amerikanischen Stimmen als ein dauernd vordringender Konkurrent der Vereinigten Staaten auf dem Doppelkontinent erachtet wird.

Auf der Hauptstraße des europäisch-amerikanischen Verkehrs im Nordatlantik ist es der Frequenzzahl nach, die sich allerdings in den letzten Jahren ständig wieder gesteigert hat, im Vergleich mit der Vorkriegszeit, namentlich infolge der vereinsstaatlichen Einwanderungsbeschränkung, wesentlich ruhiger geworden. 1913 wurden 2,58 Mill. Menschen, 1926 nur rund 940 000 befördert. Unbekümmert um solch starke Schwankungen in der Verkehrsfrequenz steht heute das Problem der raschesten Überwindung größter Entfernungen zur Diskussion und wird in Bälde auf mehreren Atlantikstrecken eine Lösung finden, die den Vergleich mit den Zeitverkürzungen innerhalb eines knappen Jahrhunderts herausfordert. Kanada, das 1840 von London aus erst nach einer Fahrt von 40 Tagen zu erreichen war, liegt zur Zeit nur noch 6 Tage von der Hauptstadt des Britischen Reiches weg. Ein Zeppelinflug

dürfte die Strecke auf $2^1/_2$ Tage kürzen. In der gleichen Weise ist die zeitliche Entfernung zwischen Spanien und Buenos Aires zusammengeschrumpft: 1840 50 Tage, 1927 15—16 Tage, 1928—30 $3^1/_2$ Tage. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in ganz kurzer Zeit regelmäßige Ozeanpost- und Passagierflüge den Atlantik queren. Schon 1929 glaubt man deutsche Fluglinien nach Amerika zu haben. Anfangs August ist der drahtlose Fernsprechverkehr Berlin—Buenos Aires (11 900 km) aufgenommen worden, der hinsichtlich der Entfernung längst den Vergleich mit London—New York (5500 km), aber auch den mit der Linie Holland—Holländisch-Indien aushält. Von italienischer Seite werden Bildübermittlungsversuche zwischen Italien und Südamerika angestellt. Das sind Daten, die den Prozeß der Raumverengerung der Erde, der Raumverminderung zugleich belegen und in immer höherem Grade an der Aufhebung der Isolierung Amerikas arbeiten.

In Südamerika macht ein Verkehrs- und Wirtschaftsproblem zugleich von sich reden. Es handelt sich um eine künstliche Wasserverbindung zwischen dem Marañongebiet und der pazifischen Küstenregion Nordperus, die der Bewässerung dieser letzten Trockenzone dienen soll. Üppige Zuckerrohr- und Baumwollfelder lohnen die Bewässerung dieses Bezirkes, der zudem das Petroleumfeld Perus darstellt. Ein großes Bewässerungsprojekt, das 225 000 ha der Departements Lambayeque und Piura mit Wasser versorgen soll, will Wasser des Marañongebietes in den Dienst dieserAufgabe stellen. Dabei sollen durch einen 16 km langen Tunnel Wasser des Huancabamba, eines Marañonnebenflusses, durch Andenkämme hindurch der Chira zugeleitet werden.

Wie wenig international die amerikanische Arbeiterschaft eingestellt ist, lehrt der panamerikanische Arbeiterkongreß in Washington, der sich gegen die dritte Internationale gewendet hat, der er die Schuld an den ständigen Unruhen in Mexiko zuschreibt. Trotz der Mißstimmung der Südamerikaner wegen des Vorgehens der Union im Nicaraguakonflikt anerkennt er allgemein den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Rußland.

Es ist höchst beachtenswert, daß sich neuerdings der Amerikaner Elmer Barnes gegen die Kriegsschuldlüge gewendet hat. Durch die Aktenpublikationen Deutschlands, Englands, Rußlands sei der Beweis erbracht, daß Deutschland nicht die Schuld an der Herbeiführung des Weltkrieges beizumessen sei. Damit seien die Grundlagen des Versailler Diktats und des Dawesplanes, nämlich die angebliche Feststellung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, erschüttert. Zusammenfassend stellte er fest, daß man dagegen Frankreich, Rußland und Serbien eine positive Kriegsschuld zuschreiben müsse.

Letzte Nachricht: Als letzte Nachricht von Wichtigkeit kommt nach Abschluß des Berichts die Kunde von dem Indianeraufstand in Bolivien, auf dessen durchaus symptomatische Bedeutung wir im nächsten Heft eingehen werden.

Gustav Amann:

DER KOMMUNISMUS IN DER NATIONALISTISCHEN REGIERUNG CHINAS

(Sun Yatsens Vermächtnis, VIII. Teil)

Noch wer vor zwanzig Jahren nach China kam, der bekam ein glückliches Bild von diesem fruchtbarkeitsgesegneten Lande. Welche geruhige Daseinsfreude umstrahlte

den Wanderer, der seine sonnenwarmen Straßen zog! — Ein dienstfertiges, emsiges, ungezähltes Volk, ameisenhaft übersät es mit dunklen Pünktchen diese, in der Sonne backende, stromdurchzogene Ungemessenheit trächtiger Felder. Am Horizont, an kahler Hügelkette ermahnt eine aufsteigende Rauchsäule noch ihrer emsigen Gegenwart. Der arbeitsgebeugte Bauer, dem wir begegnen am Straßenrand, richtet sich auf an seiner Hacke und ruft uns freundlich neugierig an: „He, Fremder, wo kommst du her; wo gehst du hin?" —

Da zieht müde eine Pilgerschar des gleichen Wegs. Am knorrigen Wanderstabe schwingend, begleitet der, Pilgerhut aus Orchideen und Gräsern breitrandig gewunden, die beladenen Schritte der Grauröcke nach dem fernen, fernen Kloster der Kuanyin, der Göttin der Barmherzigkeit, der zu Füßen sie ihre Erdenbürde ablegen wollen. Gütige Blicke ernten unsere Kupfermünzen und noch lange klingt uns murmelnd nach: „O Mane Padme Hum." — Fröhlich tappen die nackten Füße unserer Stuhlträger weiter des Weges. In glühendem Dunst versinkt die Sonne im Westen, es winkt die Herberge und ein lustig Liedchen steigt auf: „Vierzig Li haben wir heute getragen und am Abend schenkt uns der Fremde ein Krügchen Wein!" — „He, Freund, wo gehst du hin?" so rufen die Träger dem Wanderer zu, den wir soeben überholen. Ein Bäuerlein im Sonntagshäs, den papiernen Regenschirm unter dem Arm. Rüstig ausschreitend erzählt er lustig, daß er von der Hochzeit der Tochter komme. „Dort in dem kleinen Dorf, ihr seht das Tempeldach noch über jenes Gauliangfeld herüberschauen. Sie bekam einen guten Mann! Der Schwieger hat zehn Mau Land und sein Sohn machte schon das zweite Examen. Er wird bald eine gute Beamtenstelle vom Kaiser bekommen. — Doch sagt mir, wer sind die Fremden, wo kommen sie her? — ist die junge Weibsperson da in der roten Jacke auch eine Braut?" — „Ha, nein," meint stolz der Träger, sich unter der Last des Tragstuhles umwendend, „das ist doch die Frau des Fremden da! — sie hat neun Söhne, und heute abend schenkt sie uns ein Krügchen Wein — und fremde Zigaretten!" — Einen Hut trägt unser Wanderfreund, einen fremden Hut. — „Zeig her, das ist ein schöner Hut." — „Ja, der wird mir auch zehn Jahre halten; er ist aus fremden Filz", meint der Bauer, indem er den Hut herreicht, und innen im Rande lesen wir: Glockner, Freiburg i. Br. Weiß Gott, aus unserer eigenen Heimatstadt! — Noch lange in das Feilschen und Markten in der Herberge hinein (denn ach, das Geld ist eine kostbare Sache und schwer zu bekommen für die Chinesen, da muß gehandelt und gefeilscht werden um jeden erhaschbaren Käsch) unterhielten wir uns noch über den schönen Beruf, diesem guten Volke all unsere herrlichen Dinge des Westens zu bringen. — Diesem friedfertigen Volke, dessen Straßen man auf hundert Meilen bereisen konnte, ohne einen Gendarmen zu treffen. Diesem guten Volke, bei dem uns, trotz aller Dürftigkeit der äußeren Lebensgüter, an jedem Kreuzweg das große Zeugnis begegnete: der ZUFRIEDENHEIT MIT DEM GESCHICK. —

Das waren die Chinesen der unverbrüchlichen Vertragstreue, das China, das wir liebten. —

Noch bis unter die letzten Herrscher der Ching-Dynastie war das chinesische Volk eine homogene Masse geblieben. Homogen und demokratisch gehalten durch den im Familiensystem gezüchteten Sinn für Gegenseitigkeit in der Gesellschaft, der Pflichten des Vermögenden gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen; und durch dieses Familiensystem noch fest zusammengehalten zu einem Staat ohne inneren Klassenkampf. Die unangezweifelte Autorität des Familienältesten über alle Familienangehörige, über deren Lebensfragen bis hinab zur Bestimmung der Ehegatten, mit der Pflicht, not-

falls jedem Familienglied Unterkunft und Nahrung zu gewähren und seine Verantwortung nach außen für alle Angehörige, erhielt die gleiche Disziplin unter den Einzelnen aller Kreise, der Bauern, der Handwerker und der städtischen Handelsleute. Berufsgilden, in sonst freiem Handel und Gewerbe, disziplinierten Sitten- und Rechtsanschauungen des sozialen Getriebes, während ununterschiedlich jeder Abkomme jeder Familie (mit Ausnahme von Fleischer, Friseur und Gerichtsdiener), sofern er Neigung für die Obliegenheiten des Staatsbeamten hatte und sich in freiem Studium die nötigen Kenntnisse erwarb, durch öffentliche Examinas die höchsten Staatswürden erreichen konnte. Das alles, neben absolutester Gewissensfreiheit in religiösen Fragen, schuf ein demokratisch beseeltes, homogenes Volk und ein Staatswesen von enger Fühlung und Duldung zwischen Volk und Obrigkeit; einen Staat ohne Klassenkampf und unter allen Chinesen die Zufriedenheit mit dem Geschick. —

Wie sich dieses selbstgenügende und selbstzufriedene Staatswesen dem Eindringen unserer westlichen, mechanistisch-utilitaristischen Zivilisation gegenüber zuerst abschließen wollte und wie diese Isolierung von den Fremden niedergeschossen wurde, wissen wir; — wie seine Staatsmänner und Denker, ein Chang Chitung, Li Hungchang, Kang Yuwei u. a., dann sich mit dem fremden Eindringling politisch und kulturell auseinanderzusetzen versuchten, wie zuletzt nach der Revolution von 1911 gerade der alte, zuunterst auf dem Familiensystem gründende, Staatsmechanismus die Auflösung des Staatswesens verursachte, und wie dann Sun Yatsens Volksgedanke und die Einsicht zur Notwendigkeit eines neuzeitlichen Wirtschaftssystems die Renaissance Chinas anstrebt und, so hoffen wir, anbahnt, das haben wir alles verfolgt, und darum ist es uns jetzt leicht, all das Gute und Schöne, das wir fortgeschrittene Westländer den Chinesen brachten, auch soziologisch recht zu würdigen.

Zuerst brachten wir den Chinesen viele technische Dinge, Hüte aus fremden Filz und noch andere schöne Sachen, die die Chinesen recht sehr freuten. Dann brachten wir ihnen fremde Schulen und Missionare. Durch die ersteren erreichten wir, daß die öffentlichen Examinas abgeschafft wurden, daß jetzt nicht mehr jeder Abkomme jeder chinesischen Familie durch freies Studium zu den höchsten Staatswürden kommen kann, sondern nur die, die für diese neue Schulbildung bezahlen können; und die letzteren, die Missionare, die brachten eine Religion der allein seligmachenden christlichen Kirchen, von der der Japaner, Professor Gito Sakamoto, sagt: „Daß sie weder der Ehrlichkeit noch der Elternverehrung (neither loyality nor filial piety) einen Ausdruck gibt, und daß, weil diese Prinzipien die Hauptpfeiler der asiatischen Moral sind, eine Religion, die diese Prinzipien vergessen läßt, nicht nur ungeeignet, sondern sogar eine positive Gefahr für die Nation ist." — Also, wir brachten den Chinesen, mit einem Wort gesagt, in unseren Schulen und in unserer Religion: unsere westliche Gewissensfreiheit; und die Folge davon ist, daß der Familienälteste nicht mehr unangezweifelte Autorität über seine Familienangehörigen hat, daß er nicht mehr über alle Lebensfragen der jungen Familienglieder und nicht mehr die Ehegatten in der Familie bestimmt, und folglich auch vielfach nicht mehr für Unterkunft und Nahrung der abtrünnigen Angehörigen sorgen mag. Die Familiendisziplin über die Einzelnen im Staat wurde gelöst. — Dann brachten wir den Chinesen auch unsere Rechtsanschauungen. Wir lehrten sie, daß keineswegs die ganze Familie für Engagements eines Einzelnen haften braucht. Wir zwangen sie, Handelsgesetze, GmbH-Gesetze für Handel und Gewerbe aufzustellen und die Disziplin über Sitten und Rechtsanschauungen im Handel und Verkehr den Gilden zu entziehen und diesen GmbH-Gesetzen zu überlassen. Die Folge im Verkehr des Handels davon ist, daß das moralische Ge-

bundenheitsgefühl bei geschäftlichen Engagements rasch schwindet, das früher dem Chinesen den sprichwörtlichen Ruf unverbrüchlicher Vertragstreue gab, und daß dafür bald sprichwörtlich sein wird: „So verräterisch wie ein Chinese." — Zuletzt brachten wir die fremden Fabrikbetriebe in die Hafenstädte Chinas, und damit riefen wir, nicht zuletzt, ein heimatloses, von Hand zu Mund darbendes, aber gieriges Arbeiterproletariat hervor.

Jeder Fremde in China wird beteuern, daß wir den Chinesen nichts genommen haben; auf die schönen Städte deutend, in denen der Fremde wohnt, auf die Dampfschiffe, Eisenbahnen, Post, Telegraphen und Presse deutend, wird er beteuern, daß der Chinese nur gewonnen hat. — Aber, ach, was ist aus der Zufriedenheit mit dem Geschick geworden, haben wir die dem Chinesen etwa nicht genommen? —

Diese Tatsachen, die wir schon früher berührt und hier nun mit dem Finger klar umrissen aufzeigen, als grundlegend vor Augen zu haben, ist notwendig für die richtige Betrachtung der Ereignisse seit unserem letzten Bericht von Ende Januar des Jahres (Sun Yatsens Vermächtnis VII). Ist es doch gerade der Umstand, daß das große Publikum von diesen Tatsachen nichts wissen kann, was es der fremden Presse in China möglich macht, und auch jenen Berichterstattern, die für den Zweck hierhergeschickt wurden, ermöglicht, den Mantel russisch-kommunistischer Intrige über die, aus der tief im chinesischen Volke wuchernden Unzufriedenheit mit einem ihm von außen aufgedrückten Geschick hervorbrechende Revolte zu breiten. Oder ist es, um eigenen, festgefaßten Plan Schritt für Schritt zu verfolgen, um die russischen Sowjets jetzt und hier zu einer Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt zu stellen — oder ist es gar um ein Selbstbewußtsein zu bemänteln? —

Wenn das in nationalistischer Bewegung aufgestandene Volk Missionare und Missionsschulen aus dem Innern Chinas vertreibt, so ist es ein kommunistischer Schlag der Russen gegen Englands Weltinteressen! Wenn die gierige Proletariermasse der Hafenstädte streikt und unvernünftige Lohnforderungen brutal erzwingen will, so ist es Kommunismus; wenn in Nanking undiszipliniertes Soldatenpack beim Einzug in die eroberte Stadt raubt und mordet, so ist das „organisiert" von der kommunistischen Partei, die die Regierung in Wuhan terrorisiert. Man umstellt das russische Konsulat in Shanghai und läßt die russische Legation in Peking durchsuchen, wo dann von Chang Tsolin die schönst verfaßten „Funde" russischer Anzettelung zu kommunistischem Umsturz in China durch die Presse geschickt werden. —

Das alles ist sehr geschickt und findet auch fertigen Widerhall bei den vielen fremden Kaufleuten in China, die unbewußt sind der zersetzenden Wirkung der westlichen Zivilisation unter den Chinesen. Denen scheint alles richtig und ohne Zweifel, was in den Zeitungen steht; aber es bleibt unvermögend, den Wissenden zu überzeugen.

Das eine ist wahr, es gibt eine chinesische kommunistische Gruppe. Diese Gruppe wurde noch zu Lebzeiten, und von Sun Yatsen selbst, in die Kuo-Min-Tang aufgenommen, und zwar aufgenommen, um den chinesischen Militärs in der Partei die Möglichkeit zu nehmen, die Organisation für eine Militärdespotie zu usurpieren. Aber diese kommunistische Gruppe soll nicht herrschen, und beherrscht die Regierung in Wuhan nicht. Nicht mehr als ein Drittel des „Zentralexekutivrates" ist bekannt, als zu einer kommunistischen Proletarierdiktatur neigend, und nur einer der Minister, Hsu Chien, der Justiz- und Kultusminister ist, zu Recht oder zu Unrecht, wegen seiner Vertreibung von fremden Schulen und Missionen von den Fremden der Proletarierdiktatur angeklagt.

Von diesem Hintergrunde wird sich eine wahre Bedeutungsgebung der äußeren Ereignisse nun schon abheben lassen, aber noch müssen wir einen Blick auf den Aufbau der nationalistischen Regierung werfen, um auch die Vorgänge im Innern der Regierung richtig in das Gesamtbild zu bringen:

Alle chinesischen Bürger der Provinzen, der Dependenzien und die Überseesiedler wählen oder ernennen die „Kuo-Min-Tang-Delegierten" zu dem jährlich zusammentretenden, allgemeinen Nationalkongreß.

Der allgemeine Nationalkongreß bestätigt 35 Mitglieder für den

Zentralexekutivrat.

Dieser ist das, dreimonatlich einige Tage tagende, allmächtige Organ der Regierung. Er bestellt die Komitee- und Ratsmitglieder (und auch die Minister) aller anderen Regierungsorgane aus der Mitte seiner Mitglieder, und ruft sie wieder ab; er ratifiziert die Gesetzesvorlagen der Komitees und der Räte; er ist die höchste Autorität in Parteifragen und in politischen und militärischen Angelegenheiten des Reichs.

Achtundzwanzig Mitglieder des Zentralexekutivrates konstituieren das

Exekutivkomitee der Nationalistischen Regierung.

Neun Mitglieder werden ernannt zum

Stehenden Komitee des Zentralexekutivrates.

Die Mitglieder des ersteren betätigen sich auf dem ganzen großen Felde der sozialen Aufgaben der Regierung: der Bauern-, Arbeiter- und Handelsangelegenheiten, der Jugend- und Frauenfragen, der Überseesiedler, der Organisation und der Propaganda-Geschäfte; während dem Stehenden Komitee des Zentralexekutivrates die Parteientscheidungen in den Arbeitspausen des Rates obliegen.

Das Stehende Komitee des Zentralexekutivrates ergänzt sich durch weitere sechs Mitglieder zum

Politischen Rat (oder politischen Büro)

und neun Militärs zusammen mit sechs Zivilisten des Zentralexekutivrates bilden den

Militärischen Rat,

als eigentliche Exekutiven oder Geschäftsträger der Außenwelt gegenüber sind

fünf Minister

und Ministerien errichtet.

Das ist das Schema des Aufbaues der Nationalistischen Regierung zu Wuhan. Dabei muß man sich jedoch hüten, dieses Schema als ein gußeißernes anzusehen. Noch ist seine praktische Ausgestaltung und auch die Arbeitsverteilung im Flusse und wird fortschreitend den sich meldenden Bedürfnissen angepaßt. Die Besetzung der Ämter wechselt so, wie es die Besonderheit der gerade zu lösenden Aufgaben erfordert, oder so, wie wechselnde Tendenz in der Regierung zur Geltung kommt; während die Besetzung mehrerer Ämter gleichzeitig durch dieselbe Person herrschender Tendenz starke Auswirkung verleiht. So sind zur Zeit die Minister für Verkehr und für Justiz, Sun Fo und Hsu Chien, gleichzeitig Mitglieder des Militärischen Rates, des Stehenden Komitees des Zentralexekutivrates und Mitglieder des Exekutivkomitees der Nationalistischen Regierung. Der Minister der Finanzen T. V. Soong ist gleichzeitig Mitglied des Politischen und Militärischen Rates und des Komitees der Nationalistischen Regierung; ferner ist der Minister des Auswärtigen, Eugene Chen (Chen Yuren), gleich-

zeitig Mitglied des Politischen Rates und des Komitees der Nationalistischen Regierung.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß gegenwärtig der Zentralexekutivrat sich zusammensetzt aus 13 Militärs, 20 Zivilisten und den Frauen der verstorbenen Führer Sun Yatsen und Liao Chungkai.

Als Chian Kaishek, Mitte Januar bei seinem Besuch in Hankau, den Streit vom Zaun brach, besaß er ein Übergewicht persönlichen Einflusses in der Regierung. Er war selbst Vorsitzender des Politischen und Militärischen Rates und des Stehenden Komitees des Zentralexekutivrates. Bei seinem kraftvollen Vorgehen gegen die kommunistischen Extremisten seinerzeit in Kanton war Wang Chingwei in den Urlaub nach Frankreich geschickt worden, und Chiang Chinkiang, der persönliche Berater und Freund Chiang Kaisheks, ward an dessen Stelle Vorsitzender des Zentralexekutivrates, was jetzt seinen nicht geringen Vorteil für Chiang Kaishek hat. — Nach einem glänzenden Feldzug an den Jangtse glaubt jetzt Chiang Kaishek offen diktieren zu können und verlangt die Verlegung der Hauptstadt von Wuhan in den Schatten seiner Macht in Nanchang. — Nun ist es aber leider in der Welt so eingerichtet, daß sich ein geopolitisches Momentum bei der Wahl einer Hauptstadt zwingender melden kann als selbst ein sieggekrönter Chiang Kaishek mit persönlichem Übergewicht in der Regierung, und sein eigennütziger Schlag prallte zurück von der Macht der Naturgegebenheit, auf ihn selbst. Was bleibt einem sieggekrönten Chian Kaishek in Nanchang zu tun, der diese Naturgegebenheit nun einmal nicht beseitigen kann, der darüber sein persönliches Übergewicht in der Regierung verliert und der von einer, von Antiimperialismus und Antimilitarismus getragenen Volkserhebung bitter angeklagt dasteht, der atavistischen Tuchun-Natur, als Militarist und Imperialist: was bleibt ihm zu tun bei einem neuen zentralisierten fiskalischen System, das mit den alten Tuchun-Requirierungen aufgeräumt hat? — Es bleibt ihm der kommunistisch gefärbte Mantel, den die Fremden in China für ihre Zwecke so gut zu verwenden verstehen, und es bleibt ihm, an die Geldquelle Shanghais zu marschieren. — Lammweiße Unschuld von jedem Machtstreben protestierend, schleudert er kommunistische Indizien gegen die restive Wuhan-Regierung und marschiert durch Chekiang nach Shanghai.

In Shanghai und am unteren Jangtsekiang sind inzwischen allerhand Veränderungen vor sich gegangen.

Da haben die fremden Mächte 10 000 oder 15 000 Truppen gelandet, Stachelzäune um das fremde Stadtgebiet gezogen und befestigte Punkte in das chinesische Territorium hineingeschoben. Wir sind vorbereitet und fühlen uns sicher. —

Am 15. Februar fiel das propagandistisch gut vorbereitete Chekiang, die Haupstadt Hangchow, Eisenbahn und Truppen, nach geringfügigem Widerstand in nationalistischen Besitz.

Sun Chuangfang in Nanking zitterte, zitterte mit Recht, denn Freund Chang Chungchang überschritt den Jangtsefluß von Pukow kommend, um die Verteidigung Kiangsus zu übernehmen, Sun Chuanfang und seine Truppen durch 30 000 Shantungleute und weißrussische Regimenter abzulösen. So verschwindet Sun Chuanfang, der Freund der Mächte, die ihre Hand über Shanghai halten, ruhmlos in der Versenkung. — Da ist ein Verschieben der Truppen, ein Kommen und Gehen von Bewaffneten und Waffen auf allen Wegen der Provinz, ein Panzerzug mit weißrussischer Besatzung patrouillierte die Bahn auf und ab von Nanking bis Shanghai; die Zeitungen berichten von einer Verteidigungslinie, an der die nationalistischen Truppen bereits halt-

machten; von Kinshan am Meer, über Hutchou, Jishing, Taiping nach Nanking ziehen sich die Gräben, die Bombenwerfer, die General Sutton in Mukden macht, und eine entschlossene Verteidigung. Der gepanzerte Zug mit weißrussischer Besatzung beschützt Shanghai. —

In der Shanghai-Niederlassung sind wir, wie gesagt, gut vorbereitet und fühlen uns sicher. Sollte da nicht der neugierige Shanghai-Resident an diesem schönen Nachmittag, die Geschäfte sind ja tot und nichts zu tun, in seinem Auto „unsere Verteidigung" inspizieren und vielleicht sich etwas hinaus wagen ins friedlich knospende Land? So geschah es, daß der spazierenfahrende Shanghai-Resident diesen schönen Nachmittag des 20. März einen gestikulierenden chinesischen Offizier und einige Mannschaften auf der Straße traf. Sie deuten in die Ferne, wo auch schon einige Schüsse krachen, und sie beschwören das Auto umzukehren. Sie sind da, die Kantonesen sind da, und in der Nacht bricht denn auch das Pandämonium los in den chinesischen Teilen Shanghais, außerhalb „unserer Verteidigung". —

Der Panzerzug mit weißrussischer Besatzung steht am Shanghai-Nordbahnhof und beschützt die chinesische Stadt Chapei. Ringsum brennt es, die Straßen hallen wieder vom Straßenkampf. Kantonesische Soldaten sind eigentlich fast keine da; Schwarzröcke, Arbeitertrupps überfallen die Polizeistationen, bewaffnen sich mit erbeuteten Waffen und Munition, schlachten, was sie an Nordtruppen finden oder was sich nicht durch unsere Barrikaden hinter „unsere Verteidigung" rettet. Der gepanzerte Zug mit weißrussischer Mannschaft verteidigt sich tapfer, bis zur letzten Patrone, ergibt sich dann — und man hat nie wieder von ihr gehört. —

So fiel Shanghai an die Nationalisten. Aber Wusieh, Chingkiang, Nanking sind uneinnehmbar für die Kantonesen, so sagen uns die fremden Zeitungen, und zum 23. März melden sie drahtlos eine Schlacht, die westlich vor Nanking tobt. — Von Pukow her überschreiten Tausende von Chang Chungchangs Truppen in dichten Massen den Jangtsekiang nach Nanking, so wird drahtlos berichtet; — und — am 24. März ist das reguläre Nordheer, alle 30 000 Mann, und die weißrussischen Regimenter, ohne einen Mann im Kampf verloren zu haben, über Chingkiang und den Großen Kanal nach Norden — entflohen; zurücklassend eine gefährliche Horde zersprengter Nordsoldaten, vagabundierender Auflösungsreste von Sun Chuanfangs Macht, in Nankings Straßen stehlend, deren nützlichem Beispiel dann die ersten, planlos schießend, führerlos einziehenden nationalistischen Soldaten marodierend und plündernd folgen.

Wie Missionare und Lehrer, fremde Kaufleute und Konsulate sich, vom Pandämonium überrascht, zusammenrotteten, wie sie von der Soldateska umzingelt, manche verwundet und gar erschossen und schließlich durch die Besatzungen amerikanischer und englischer Kriegsschiffe herausgehauen wurden, auch daß der nationalistische General Chen Chien sofort bei seiner, ach, zu späten Ankunft in der Stadt die Soldateska durch Kommandopfeifen und Trompeten zu sammeln versuchte, das wissen wir schon im einzelnen aus den Zeitungen, die diese ganze, ohne Zweifel kommunistisch organisierte Mordanzettelung von Fremden in Nanking in aller Welt verbreiteten.

Da haben wir nun eine gespannte internationale Lage in China. — Da ist Wuhans kommunistische Mordanzettelung gegen Fremde in Nanking, die nach Sanktionen schreit; da ist eine kommunistische Verschwörung, die die Arbeiter von Shanghai bewaffnete für den unzweifelhaften Zweck, die Fremdenniederlassungen Shanghais zu stürmen, und da ist eine Wuhan-Regierung, die den Fremden schon mit kommu-

nistischer Tücke die Niederlassungen in Hankau und Kiukiang entrissen hat — müssen wir da nicht 35 größte Kriegsschiffe vereint nach Hankau senden, mehr fremde Truppen als nur 15000 oder 20000, die schon in Shanghai sind, hierher holen und vereint diesen Russen, die doch selbstverständlich hinter allem stehen, müssen wir nicht auf diese verräterische Note der Sowjets, die beteuert, daß selbst Indignitäten wie die Verletzung der Unantastbarkeit ihrer Gesandtschaft in Peking kein Grund zu einem Weltkriege abgeben soll, mit „entschlossener und positivster" Sanktionspolitik Wuhan gegenüber antworten? —

Das ist die gespannte internationale Situation in China, die natürlich die Hauptsache ist. —

Daneben ruhen aber doch die bösen Geister im chinesischen nationalistischen Lager nicht. — Weiß Gott, ein in Shanghai und Nanking eingezogener Chiang Kaishek und seine Kohorten haben jetzt blutig roten Stoff genug gegen den Stier in Wuhan zu schwenken. Ist diese kommunistische Verschwörung Wuhans, die geschmeidig die Arbeiter Shanghais bewaffnete zum Zweck, die Macht an der Geldquelle einem erobernden Chiang Kaishek zu entwinden, nicht empörender Verrat an der Kuomintang-Sache, ist es nicht tückisch, wie Wuhan die Vorsitzendenämter in der Regierung durch Beschluß des Zentralexekutivrates einfach abschafft, nur zum Zweck, das persönliche Übergewicht Chiang Kaisheks in der Regierung zu vernichten, und wie gefährlich ist der Beschluß Wuhans, nun die Hauptstadt nach Nanking zu verlegen! — Der siegreiche Chiang Kaishek bemerkt, nichts weniger als siegreich zu sein. — Denn wenn diese Wuhan-Regierung nach Nanking kommt, so wird der kommunistische Mantel fallen, der ihr umgehängt ist. Da heißt es handeln, bevor es zu spät ist, und am 18. April erklärt Chiang Kaishek die Militäroligarchie in der Kuo Mintang. Eine neue nationalistische Gegenregierung zu Wuhan wird in Nanking errichtet. Nicht nur mit Militaristen besetzt, es finden sich auch alle Zivilisten ein, die in Shanghai ihrer Chance warteten; jene in England und Amerika erzogenen, von kapitalistischen Instinkten durchtränkten Zivilisten, die vor dem revolutionären Geiste der Kuo Mintang in Kanton nicht hatten bestehen können. Die zivilen Institutionen der Finanzen, des Verkehres, des Auswärtigen werden, wo Chiang Kaishek im nationalistischen Reiche militaristische Anhänger hat, ergriffen, und ein Kreuzzug des Köpfens und Erschießens von unbotmäßigen Arbeitern in der Shanghai Chinesenstadt, nach bestem Tuchun-Muster, sichert die Macht über die Geldquelle.

Ein hoher Berg ängstlicher Fragen versperrt uns jetzt die Aussicht in die Zukunft. Wird die kommunistische Seifenblase wirklich die fremden Mächte zu einer gemeinsamen Intervention, zu einem Krieg mit Rußland in China vereinigen? — Wird sie Chiang Kaisheks Militäroligarchie vor der Rache der getäuschten Volkserhebung bewahren? — Sun Chuanfang und Chang Chungchang mußten dieses selbe Land kampflos verlassen, weil ihr Köpfen und Morden von ihnen unbotmäßigen Arbeitern das Millionenvolk der Bauern und Arbeiter im Innersten erbost hat, weil dieses Millionenvolk fieberisch ist auf Befreiung vom chinesischen Militarismus. Auch kein Chiang Kaishek noch seine Kohorten können mehr ungestraft auf chinesischen Menschenleben trampeln! Wie, wenn Wuhan voran marschierte, Peking eroberte? — noch hat Wuhan eine treugebliebene Waffenmacht.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST" (HAMBURG)

Der Aussenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika

a) Nach Erdteilen und Ländern (Werte in 1000 $)

Erdteile bzw. Länder	1926		1920		1912/13	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export
Insgesamt	4 430 890	4 808 465	5 279 398	8 228 759	1 813 008	2 465 884
Europa	1 285 869	2 309 705	1 227 842	4 466 655	892 866	1 479 074
Davon Großbritannien	383 189	972 384	513 846	1 825 029	259 564	597 149
Deutschland	198 460	364 114	88 836	311 437	188 963	331 684
Frankreich	152 030	263 779	165 654	676 193	136 877	146 100
Italien	102 527	157 401	75 357	371 767	54 107	76 285
Niederlande	101 893	135 795	95 226	246 451	38 180	125 909
Belgien	77 799	99 289	47 443	282 479	41 941	66 845
Schweden	43 999	40 861	31 612	114 780	11 174	12 104
Schweiz	42 053	8 253	54 556	44 909	23 260	826
Spanien	41 334	68 204	42 513	151 440	23 220	31 471
Tschechoslowakei	28 309	2 967	10 159	7 077	—	—
Norwegen	25 076	24 880	21 627	94 661	8 418	8 391
Rußland	13 502	48 499	1 825	15 446	26 958	25 363
Dänemark	5 508	50 577	20 573	85 074	2 974	18 687
Nord-, Mittelamerika	1 011 668	1 176 883	1 663 451	1 929 136	361 943	617 413
Davon Kanada	475 886	738 474	611 788	971 854	120 571	415 449
Kuba	250 569	160 487	721 695	515 082	126 088	70 581
Mexiko	169 368	134 994	180 191	207 854	77 543	54 383
Asien	1 400 601	564 543	1 283 800	771 954	276 494	115 056
Davon Japan	400 692	260 754	414 654	377 961	91 633	57 741
Straits Settlements	383 799	13 563	191 778	18 984	35 712	3 606
Britisch-Indien	150 887	50 008	176 073	99 857	67 949	11 040
China	143 146	110 205	192 705	145 736	39 010	21 326
Niederl. Indien	125 615	27 607	167 415	59 078	6 221	3 151
Philippinen	103 796	68 648	112 950	99 830	21 010	25 384
Ceylon	55 805	2 588	33 186	3 220	12 559	462
Hongkong	11 293	12 818	45 859	25 907	4 019	10 431
Südamerika	567 978	443 508	761 053	623 910	217 734	146 147
Davon Brasilien	235 307	95 449	227 587	156 740	120 155	42 638
Argentinien	88 137	143 574	207 776	213 725	26 863	52 894
Chile	81 442	49 043	120 515	55 310	27 655	16 076
Venezuela	23 315	39 690	22 388	29 151	10 852	5 737
Peru	21 796	29 352	63 730	47 037	9 666	7 341
Uruguay	18 423	23 015	33 780	33 720	2 450	7 522
Australien, Südsee	68 344	212 705	192 965	271 441	37 543	79 102
Davon Australien	45 738	168 694	45 982	119 912	10 956	43 351
Neu-Seeland	18 826	41 574	25 568	48 754	4 385	9 079
Afrika	96 427	101 118	150 285	165 661	26 425	29 088
Davon Ägypten	35 221	10 338	97 015	38 123	19 907	1 660
Britisch-Südafrika	19 826	51 079	20 616	60 939	3 305	14 488

b) Nach Warengattungen

Die wichtigsten Importwaren (Werte in Mill. $)

Warengattung	1926	1920	1910/14
Rohgummi	505,8	242,7	86,3
Rohseide	392,8	284,8	77,1
Kaffee	322,7	252,4	101,5
Zucker	232,5	1015,1	104,5
Papier	139,5	80,8	11,4
Petroleum	124,6	66,7	4,9
Zellulose, Holzmasse	121,5	89,4	14,6
Pelzwaren	117,4	92,3	14,8
Wolle	106,7	126,9	39,3
Zinn	104,8	92,6	41,5
Kupfer	99,7	90,0	47,8
Häute, Felle	96,8	243,8	104,6
Früchte	87,3	101,5	28,6
Leinen	82,2	89,3	29,4
Pflanzliche Öle und Fette	79,0	108,0	26,5
Holzwaren	74,6	76,0	17,6
Wollwaren	70,7	58,1	21,5
Ölsaaten	70,5	—	15,1
Düngemittel	69,2	114,8	40,7
Baumwollwaren	67,2	137,5	67,2
Diamanten	66,4	—	34,7
Rohtabak	60,6	81,6	31,7

Die wichtigsten Exportwaren (Werte in Mill. $)

Warengattung	1926	1920	1910/14
Baumwolle, roh	814,4	1136,4	551,9
Petroleum	554,2	589,3	133,1
Maschinen aller Art	400,2	595,6	100,1
Automobile, Teile davon	320,2	298,2	23,4
Weizen, Weizenmehl	284,7	821,4	106,2
Kohlen, Koks	203,9	359,8	55,7
Eisen, Stahl	174,1	498,2	91,3
Kupfer	141,2	141,7	112,4
Rohtabak	136,9	245,5	44,7
Tierische Fette	136,2	191,6	84,5
Baumwollwaren	131,1	402,0	44,9
Früchte	111,8	84,3	28,0
Fleisch	98,7	273,4	62,7
Leder	49,8	108,8	39,1
Wollwaren	37,9	64,3	25,6
Gummiwaren	37,9	85,4	12,4
Schiffsbedarfsgegenstände	36,9	34,5	23,1
Ölkuchen, Ölpulver	26,5	18,0	24,7

Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika
im Jahre 1925 (Werte im Mill. $)

Bilanzposten	Kredit	Debet	Bilanz
A. Laufende Beträge			
Sichtbare:			
Warenhandel	4 934	4 268	+ 666
Unsichtbare:			
Zinsen auf die interalliierten Schulden	160	—	+ 160
Private Zinsen, Dividenden	520	165	+ 355
Schiffsfrachten	75	83	— 8
Regierungszahlungen	—	5	— 5
Ausgaben der Touristen	100	660	— 560
Spenden	—	50	— 50
Rücksendungen der Eingewanderten	—	310	— 310
Abgaben auf Filme	75	—	+ 75
Unsichtbare Beträge:	930	1 273	— 343
Insgesamt laufende Beträge:	5 864	5 541	+ 323
B. Kapitalbewegung			
Neue auswärtige Anleihen (ohne Umwandlung)	—	920	— 920
Käufe und Verkäufe von Wertpapieren	411	90	+ 321
Rückzahlung auswärtiger Anleihen	140	—	+ 140
Rückzahlung interalliierter Schulden	27	—	+ 27
Währungsgeld der U. S. A.	—	62	— 62
Insgesamt Kapitalbewegung	578	1 072	— 494
C. Gold und Silber			
Gold	262	128	+ 134
Silber	99	65	+ 34
Insgesamt Gold und Silber	361	193	+ 168
Alle Beträge (A+B+C)	6 803	6 806	— 3
Veränderung der Bankguthaben	—	—	— 61
Verbleibende Differenz	—	—	— 64

An die Regierung der Vereinigten Staaten zu leistende Zahlungen auf Grund der Fundierungsabkommen

Land	Datum der Fundierung	Fundierungssumme in 1000 $	Verzinsungsdauer	Zinssumme in 1000 $
Großbritannien	18. Juni 1923	4 600 000	1923—1984	6 505 965
Frankreich	29. April 1926	4 025 000	1931—1987	2 822 674
Italien	14. November 1925	2 042 000	1931—1987	365 677
Belgien	18. August 1925	417 780	1926—1987	310 050
Jugoslawien	3. Mai 1926	62 850	1938—1987	32 328
Rumänien	4. Dezember 1925	44 590	1940—1987	55 945
Polen	14. November 1924	178 560	1923—1984	257 127
Tschechoslowakei	13. Oktober 1925	115 000	1944—1987	127 740
Estland	26. Oktober 1925	13 830	1923—1987	19 501
Finnland	1. Mai 1923	9000	1923—1984	12 695
Lettland	24. September 1925	5775	1923—1984	8183
Litauen	22. September 1924	6030	1925—1986	8501
Ungarn	25. April 1924	1939	1924—1985	2754

Insgesamt (Fundierungssumme + Zinssumme) 22 143 539 993 $.

Geschätzter Wert der amerikanischen Anlagen im Ausland 1925

(in Mill. $)	Regierungsseitig garantiert:	Industriell gesicherte und direkte Anlagen	Total:
Europa	1 825	675	2 500
Latein-Amerika	910	3 300	4 210
Kanada und Neu-Fundland	1 175	1 650	2 825
Asien, Australien, Afrika und übrige Gebiete	520	350	870
Zusammen	4 430	5 975	10 405

Oskar Aust:

WELTWIRTSCHAFTLICHER REICHTUMSAUSGLEICH

Zum Transferproblem

1.

Die interalliierte Verschuldung, ferner die internationale Verschuldung, die auch die sogenannte Reparationsfrage mit einschließt: die Weltverschuldung also, die in der Hauptsache eine Verschuldung Europas gegen die Vereinigten Staaten von Amerika darstellt — und demgegenüber die solcher Verschuldung im wesentlichen nicht entsprechenden Außenhandelsverhältnisse der beteiligten Länder: diese sich in den einzelnen Handels- und Zahlungsbilanzen sowie in der Weltschuldenbilanz widerspiegelnden Tatsachen gaben die Veranlassung dazu, ebenso wie sie auch die Berechtigung dafür dartun, daß neuerdings über den weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleich intensiver nachgedacht worden ist, als es vorher der Fall war.

Ein neues Gebiet der Sozialökonomie ist damit zwar nicht betreten worden — schon seit Jahrhunderten bemühten sich Wirtschaftstheoretiker darum, es abzuleuchten und zu durchdringen, aus welchen Bemühungen heraus zum Beispiel schon im Jahre 1664 die sogar heute noch erhebliche Bedeutung besitzende Schrift von Thomas Mun, Englands Treasure by Foreign Trade, hervorging. Jedoch tritt dieses Gebiet der internationalen Wertverschiebungen dem heutigen Theoretiker in wesentlich veränderter Gestalt, nämlich ungleich vielseitiger, gegenüber als etwa dem Theoretiker des Merkantilismus: die weltwirtschaftlichen Beziehungen und damit auch weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten sind gegen früher unvergleichlich enger und bedeutsamer geworden. Heute kann und muß man sogar von einer weltwirtschaftlichen Solidarität sprechen, und zwar sowohl im Hinblick auf normale Friedens- als auch auf Nachkriegszeiten, was früher um so weniger der Fall war, je mehr wir zeitlich zurückgehen.

In früheren Zeiten vermochten vor allem auch Kriegskontributionen — womit wir hier Zahlungen von Land zu Land als direkte Folge eines Krieges meinen, ganz gleich, wie man sie im besonderen nannte oder heute nennt — nicht den Einfluß auf die Weltwirtschaft, die es damals im heutigen Sinne vielleicht noch gar nicht gab, auszuüben als heute. Wegen der innigen Verflechtung aller heutigen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft wird die Wirkung, die heute solche Zahlungen ausüben, eine ungleich stärkere und weitreichendere sein; ihre Wirkung wird sich auf alle der Weltwirtschaft eingegliederten Volkswirtschaften erstrecken. Diese Wirkung, die ja an sich nicht gerade eine ungünstige sein muß, wird sich aber um so unheilvoller gestalten, je höher die Zahlungen sind, um die es sich hierbei handelt. Als Maßstab möge hier schon ein kurzer Hinweis dienen: die Besatzungskosten deutscher Gebietsteile allein bis Ende des Jahres 1922 betrugen bereits mehr als die gesamte Kriegsentschädigung Frankreichs 1871. Diese Kriegsentschädigung machte höchstens 3% des französischen Nationalvermögens aus, während jetzt von Deutschland ca. 50% seines Volksreichtums verlangt werden, den es vor dem Kriege besessen hatte.

Vor allem aber verwirrten und verwirren noch Vorstellungen, die sich auf die Verhältnisse noch früherer Zeiten gründen, die Begriffe der Politiker — und auch mancher „Nationalökonomen" und „Geschäftsleute". So hat England bis zum Jahre 1790, innerhalb der letzten 144 Jahre bis dahin, 66 Kriege geführt, um fremden Handel zu vernichten. Die Bemühungen waren durchaus „produktiv", denn die entsprechenden Zeiten (die Kriegszeiten 1689—1713, 1756—1763 und auch 1793 bis 1815) waren auch die Epochen stärkster Reichtumssteigerung in England*).

Darauf im wesentlichen ist es auch zurückzuführen, daß in der Vorkriegszeit behauptet und es auch geglaubt werden konnte, Aufwendungen zur kriegerischen Niederkämpfung unangenehmer wirtschaftlicher Konkurrenten seien produktiv, denn sie steigern den eigenen Nationalreichtum auf Kosten anderer Nationen.

Die Wirkungen des letzten Krieges auf den Nationalreichtum, vor allem auf den Außenhandel gerade desjenigen Landes widersprechen den von ihm gehegten Erwartungen, in dem die gekennzeichnete irrige Denkweise bekanntlich am festesten Fuß gefaßt hatte: England ist gemeint. Ein Vergleich der englischen Vorkriegsaußenhandelsverhältnisse mit den heutigen wie überhaupt der Zahlungsbilanzen erweist es, daß der aus wirtschaftlichen Erwägungen gegen Deutschland geforderte Krieg durchaus

*) s. Schmoller, Allg. Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., II. Bd., S. 683 u. I. Bd., S. 88.

kein „gutes Geschäft“ war. Professor John Busteed erinnert in seinem Aufsatz im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ *) über „The Foreign Trade and Production of the United Kingdom“ daran, daß England durch den Verlust auswärtiger Märkte ein Zwanzigstel seines Nationaleinkommens verloren habe; 1913 betrug der entsprechende Anteil an diesem 30%, 1923 aber nur noch 25% (die Hälfte der Arbeitslosigkeit in England sei darauf zurückzuführen).

Von wesentlicher Bedeutung sind aber auch die Wertverminderungen in einzelnen Volkswirtschaften durch den Weltkrieg selbst, für die wir in der Vergangenheit — man nehme etwa den schon erwähnten Krieg von 1870/71 — keinerlei Vergleichsobjekte zu finden vermögen. So wies Karl Helfferich darauf hin**), daß man hinsichtlich Deutschlands nicht zu hoch greifen werde, wenn man die nur aus einer beschränkten Reihe innerdeutscher Ursachen hervorgegangene Verminderung des deutschen Volksvermögens auf mindestens 50 Milliarden Goldmark schätzt, wozu aber noch der Verlust an ausländischen Kapitalanlagen jeder Art, die — damalige — Verschuldung an das Ausland und der Übergang inländischen Vermögens in fremde Hände tritt, wofür er weitere 30 Milliarden mindestens in Ansatz brachte: im ganzen schätzte Helfferich im Jahre 1924 solchen Verlust an deutschem Volksvermögen auf mehr als 150 Milliarden Goldmark. Bemerkt zu werden verdient es hierbei, daß das Dawes-Komitee in seinem Gutachten „nennenswerte“ Verluste Deutschlands solcher Art abstreitet.

Nun zur Höhe der jetzt in Rede stehenden internationalen Wertübertragungen, wobei die überragende Bedeutung des Problems vor allem der finanziellen Liquidierung des Weltkrieges offenbar wird.

2.

Nach einer auf den 31. Dezember 1924 abgestellten Zusammenstellung***) betrug die staatliche Verschuldung der Welt mit Ausschluß der Reparationsforderungen gegen Deutschland an diesem Zeitpunkt insgesamt 190 Milliarden Goldmark.

Verhältnismäßig nicht viel weniger als diese Summe würde nach der gegenwärtigen Lage der Dinge Deutschland allein seinen Reparationsgläubigern insgesamt zu zahlen haben, wenn es pro Jahr „nur“ (Wohlstandsindex!) den Satz des 1928 beginnenden Normaljahres von $2^1/_2$ Milliarden Goldmark während eines Zeitraumes von 62 Jahren — gleichwie die Mehrzahl der interalliierten Schuldner — zahlen müßte: dies wären dann bis zum Jahre 1987 von Deutschland ca. 150 Milliarden Goldmark.

Dieser letztere Betrag würde sich auf die einzelnen „Reparationsberechtigten“ verteilen; da diese aber selbst wieder (mit alleiniger Ausnahme der Vereinigten Staaten) „interalliierte“ Schuldner sind, und diese wieder insgesamt den Vereinigten Staaten verschuldet sind, würde ein erheblicher Teil dieser deutschen Gesamtsumme in Amerika landen: die Vereinigten Staaten erwarten nämlich bis zum Jahre 1987 allein von reparationsberechtigten Ländern 21 306 Millionen Dollar, das sind rund 90 Milliarden Goldmark.

*) 24. Bd., Heft 2, Okt. 1926. Näheres s. in „The Economist“ v. 17. Nov. 1923: Prof. Bowley, The Numerical Importance of our Foreign Trade.

Vgl. auch Prof. H. Levy, Der Weltmarkt 1913 und heute, Leipzig 1926, z. B. S. 85.

**) Volksvermögen, Volkseinkommen und Steuerlast einst und jetzt; Zeitschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft, Januar 1925, S. 10 ff.

***) s. „Wirtschaft und Statistik“, 1925, Heft 16 und 17.

(Von nicht-reparationsberechtigten Ländern erwarten sie kaum 4% dieser Summe*.)

Gesamteuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika treten also innerhalb der gesamten Weltverschuldung deutlich in den Vordergrund, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß hier noch kurz anzudeutende, sich aus der Gestaltung der Zahlungsbilanzen schon ergebende Schwierigkeiten transferpolitischer Art zwischen der Alten und der Neuen Welt auch innerhalb Europas bestehen. Hier gruppieren sich diese Schwierigkeiten erklärlicherweise um Deutschland.

Was die Vereinigten Staaten anlangt, so ist vor allem die bekannte Tatsache hier noch besonders hervorzuheben, daß ihre Handelsbilanz gegen Europa nach wie vor aktiv ist, ja, die Einfuhr der Vereinigten Staaten sich gegenüber der Vorkriegszeit sogar von Europa, insbesondere zugunsten Asiens, immer mehr abgewandt hat**). Dies ist aber noch nicht genug. Nicht nur während der Kriegszeit und in der unmittelbaren Nachkriegszeit gewährten die Vereinigten Staaten europäischen Ländern Kredite — an eigentlichen Kriegskrediten rund 40 Milliarden Goldmark —, sondern auch nachher und bis heute exportieren sie in umfangreichem Maße Kapital, und insbesondere auch nach Europa. An sonstigem Kapital (für Kommunen, gewerbliche Zwecke und ähnl.) investierten die Vereinigten Staaten inzwischen weit über 10 Milliarden Goldmark in Europa; — die Schuldzahlungen, die in der Zwischenzeit erfolgten, auf dem Gebiete der Reparationen sowohl als auch auf anderen Gebieten, finanzierten sie im wesentlichen. Von Entschuldung der Welt infolge solcher Leistungen kann somit nicht die Rede sein; das Gegenteil ist vielmehr der Fall (England allein kann als Schuldner hier ausgenommen werden, da diesem zur Schuldentilgung wahre Überschüsse zur Verfügung stehen).

Die leitenden Motive der heute führenden Völker, insbesondere der Vereinigten Staaten, sind hier nicht zu erörtern — es müßte wohl dann über Wirtschaftsimperialismus wie u. a. auch über das Streben nach Beherrschung wichtiger Rohstoffgebiete gesprochen werden, jedoch können unsere bisherigen Andeutungen mit der Bemerkung abgeschlossen werden, daß schon die oben angeführten Zahlen das „Sachverständigen-Gutachten" des Dawes-Komitees manchem in einem ganz neuen Lichte dürften erscheinen lassen.

3.

Auf die Verminderung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ist oben bereits hingewiesen worden. Wir wenden uns nun vor allem Deutschland zu, dem in transferpolitischer Hinsicht ja die weitaus größte Bedeutung zukommt. Entgegen den hierfür in Betracht kommenden Ausführungen im Dawesplan kann behauptet werden, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit durch den Krieg bei weitem in größtem Maße geschmälert worden ist; es dürfte dies kaum ernstlich bestritten werden können***), wobei auch an die durch den Ruhreinbruch verursachten ganz enormen Schäden erinnert sei. Durch Kriegsgewinne, vor allem durch territoriale, ist die Verminderung der Leistungsfähigkeit anderer Kriegführender infolge des Krieges, wenn

*) Näheres s. „Wirtschaft und Statistik", 1927, Heft 1.

**) Vgl. hierzu z. B. die Abhandlungen von Dr. Hermann A. L. Lufft, Die weltwirtschaftlichen Bindungen der Vereinigten Staaten, und von Dr. Hermann Bente, Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten für 1925; Weltw. Archiv, 24, 2, Okt. 1926.

***) Hingewiesen sei dazu auf den Inhalt der im Zentralverlag Berlin 1923 und 1924 erschienenen amtlichen Denkschriften „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges" und „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen".

teilweise vielleicht nicht gar wettgemacht, so doch sehr erheblich beschränkt worden; man denke hierbei auch an den Zuwachs desjenigen Landes, das die wahren Verhältnisse hier oft genug zu täuschen versucht hat, an den Zuwachs Frankreichs nämlich durch Gewinn der besonders in rohstofflicher und industrieller Hinsicht so überaus wertvollen deutschen Reichslande, durch welchen Gewinn Frankreich erst wahrhaft zu einer Industriemacht aufstieg.

Walter Russell Batsell unterzieht in seinem Buche „The Debt Settlements and the Future*), und zwar im Kapitel VI über „The Coming Financial Anarchy", die Kriegsgewinne der einzelnen Länder einer näheren Betrachtung. Seinen Ausführungen über Frankreich können wir zwar nicht voll zustimmen; aus dem, was er über Italien sagt, möge seine Bemerkung hervorgehoben sein, daß Italien sich nun einer beachtenswerten Stellung in der Welt erfreut, und daß seine produktiven Kräfte wie nie zuvor am Werke sind.

Hinsichtlich der oben schon erwähnten innigen Verbindung der Frage der interalliierten Verschuldung mit der Reparationsfrage möge folgendes, nur die bedeutendsten beteiligten Länder umfassendes Bild hier wiedergegeben sein**):

Staat	Hat an seine Gläubiger auf Grund d. Schuldabkommen im Durchschnitt der ersten zehn Jahre zu zahlen Goldmark	Erhält von Deutschland im Normaljahr jährlich Goldmark	Mehr oder weniger an deutschen Reparationen jährlich Goldmark
England	675 000 000	506 000 000	— 169 000 000
Frankreich	ca. 445 000 000	1 154 000 000	+ 709 000 000
Italien	125 000 000	195 000 000	+ 70 000 000
Belgien	31 000 000	94 400 000	+ 63 400 000

Dieses Bild veranschaulicht es uns deutlich, worauf oben bereits hingewiesen wurde, daß nämlich die deutschen Reparationen letzten Endes zum großen Teil in die Kassen des amerikanischen Schatzamtes fließen.

Über die Schwere der Belastung Deutschlands sei noch einmal auf die Leistung des auch heute noch wohlhabenden Englands an Amerika hingewiesen: für 1927 stellt sich diese auf 672 630 000 Goldmark, und sie steigt allmählich bis auf jährlich rund 780 000 000 Goldmark; bis zum Jahre 1984 sind Jahreszahlungen von insgesamt 46 645 053 000 Goldmark vorgesehen. Im Hinblick schon auf diese Zahlungen Englands sagt J. M. Keynes im Hamburger „Wirtschaftsdienst" vom 16. Januar 1925, daß sie für dieses Land äußerst schwer zu tragen seien: sie entsprechen etwa zwei Dritteln des englischen Flottenbudgets, und sie sind „fast gleich unseren gesamten staatlichen Unterrichtsausgaben". „Mit einem gleichen Aufwand während desselben Zeitraums wären wir in der Lage, die Elendsviertel zu beseitigen und unserer Bevölkerung behagliche Wohnungen zu bauen." So urteilt Keynes über Englands Druck durch seine Schuldverpflichtungen, die jedoch, wie obiges Bild zeigt, der im wesentlichen intakt gebliebenen englischen Volkswirtschaft, und zwar aus deren wahren Überschüssen, noch lange nicht einmal ein Zehntel derjenigen Summe entziehen, die Deutschland zu leisten hat und die es bisher nur aus seiner Vermögenssubstanz (Erhöhung der Verschuldung) zu leisten vermochte.

*) Paris (Lecram-Press) 1927, S. 111.

**) Nach Dr. Kurt Fudickar, Deutsche Reparationen und interalliierte Kriegsschuldenabkommen, Berlin 1926 (Reichsverband der Deutschen Industrie), S. 107.

Auf die beträchtliche Verminderung von Deutschlands Leistungsfähigkeit macht auch, ganz im Sinne etwa von Professor Gustav Cassel, Professor Robert Liefmann in seiner Schrift „Vom Reichtum der Nationen, Untersuchungen über die sogenannten Reparationsfragen und die internationalen Verschuldungs- und Währungsprobleme“, Karlsruhe (G. Braun) 1925, aufmerksam. Er betont in dieser Schrift das unglaubliche wirtschaftliche Unverständnis, das auf den hier berührten Gebieten — von Versailles bis Dawes und darüber hinaus — gezeigt worden ist, und zwar, wie Liefmann nachweist, zum schließlichen Schaden aller beteiligten Länder.

Liefmann stellt es heraus, daß die Länder, in denen auch heute noch wirtschaftliche Unvernunft ihre größten Triumphe feiert, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich sind. Auch W. R. Batsell überschreibt einen Teil seines erwähnten Buches mit: „America the Keystone of the European Financial Arch“; und in seinem Schlußabschnitt erwähnt er den Titel eines vor einigen Jahren erschienenen und vielgelesenen Buches „Whither France, whither Europe“. W. R. Batsell meint hierzu, daß diese damals erhobene Frage heute noch unbeantwortet ist. An ihrer Stelle möge nun gefragt werden: „Whither Debt Settlements and Reparations, whither Europe“, denn Frankreich sei der Schlußstein des Gebäudes, das sich Europas finanzielle Zukunft nennt (— „for France is now only the keystone of the arch named Europe's Financial Future“). Dieser Autor hält es für an der Zeit, in dem Meer, in das unsere Betrachtungen hier hineinführten, Anker zu werfen und Umschau zu halten, bevor ein Auflaufen auf die finanziellen Klippen erfolgt.

Bei einem Teil unserer bisherigen Betrachtungen stand der Begriff der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Mittelpunkte. Liefmann betont es und weist es nach, daß wirtschaftliche Zusammenhänge es verlangen, daß der Reichtum der vorgeschrittenen, namentlich der industriell führenden Völker nicht wesentlich von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abweicht. Wie wenig aber die heutige Reichtumsverteilung der Kulturhöhe und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht, ergibt sich aus folgender amerikanischer Statistik der Volksvermögen (in Millionen Dollar):

	1912	1922
Vereinigte Staaten	186	320
England	79	88
Frankreich	57	67
Deutschland	77	35,7

Liefmann bemerkt hierzu, daß danach vom Volksreichtum 1922 auf den Kopf der Bevölkerung in runden Summen entfällt:

in Amerika ca.	12 000 Goldmark,	
in England und Frankreich ungefähr	7 500 „	und
in Deutschland etwa	2 300 „	

Niemand wird es ernsthaft zu bestreiten vermögen, daß diese Zahlen auch heute noch grundsätzlich richtig sind, jedenfalls aber sehr bedeutungsvoll und vielsagend sind.

Diese Zahlen schon dürfen es verständlich erscheinen lassen, wenn ein anderer Autor unseres Gebiets glaubt zusammenfassend sagen zu können, daß es von den Reparationen abhängen wird, ob man noch von einer Tendenz des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs oder aber von einer solchen des weltwirtschaftlichen Armutsausgleichs sprechen kann; es ist dies Dr. R. Schulz in seiner Schrift „Die Gestaltung des Außenhandels in Schuldnerstaaten“, Karlsruhe (G. Braun) 1926.

4.

Liefmanns „Theorie des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs“ kann wegen Raummangels hier nicht näher behandelt werden (es sei auf Liefmanns erwähnte Schrift hingewiesen). Das gleiche gilt hinsichtlich der wirtschaftlichen Mittel und Wege, durch die solcher Reichtumsausgleich sich vollzieht*). Diese Mittel sollen nach ihren Hauptarten nur ganz kurz angedeutet werden. Es kommen so in Betracht:

1. Warenausfuhr,
2. Übernahme von Leistungen der ärmeren Länder für andere Länder (Lohnarbeit im Lande, Veredelungsarbeit, Wanderarbeit, Vermittelungsdienste und Dienste auf dem Gebiete des Verkehrs),
3. Kapitaleinfuhr aus den reicheren Ländern in die ärmeren.

Das stärkste Mittel zur Sicherung der Reichtumsausgleichstendenz liegt darin, daß man mit dem Gelde eines Landes immer nur im Lande selbst kaufen kann.

Deutschland gegenüber wurde bekanntlich schon vor dem Weltkriege der Vorwurf erhoben, es treibe in erheblichem Umfange Dumping. Solcher Vorwurf war nicht ganz unberechtigt: Deutschland gehörte schon damals zu den „Völkern ohne Raum“, und es mußte seinen Export forcieren. Auch ohne Kriegstribute wäre es heute in seiner durch das Versailler Diktat herbeigeführten verkleinerten Gestalt und vergrößerten Bevölkerungsdichte zu verstärktem Export gezwungen. Der damit in Verbindung stehende Zwang zur Unterbietung von Konkurrenten — „Dumping“ — ist durch seine Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten noch sehr erheblich gewachsen. Das Dumping als das am meisten in die Augen springende Symptom der Wirkung jener Ausgleichstendenz kann nicht aufhören, solange nicht die wirtschaftliche Vernunft in der Weltwirtschaftspolitik wieder zur Herrschaft gelangt ist; deutscher Export setzt sich trotz hoher Zölle durch, weil Deutschland dadurch seinen Konkurrenten gegenüber im „Vorteil“ ist, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit aufs Existenzminimum gesetzt ist und billiger als andere liefern kann. Diese aber, die Deutschland so an die Wand drückt, die aber auch dadurch Schaden erleiden, daß das heutige Deutschland für sie nicht mehr der aufnahmefähige Markt ist, der es sein könnte, wenn es wohlhabender bzw. weniger belastet wäre: diese Länder nehmen fortgesetzt an Deutschlands Armut Anteil, ebenso wie Deutschland — richtig gesehen — von ihrem Reichtum „zehrt“, ihn mindert: — an einem Punkte der langen Kette, mit der wir es zu tun haben, veranschaulichten wir so die Wirkung, die dynamische Wirkung der erwähnten Ausgleichstendenz.

Die weltwirtschaftliche Solidarität, von der wir eingangs sprachen, macht sich geltend, weil sie auf ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beruht**).

Sinngemäß gilt das hinsichtlich Deutschlands Angedeutete für Europa überhaupt, wie es im April 1927 der englische Finanzmann Sir George Paish deutlich aussprach: Europa nähert sich dem finanziellen Zusammenbruch, so sagte er. Eine Abhilfe gebe es nur in der Streichung der Schulden und in der Niederschlagung der Reparationsverpflichtungen. Die Welt sei sich noch nicht völlig bewußt, daß Europa aus einem Großgläubiger ein Großschuldner geworden sei. Der Krieg habe für Europa einen jährlichen Einkommensverlust von 1200 Millionen Dollar bedeutet.

---

*) In späteren Aufsätzen soll Näheres folgen.

**) s. Aust, Probleme der Weltwirtschaft, Ein Rückblick auf die Genfer Weltwirtschaftskonferenz und ein Ausblick, Wirtsch. Nachr. f. Rhein u. Ruhr, Nr. 25 vom 23. 6. 1927.

DR. WILHELM GROTKOPP:

ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES AMERIKANISCHEN AUSSENHANDELS

„Dollarisierung der Welt“, „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft“, diese und ähnliche Schlagworte sollten in den letzten Jahren dem „Mann des Volkes“ die große Umwälzung klarmachen, die auf dem Weltmarkt vor sich gegangen ist. Ist denn nun tatsächlich den Vereinigten Staaten von Amerika ein so großer Kriegsgewinn verblieben, daß diese Schlagwörter berechtigt sind? Erobert tatsächlich der Dollar die Welt, verdrängt die amerikanische Industrie die europäische? Wird es ein Überrennen der europäischen Wirtschaft geben? Das Wirtschaftsleben aller Länder hat nach der schweren Kriegs- und Inflationszeit wieder relativ normale Formen angenommen, solche Sprünge aufwärts und abwärts wie in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren sind fürs erste nicht mehr zu erwarten, so daß eine Beantwortung obiger Frage heute möglich erscheint. Man kann sich fragen: Wo stehen wir, auf welcher Basis werden sich künftig Amerika und Europa treffen?

Da heißt es zunächst: auf einer sehr engen Basis. Der Weltmarkt von heute ist nicht mehr derselbe wie der von 1913, der Weltmarkt hat für die meisten Länder eine relativ geringere Bedeutung als früher, sie kaufen und verkaufen weniger. 1924 belief sich der Welthandel nicht einmal auf den Umfang des der Vorkriegszeit, 1925 war er allerdings schon um 5% größer als 1913. Aber noch ist die Basis, was die Klagen der Exporteure aller Länder beweisen, zu eng, noch sind zu wenig Möglichkeiten geboten, um für die im Inland nicht absetzbaren Waren auf dem Weltmarkt Käufer zu finden und so den nötigen Import bezahlen zu können. Und in diesem engen Rahmen haben, was ja in diesem Zusammenhang überaus wesentlich ist, die Vereinigten Staaten ihre Stellung verstärkt, sie haben als einziges Land ihren Export wesentlich ausbauen können.

Zunächst kurz einige Zahlen über die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels. Der Wert des Exportes amerikanischer Waren belief sich 1913 auf 2448 Mill. Dollar, im Durchschnitt der Jahre 1915—1920 auf 6417 Mill. Dollar, erreichte 1920 mit 8080 Mill. Dollar seinen Höhepunkt, fiel aber, zum Teil entsprechend dem Preisrückgang, auf 3765 Mill. Dollar im Jahre 1922, stieg dann ständig an, und zwar auf 4819 Mill. Dollar im Jahre 1925. Der nominelle Rückgang des Exportwertes auf 4712 Mill. Dollar im Jahre 1926 ist im wesentlichen auf den Preisfall für Agrarprodukte zurückzuführen, unter Berücksichtigung dieser Preisbewegung ergibt sich sogar eine Erhöhung des Exportes um 6%. Für die Entwicklung des Importes ist fast dieselbe Tendenz festzustellen, nur geht die Linie in den Jahren 1915—1920 nicht so stürmisch aufwärts, und der Rückgang um 1921 ist nicht so stark. 1913 betrug der Wert des Importes 1793 Mill. Dollar, 1920 5278, 1921 2509 und 1926 4431 Mill. Dollar. Sehen wir von den anormalen Verhältnissen der Kriegs-

und ersten Nachkriegsjahre ab, so ergeben sich deutlich zwei wesentliche Tatsachen: 1. Die beachtliche, aber für einen „Kriegsgewinnler“ doch nicht allzu beträchtliche Ausdehnung des Gesamtaußenhandels im Vergleich zur Vorkriegszeit und zwar von 6812 Mill. Dollar (wobei Reexport fremder Waren im Gegensatz zu obigen Zahlen unberücksichtigt bleibt) im Jahre 1922 auf 9046 Mill. Dollar im Jahre 1926. 2. Dies Ansteigen war am schwächsten von 1922 auf 1926, als Englands und Deutschlands Kampf um den Weltmarkt sich stärker fühlbar machte als bisher.

Doch was besagen diese nackten Zahlen? Liegt hier nur eine quantitative Veränderung vor oder auch eine qualitative? Haben wir auf dem Weltmarkt damit zu rechnen, daß die U. S. A. dieselben Waren kaufen und verkaufen wie in der Vorkriegszeit? Keineswegs, aber es ist auch zu beachten, daß schon in der Vorkriegszeit wesentliche Änderungen der Struktur des Außenhandels der U. S. A. festzustellen waren, Änderungen, die deutlich die wachsende Industrialisierung des Landes erkennen ließen. Immer mehr verloren die U. S. A. ihren Charakter als Agrarland, immer stärker ging der Export von Nahrungsmitteln, unverarbeiteten und verarbeiteten, zurück. Auch für den Export von Rohstoffen ließ sich ein leichter Rückgang feststellen, während der von Fertigwaren ständig stieg. Das entsprechende Bild bot die Importseite: Zunahme des Importes von Rohstoffen, Rückgang des von Fertigwaren. Diese Entwicklung hielt an in der Nachkriegszeit, ist also für diese nichts speziell Neues. Ja es zeigt sich sogar, daß die Forcierung des Fertigwarenexportes vor dem Kriege stärker war als nach dem Kriege. Also hat der Krieg diese Entwicklung gar nicht begünstigt? Diese Frage läßt sich einwandfrei nicht beantworten. Doch ist zu beachten, daß die Steigerung des Anteils der Fertigwaren am Gesamtexport von 24,1 % in den Jahren 1901—1905 auf 32 % im Jahre 1913, also um ein Drittel, sehr stark war, daß z. B. für diese Zeit für Deutschland und England ein Rückgang festzustellen ist, und zwar von 65,9 % auf 63,7 % bzw. 80,3 % auf 77,9 %, während sich für Frankreich die geringe Steigerung von 56,4 % auf 60,8 % ergibt. Die Entwicklung wäre wohl nicht in demselben Maße fortgeschritten, wenn nicht der Weltkrieg die Konkurrenten geschwächt und den Absatz von Fertigwaren auf dem Weltmarkt erleichtert hätte. Diese Entwicklung sei an Hand einer Tabelle veranschaulicht:

Export.

Exportjahr	Rohstoffe Mill. Doll.	Rohstoffe %	unverarbeitete Nahrungsstoffe a	unverarbeitete Nahrungsstoffe b	verarbeitete Nahrungsstoffe a	verarbeitete Nahrungsstoffe b	Halbfabrikate a	Halbfabrikate b	Fertigwaren a	Fertigwaren b
1881—85	262	33,8	163	21,0	197	25,5	37	4,8	116	14,9
1901—05	432	30,3	174	12,2	316	22,2	161	11,3	344	24,1
1910—14 Fiskalj.	713	33,5	127	5,9	295	13,8	342	16,0	654	30,7
1913	777	31,7	170	6,9	325	13,3	397	16,2	780	31,9
1915—20*)	1169	18,2	588	9,2	1133	17,7	987	15,4	2540	39,6
1921—25	1187	27,5	420	9,7	601	13,9	537	12,5	1566	36,3
1926	1261	26,8	335	7,1	503	10,7	656	13,9	1956	41,5

*) Zeit vom 1. 7. 15—31. 12. 20 (selbstverständlich Jahresdurchschnitt).

Import.

Importjahr	Rohstoffe Mill. Doll.	%	unverarbeitete Nahrungsstoffe a	b	verarbeitete Nahrungsstoffe a	b	Halbfabrikate a	b	Fertigwaren a	b
1881—85	133	20,0	99	14,9	128	19,1	92	13,7	215	32,2
1901—05	325	33,4	126	12,9	120	12,4	162	16,6	240	24,7
1910—14 Fiskalj.	595	35,2	203	12,0	194	11,5	307	18,2	389	23,1
1913	620	34,6	221	12,3	198	11,1	340	19,0	413	23,1
1915—20*)	1348	40,1	408	12,2	545	16,2	574	17,1	484	14,4
1921—25	1290	37,4	383	11,1	448	13,0	609	17,7	720	20,9
1926	1793	40,5	540	12,2	418	9,4	804	18,1	876	19,8

Die heutige Struktur des amerikanischen Außenhandels zeigt sich hier deutlich: Der Import an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Halbfabrikaten überwiegt den Export dieser Waren um gut ein Viertel, während sich 1913 noch ein Exportüberschuß für diese Warengruppen ergab. In dieser Entwicklung kommt klar zum Ausdruck, daß die U. S. A. als Industriemacht auf den Weltmarkt treten, speziell als Verkäufer von Fertigwaren, wobei allerdings im Vergleich zu England und Deutschland der Unterschied besteht, daß diese Industriemacht eine junge ist, noch nicht alle Rohstoffe selbst verarbeitet und ihre agrarische Grundlage noch nicht verloren hat. Zur näheren Veranschaulichung sei ein kurzer Überblick über die wichtigsten Export- und Importgüter gegeben.

Die amerikanische Landwirtschaft liefert noch immer das wichtigste Exportgut, die Baumwolle. Der Wert des Exportes dieser Ware stieg gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1910—14 von 552 auf 814 Mill. Dollar im Jahre 1926, quantitativ beläuft sich diese Steigerung jedoch nur auf 6%, gegenüber 1914 ist sogar ein quantitativer Rückgang festzustellen. Für den amerikanischen Außenhandel bedeutet dies: Die Baumwolle nimmt zwar immer noch die führende, aber doch nicht mehr eine so entscheidende Stellung im Export ein: 1910—14: 26%, 1926: 17% des Gesamtwertes. Diese Entwicklung ist die am meisten zu beachtende rückläufige, sie deutet den durch die Produktionsstatistik bestätigten Rückgang in der Baumwollkultur an: Die Produktion war 1925 um ein geringes kleiner als 1914; 1914 wurden 63%, 1925 58% der Produktion exportiert. Hier zeigt sich denn auch die Bedeutung für den Weltmarkt. Die anderen Länder werden Baumwolle nicht mehr in demselben Maße wie früher aus Amerika beziehen können, da nicht mehr soviel angebaut wird.

Auch sonst zeigt sich deutlich, eine wie geringe Rolle landwirtschaftliche Produkte im Rahmen des Exportes spielen. Diese rückläufige Tendenz war allerdings schon für die Vorkriegszeit typisch, man denke z. B. an den Exportrückgang für Mais von 209 Mill. Bushel im Jahre 1900 auf 36,8 im Jahre 1910, konnte sogar in der Nachkriegszeit infolge der anormalen Lage auf dem Weltgetreidemarkt zum Stillstand gebracht werden, machte sich aber in der letzten Zeit wieder deut-

*) Zeit vom 1. 7. 15—31. 12. 20 (selbstverständlich Jahresdurchschnitt).

lich bemerkbar. Einige Zahlen seien kurz genannt: Der Anteil von Weizen und Weizenmehl am Werte des Außenhandels stieg von 5 % im Durchschnitt der Jahre 1910—14 auf 6 % im Jahre 1926, der von Weizengrütze von 2,6 % auf 4,3 % und der von Tabak von 2,1 % auf 2,9 %.

In diesem Zusammenhang sei ferner noch auf zwei andere wichtige Exportwarengruppen hingewiesen, auf die Produkte der Fleischpackerindustrie sowie auf Nüsse und Früchte. Der Anteil der Produkte der Fleischpackerindustrie am Werte des Gesamtaußenhandels ging im Zeitraum von 1910—14 bis 1926 von 6,9 auf 5 % zurück, der von Früchten und Nüssen stieg von 1,3 auf 2,4 %.

Eine ständig steigende Bedeutung erhält das Petroleum, dessen Anteil am Export im selben Zeitraum von 6 auf 12 % gestiegen ist (einschließlich Rohöl), so daß Petroleum jetzt mit einem Exportwert von 554 Mill. Dollar das zweitwichtigste Exportgut der U. S. A. ist. Die Ursache dieser Entwicklung dürfte so bekannt sein, daß hier wohl nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Erwähnt sei nur, daß Rohöl und Petroleum auch in größeren Mengen eingeführt wird. In diesem Zusammenhang seien noch folgende Zahlen genannt: Der Anteil von Kohle und Koks am Gesamtaußenhandel stieg in dem oben angegebenen Zeitraum von 2,6 auf 4,3 %, der der Produkte der Eisen- und Stahlindustrie fiel von 6,3 auf 5,3 %, der der Kupferindustrie von 5,7 auf 3 %, der von Holz von 3,1 auf 2,1 %.

Diesen fallenden Ziffern stehen die steigenden der ausgesprochenen Fertigwaren entgegen. Hier haben wir zwei führende Zweige, die Maschinen- und die Automobilindustrie, die mit einem Exportwert von 400 bzw. 320 Mill. Dollar im Jahre 1926 an dritter und vierter Stelle im amerikanischen Außenhandel stehen. Die Steigerung des Automobilexportes kann wohl als beispiellos bezeichnet werden, sie beträgt mengenmäßig gegenüber 1910—14 1510 %, wertmäßig 1271 %. Zwar wird sich die Steigerung nicht in demselben Maße fortsetzen, aber doch in beachtlichem Umfang, denn wir müssen bedenken, daß die Zeit der billigen „Konfektionsware", der Fordautos, für die U. S. A. vorbei ist, daß an teuren Wagen in den U. S. A. nicht mehr dieselben Massen abgesetzt werden können wie früher und deswegen, wenn die Produktion aufrechterhalten werden soll, der Export zu einer immer dringenderen Notwendigkeit wird, was sich ja auch in den Absatzgebieten bemerkbar macht. (Die Propaganda von General Motors, die Ford verdrängt haben!) Wenn eine Produktionseinschränkung vermieden werden soll, muß der Automobilexport immer mehr forciert werden, so daß es trotz der vielen Filialfabriken im Auslande gar nicht unwahrscheinlich wäre, wenn das Automobil das wichtigste amerikanische Exportgut wird. 1925 wurden 7,3 % der Produktion exportiert, im ersten Quartal 1927, als bekanntlich eine im wesentlichen durch zufällige Momente bedingte Absatzkrisis auf dem heimischen Markt entstand, sogar 10,8 % gegen 4,5 % im Jahre 1914. Von den Motorrädern wurden 59 % der Produktion 1925 im Ausland abgesetzt, gegen 11 % im Jahre 1914.

Viele Maschinen und Apparate müssen schon heute in stärkerem Maße als Automobile auf dem Weltmarkt abgesetzt werden, obgleich viele Firmen Filialbetriebe im Ausland errichtet haben. Einige Zahlen seien für 1925 genannt: Schreibmaschinen 40,7 %, Lokomotiven 32,5 %, Nähmaschinen 23 %, landwirtschaftliche Maschinen 20,5 %. Der Anteil des Maschinenexportes am Gesamtaußenhandel stieg von 7,5 % in den Jahren 1910—14 auf 8,5 % im Jahre 1926.

Diese Betrachtung der Exportseite zeigt uns, wie die Bedeutung des Fertigwarenexportes ständig steigt, eine wie große Bedeutung dieser Export für die heimische Industrie hat. Irgendeine Stockung im Absatz müßte die verhängnisvollsten Folgen zeitigen, deswegen wird es für die amerikanische Industrie und Wirtschaft immer mehr zu einer gebieterischen Notwendigkeit, diesem Export ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Zahlen zeigen uns ferner, welcher verhängnisvollen Selbsttäuschung sich diejenigen hingeben, die da glauben, daß Amerika dank seinem großen inneren Markt auf einen Export nicht angewiesen sei, sondern selbstgenügsam abgeschlossen von der Außenwelt sein wirtschaftliches Leben für sich fristen könne. Wie wenig autark Amerika heute ist, zeigt vor allem ein kurzer Blick auf die Importseite. Über die wichtigsten Importgüter orientiert die Tabelle auf Seite 767.

Es zeigt sich, daß die wichtigsten Importgüter vielleicht an sich nicht lebensnotwendig, aber doch bei dem gegenwärtigen standard of life unentbehrlich sind. Sehen wir von Petroleum ab, da es ja in weit größeren Mengen exportiert wird, so ergibt sich, daß fast die Hälfte des Importes von einigen Waren bestritten wird, die wir „armen" Europäer teilweise als Luxusgüter zu bezeichnen pflegen. Auf vier Konsumtionsgüter oder zu deren Herstellung bestimmte Rohstoffe entfällt sogar ein Drittel des amerikanischen Importes, nämlich auf Kautschuk, Rohseide, Kaffee und Zucker. Deutlich lassen diese Ziffern Typisches heutiger amerikanischer Zivilisation erkennen. Ein wichtiger Schluß läßt sich ziehen: Das reiche Amerika führt nicht im wesentlichen Rohstoffe ein, um sie wie Deutschland und England in verarbeitetem Zustand wieder zu exportieren, sondern Güter, die zur Aufrechterhaltung und Hebung seines standard of life notwendig sind. Man möchte sagen: der Import ist nicht „arbeits-", sondern „konsumorientiert". Es findet ein gewisser Reexport in verarbeitetem Zustand, wie von Autoreifen und Seidenwaren, statt, aber diese „Arbeitsorientierung" tritt doch nicht so stark in Erscheinung wie die „Konsumorientierung". Amerika kann es sich eben dank seinem natürlichen Reichtum erlauben, im wesentlichen Waren zu importieren, denen ein gewisser Luxus anhaftet, dagegen nur in geringen Mengen Waren, die zum Ausbau des Produktionsapparates nötig sind.

Bemerkenswert ist ja auch die rapide Zunahme des Importes dieser Güter, worin deutlich die ständige Steigerung des standard of life zum Ausdruck kommt. Zucker war in der Vorkriegszeit das wichtigste Importgut, die importierte Menge

ist um mehr als das Doppelte gestiegen, aber andere Güter haben eine noch größere Bedeutung erhalten: Der Kautschukimport stieg mengenmäßig auf fast das Neunfache, der Rohseideimport auf fast das Dreifache und der Kaffeeimport auf fast das Doppelte. Vergleichen wir in obiger Tabelle die die Wert- und Mengenveränderungen angebenden Ziffern, so zeigt sich, daß Preisveränderungen die Reihenfolge der Importgüter beeinflußt haben.

Woher bezieht Amerika die Waren, wohin führt es den Überschuß aus, nach welchen Ländern führen die Fäden des Güteraustausches? Hier ist durch den Krieg sehr stark eine Entwicklungstendenz gefördert worden, die sich schon in der Vorkriegszeit bemerkbar machte: Die Enteuropäisierung des Außenhandels der U. S. A. Hierüber möge zunächst eine Tabelle orientieren:

Durchschnitt der Jahre	Total In Mill. Doll.	Nordamerika Nord	Nordamerika Süd	Südamerika	Europa	Asien
		In Prozenten des Gesamtexportes				
Export						
1881—85	792	5,4	5,7	3,6	81,0	2,2
1901—05	1454	8,6	6,7	3,2	72,3	5,3
1910—14**)	2166	14,8	8,4	5,6	62,3	5,6
1913	2484	17,0	8,0	5,9	60,0	5,7
1915—20*)	6521	12,0	7,7	5,5	63,2	8,6
1921—25	4397	14,3	10,1	6,8	52,7	11,3
1926	4808	15,5	8,9	9,2	48,0	11,7
Import						
1881—85	667	6,3	14,4	11,4	55,1	10,5
1901—05	972	5,4	13,3	12,5	51,3	15,4
1910—14**)	1689	7,0	13,5	12,2	49,5	15,3
1913	1793	6,7	13,2	12,0	49,2	16,4
1915—20*)	3358	12,7	17,5	17,6	20,3	21,7
1921—25	3450	11,5	14,9	12,2	36,4	27,3
1926	4431	10,9	11,9	12,8	29,0	31,6

Am wesentlichsten ist ohne Zweifel die Verdrängung Europas aus seiner Stellung als Hauptlieferant Amerikas. Was soll denn auch Europa diesem industrialisierten Land heute noch liefern? Nur einige Waren europäischen Ursprungs nehmen für den Import eine beachtliche Stellung ein und werden es wohl auch noch künftig tun, so Holzschliff, Zellulose, Papier, Kali, viele Waren erscheinen aber auch in der Statistik, für die Europa, bes. England, nur Zwischenhändler ist, so daß hier leicht eine weitere Verdrängung möglich ist. England ist noch der wichtigste europäische Lieferant für den amerikanischen Markt, aber welche Abwärtsbewegung ist hier festzustellen! Seine Beteiligung am amerikanischen Import: 1910—1914 16,5%, 1926 8,6%. Dasselbe Bild für Deutschland: 1910 bis 1914 10,4%, 1926 4,5%. Hauptlieferant ist jetzt Asien, besonders der Osten

*) Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920.

**) Fiskaljahr.

und der Süden des Kontinents. Ostindien liefert Kautschuk, Japan Rohseide, um die beiden wichtigsten Güter zu nennen! China spielt dagegen eine relativ bescheidene Rolle, es deckt nur 3,2% des amerikanischen Importes, Japan dagegen 9%, der Süden und Südosten Asiens sogar 18,4%. Sehr viele Waren bezieht Amerika aus den Nachbargebieten, wie besonders Kanada (Papier), Kuba (Zucker), Mexiko (Petroleum), auch Brasilien (Kaffee) sei hier genannt.

Während Europa seine Stellung als wichtigster Lieferant Amerikas eingebüßt hat, ist es noch immer Hauptabsatzgebiet, Getreide, Baumwolle, Petroleum finden weiterhin in Europa, besonders in England, ein sicheres Absatzgebiet; aber außerdem, was für die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie kein allzu günstiges Zeichen ist, Fertigwaren, wie besonders Maschinen und Automobile. In wachsendem Maße richtet sich aber der amerikanische Export nach den Nachbarländern des amerikanischen Kontinentes, nach Kanada gehen 15,4%, nach Mittelamerika 8,9%, nach Südamerika 9,2%. Dagegen kommt Asien als Abnehmer weniger in Frage, so daß sich im Verkehr mit Asien für Amerika eine Passivität der Handelsbilanz in Höhe von 836 Mill. Dollar im Jahre 1926 ergibt. Aber der Anteil des fernen Ostens am amerikanischen Export stieg stärker als der irgendeines anderen Landes.

Versuchen wir nun, diese Einzelbilder zusammenfassend, die Haupttendenzen aufzuzeigen, so ist vor allem zu betonen: 1. Der Krieg hat im Warenverkehr keine Tendenzen hervorgerufen, die nicht auch schon in der Vorkriegszeit sich deutlich bemerkbar machten. Es ist anzunehmen, daß der ja wie ein Schutzzoll wirkende Krieg gewisse Entwicklungstendenzen gefördert hat, aber Positives läßt sich nicht sagen, da ja keiner weiß, welche Entwicklung der Außenhandel im Falle eines Nichteintretens des Weltkrieges genommen hätte. 2. Für den Export erlangen die Fertigwaren eine ständig steigende Bedeutung, die eingeführten Waren dienen in der Hauptsache der Aufrechterhaltung und Hebung des standard of life. Export und Import sind unbedingt nötig, so daß es falsch ist, von der Möglichkeit einer Selbstgenügsamkeit zu sprechen. 3. Die Frage, ob die amerikanische Industrie die europäische Industrie verdrängt, ist zu bejahen, doch ist es übertrieben, von einer Enteuropäisierung der Weltwirtschaft zu sprechen. Die amerikanische Konkurrenz machte sich schon in der Vorkriegszeit bemerkbar, jetzt jedoch in stärkerem Maße. Der Absatz europäischer Fertigwaren wird deswegen erschwert, und zwar besonders in den U. S. A. 4. Die Handelsbeziehungen zwischen Europa und Amerika verlieren immer mehr an Bedeutung, besonders der europäische Export nach Amerika. Stärker werden Amerikas Handelsbeziehungen mit der „neuen“ Welt, wo es gilt, Naturreichtümer auszubeuten und Fertigwaren abzusetzen, so Europa aus der neuen Welt verdrängend. 5. Alles zielt also auf eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen Amerika einerseits, England, Deutschland und auch Frankreich andererseits hin, auf einen Konkurrenzkampf,

der durch wirtschaftspolitische Maßnahmen Amerikas wesentlich verschärft wird.

Die verschiedensten wirtschaftspolitischen Maßnahmen deuten darauf hin, daß Amerika eine bewußte Außenhandelspolitik betrieben hat, um den Export zu erleichtern und den Import auf das Nötigste zu beschränken. Ja die Zollpolitik, dies wirksamste Mittel zur Hinderung des Importes, ist wohl in keinem Lande so rigoros ausgebaut wie in Amerika. Zielbewußt ist seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, besonders seit 1867, als die Idee des Erziehungszolles sich in Amerika durchsetzte, daran gearbeitet worden, durch hohe Zölle den Aufbau einer eigenen Industrie auf Grundlage der einheimischen Naturreichtümer zu erleichtern. 1913 ging man dazu über, diese Erziehungszölle, da sie nun ja die Aufgabe der Schaffung einer Industrie erfüllt hätten, abzubauen und die Prinzipien des Freihandels langsam zu verwirklichen. Aber dieser Underwood-Tarif des Jahres 1913 blieb nur eine Episode, der Krieg machte den Abbau der Zölle illusorisch, förderte den Aufbau neuer Wirtschaftszweige, die nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse nur unter dem Schutze höherer Zölle bestehen konnten. Die Vertreter der Hochschutzzollpolitik erzielten einen Sieg nach dem anderen: 1916 traten Erziehungszölle auf Kohlenteerprodukte in Kraft, ferner Antidumpingbestimmungen, 1920 schwenkten die Farmer aus dem Lager der Freihändler in das der Schutzzöllner über, Wilson verhinderte noch einen Sieg der Hochschutzzöllner, aber sein Nachfolger Harding kam den Schutzzollforderungen weitgehend entgegen. Den wichtigsten Forderungen der Schutzzollpolitiker wurde durch den Notstandstarif vom 27. Mai 1921 Genüge getan. Die Republikaner betonten immer wieder die Notwendigkeit, durch hohe Zölle die Produktionskosten der heimischen Industrie und die der ausländischen auszugleichen und brachten den Fordney Mc Cumber-Tarif 1922 zur Annahme. Die Landwirtschaft, die Farben-, Glas-, optische, Spielwaren-, Textilwaren-, ja sogar die Schwerindustrie (Mangan- und Wolframerze) zogen die größten Vorteile aus diesem Hochschutzzolltarif. Zu einem geringen Teil sind diese Zölle Erziehungszölle, zum größten Teil Schutzzölle. So sind die handelspolitischen Mittel gegeben, um fast alle benötigten Fertigwaren und Nahrungsmittel im Lande selbst herzustellen und deren Import einzuschränken.

Weite Kreise des amerikanischen Volkes sehen in dem Schutzzoll eine wesentliche Ursache des rapiden wirtschaftlichen Aufschwunges ihres Landes, für sie ist deswegen der Schutzzoll zu einer heiligen Sache geworden. Zur Begründung ihrer Ansicht führen sie unter anderem folgende Momente an: 1. Dank dem Schutzzoll ist der wohl beispiellose Aufbau der amerikanischen Industrie möglich geworden, die sich ungehindert durch ausländische Konkurrenz von Anfang an einen so rationellen Produktionsapparat aufbauen konnte, daß sie sehr bald zum Preisabbau übergehen konnte. 2. Dank dem Schutz gegen ausländische Konkur-

renz war die Industrie in der Lage, ihre Arbeiter sehr gut zu bezahlen, so daß auch die Arbeiter die Schutzzollforderungen zu den ihrigen machten. 3. Die hohen Löhne schufen wiederum die große amerikanische Kaufkraft, dank der der amerikanischen Industrie ein aufnahmefähiger Markt zur Verfügung steht. 4. Dank der Aufnahmefähigkeit des Marktes ist auch die Möglichkeit des Absatzes ausländischer Waren weitgehend gegeben, so daß die Proteste des Auslandes gegen die amerikanische Schutzzollpolitik unverständlich erscheinen. 5. Da ja nur die Waren, denen gegenüber die amerikanische Industrie nicht konkurrenzfähig sein würde, zollpflichtig sind, kommen noch immer viele Waren ins Land, und zwar macht die Einfuhr zollfreier Waren 65 % des Gesamtimportes aus. 6. Jeder Versuch einer freihändlerischen Politik ist bisher gescheitert. Die Geschichte lehrt die Notwendigkeit des Festhaltens an der Schutzzollpolitik. 7. Alle diese Momente bedingen auch, daß der Schutzzoll letzten Endes für die Konsumenten keine Belastung bedeutet, sondern nur den Vorteil der großen Kaufkraft. 8. Die Schutzzollpolitik bringt dem Staat jährlich gut 600 Mill. Dollar Einnahmen und ermöglicht so eine gemäßigte Steuerpolitik. Gelegentlich werden kritische Stimmen gegen diese amerikanische Schutzzollpolitik laut, aber diese Kritiker befinden sich doch zur Zeit in der Minderheit. Die maßgeblichen Kreise, erinnert sei an die Erklärungen von Coolidge, Mellon, Hoover, an die Haltung der amerikanischen Delegation in Genf und Stockholm, halten an der Idee des Schutzzolles fest, die andere Welt muß sich vorläufig mit dieser Tatsache abfinden.

Aber es gibt Waren, die bei noch so hohen Zollsätzen nicht in Amerika hergestellt werden können, weil eben die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Diese Waren läßt Amerika selbstverständlich neben einigen anderen zollfrei herein; sie sind ja auch, wie wir schon bei der Übersicht über den amerikanischen Import gesehen haben, die wichtigsten amerikanischen Importgüter, so vor allem Kautschuk, Kaffee und Rohseide. Es muß als eine durchaus natürliche Reaktion angesehen werden, wenn die nichtamerikanische Welt, da sie ja nun einmal bei einem Export von Fertigwaren nach Amerika nichts verdienen kann, mit diesen Waren das große Geschäft machen will, um eben so den finanziellen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachkommen zu können. Es erscheint doch z. B. durchaus verständlich, wenn England, das nun ja einmal seine Schulden bezahlen muß, aber nicht mit Hilfe eines Fertigwarenexportes bezahlen kann, dies durch Forderung besonders hoher Preise für Kautschuk erzielen will. Der nichtamerikanischen Welt kam hierbei ein wesentlicher natürlicher Faktor zu Hilfe: Einige Waren, die die U. S. A. unbedingt benötigen, werden auf einem begrenzten Gebiet gewonnen, so daß man ihre Produktion und ihren Export nach Amerika leicht kontrollieren kann. Die Möglichkeit, durch Zusammenschluß der Produzenten und Händler besonders hohe Preise zu erzielen, ist denn auch weitgehend ausgenutzt worden, ja in neun Fällen hat sich sogar der Staat an dieser Ausnutzung

der Monopolstellung beteiligt. Es handelt sich um folgende Güter: Kautschuk (kontrollierender und schützender Staat England), Kaffee (Brasilien), Kali (Deutschland und Frankreich), langstaplige Baumwolle (Ägypten), ferner Chilesalpeter, Kampfer, Jod und Quecksilber. Außerdem haben sich früher schon andere Staaten derartig betätigt, so Japan für Rohseide, oder könnten sich zukünftig so betätigen. Das Department of Commerce machte 1922 zum erstenmal darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Konsumenten infolge des Bestehens dieser Monopole für viele Güter viel zu hohe Preise bezahlen müßten, und forderte energische Gegenmaßnahmen. Wir können diesen amerikanischen Kampf gegen die Monopole hier nicht weiter darstellen, das wichtigste, der Stevensonplan, die Kaffeevalorisation und die Kaliklage, dürften wohl auch hinreichend bekannt sein. Hier muß die Feststellung genügen, daß Amerika durch die Führung dieser Antimonopolpolitik klar zu erkennen gegeben hat, daß es eine bewußte Handelspolitik führt, daß es speziell den Import auf ein Minimum beschränken will. Es läßt sich auch nicht abstreiten, daß diese amerikanische Monopolpolitik nicht ohne Erfolg gewesen ist, wodurch sich deutlich zeigt, daß Amerika in der Lage ist, die für nötig gehaltene Importpolitik durchzuführen.

Diese amerikanische Politik weitgehender Abschließung gegenüber dem Auslande dürfte fortgesetzt werden, bis sie schließlich an ihren eigenen Widersprüchen scheitert. Eine Schutzzollpolitik war in Amerika möglich und vielleicht auch nötig, solange amerikanische Wirtschaft ausgesprochene Binnenmarktwirtschaft war. Solange die Industrie, besonders die Fertigwarenindustrie, im wesentlichen, ja vielleicht ausschließlich für den heimischen Markt arbeitete, war ein Protektionismus zur Sicherung des Absatzes auf dem Binnenmarkt gerechtfertigt. Aber genügt heute dieser Absatz auf dem heimischen Markt? Sogar die Führer der amerikanischen Wirtschaft verneinen diese Frage. So hat Hoover Anfang 1926 in einer denkwürdigen Rede darauf hingewiesen, daß der Export für die amerikanische Wirtschaft lebensnotwendig geworden sei, daß nur der Export der Produktionsüberschüsse Amerika die Möglichkeit gebe, alle vorhandenen Produktivkräfte voll zu entfalten, daß Amerika dank dem sich ständig ausdehnenden Export in der Lage sei, die in Amerika nicht vorhandenen Waren zu importieren und so den standard of life zu behaupten und zu heben. Hoover will also, daß die amerikanische Wirtschaft am Export verdient, gibt aber den anderen Ländern nicht die Möglichkeit, durch Export von Fertigwaren nach Amerika zu verdienen, gerät somit in den bekannten Widerspruch: Exportförderung, Importhinderung, stellt jedoch diesen Widerspruch als nicht zu Recht bestehend hin und arbeitet vorläufig gleichzeitig an der Einschränkung des Importes und an der Hebung des Exportes. Wie unter Hoovers Führung alle gegebenen Möglichkeiten zur Einschränkung des Importes angewandt worden sind, so hat auch Hoover andererseits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Export amerikanischer Waren zu fördern.

Die Darstellung amerikanischer Exportförderung und Exportaktivität kann an dieser Stelle kein Selbstzweck sein. Wir können nur auf einige markante Züge hinweisen. In welchem Lande existiert z. B. eine staatliche Organisation, die mit dem Bureau of Foreign and Domestic Commerce verglichen werden kann? Dieses Bureau ist wohl das Fabelhafteste, was bisher auf dem Gebiet staatlicher Exportförderung geschaffen worden ist. Im Ausland unterhält das Bureau nicht weniger als 44 Zentralen, die jedem Reisenden mit Rat und Tat helfen und jedem Industriellen über jede Frage des Exportes Auskunft erteilen. In jeder größeren amerikanischen Stadt unterhält das Bureau eine Filiale, um so in den denkbar engsten Kontakt mit der amerikanischen Wirtschaft zu kommen. Die Marktlage der wichtigsten Waren wird außerdem durch besondere Unterabteilungen beobachtet. Die Leistungsfähigkeit dieses Bureaus geht am besten daraus hervor, daß es täglich gut 10000 Auskünfte erteilt. In den Dienst staatlicher Außenhandelsförderung sind außerdem selbstverständlich die Gesandtschaften und Konsulate gestellt, erwähnt sei das Recht der Handelattachés, über die Produktionskosten der Waren, die nach Amerika exportiert werden sollen, Untersuchungen anzustellen. Außerdem besteht eine Fülle privater Organisationen. In vielen Wirtschaftszentren des Auslandes, in Deutschland z. B. in Berlin, existieren amerikanische Handelskammern. Die großen amerikanischen Wirtschaftsverbände befassen sich mit der Exportfrage, teils sind auch besondere Exportverbände gegründet worden. Hingewiesen sei auf die National Association of Manufacturers, deren Außenhandelsabteilung z. B. 2400 Korrespondenten im Auslande unterhält, auf The American Manufacturers Export Association, die die amerikanischen Fabrikanten direkt mit den Importeuren in Verbindung bringt, auf The Philadelphia Commercial Museum und auf die vielen Exportclubs, die in den letzten Jahren gegründet wurden, um die Exporteure zwecks Austausch ihrer Erfahrungen miteinander in Verbindung zu bringen. Die beiden größten Auskunftsbureaus unterhalten zur Auskunftserteilung über ausländische Firmen und alle möglichen Fragen im Auslande einen großen Stab von Mitarbeitern, die Banken beziehen die Auskünfte über die Kreditwürdigkeit ausländischer Kunden von eigenen Korrespondenten. 1918 wurden sogar die Bestimmungen der Antitrustgesetzgebung für Exportfirmen außer Kraft gesetzt, seit dieser Zeit ist es amerikanischen Fabrikanten und Exporteuren erlaubt, sich zwecks Erzielung besserer Preise einheitlich zusammenzuschließen. Nicht unerwähnt sei schließlich, daß das neueste Mittel der Exportpropaganda, der Film, so bewußt und mit so viel Erfolg von den Amerikanern angewandt worden ist, daß in Amerika das Wort geprägt werden konnte: Der Handel folgt dem Film. Dank diesen verschiedenen Methoden der Exportpropaganda ist es den Amerikanern geglückt, das einzuholen, was die Europäer an Tradition voraus hatten. Ohne diese Maßnahmen der Exportförderung wäre die Exportsteigerung der letzten Jahre wohl nie möglich gewesen, denn man muß bedenken, daß der

früher fast nur auf den Innenmarkt eingestellt gewesene Amerikaner sich auf den Weltmarkt als auf etwas ganz Neues umstellen mußte. Als diese Notwendigkeit des Exportes klar in Erscheinung trat, entstanden, teils vor dem Kriege, zum größten Teil aber erst während des Krieges und nach dem Krieg, die oben genannten Organisationen zur Förderung des Exportes.

Der Krieg brachte aber zugleich ein anderes großes Plus, wohl das größte Plus auf dem Gebiete der Exportbeförderung, nämlich die Möglichkeit der Exportsteigerung durch Exportfinanzierung. Hier liegt wohl die wesentlichste Wirkung des Krieges, denn dank der Kriegsgewinne konnte Amerika, das noch vor dem Kriege ein kapitalimportierendes Land war, zum Kapitalexport übergehen. Vom Kapitalexport zur bewußten Kapitalexportpolitik war nur ein kleiner Schritt. Es wäre allerdings verfehlt, in den amerikanischen Anleihen der ersten Nachkriegsjahre allzuviel Politik sehen zu wollen. Hier hat doch weitgehend ein allgemein menschliches Motiv der Amerikaner mitgesprochen: Man wollte den notleidenden Ländern der Väter und Großväter helfen, außerdem war man nicht gerade unerfreut darüber, daß man bei guter Sicherheit eine hohe Verzinsung einstecken konnte. Bald erkannten jedoch die Amerikaner, daß ein Kapitalexport mehr bedeutet als eine regelmäßige Zinseinnahme. Als gar aus der Zahlungsbilanz abzulesen war, daß in den letzten Jahren die Höhe des Kapitalexportes mit der des Exportüberschusses identisch war, da wurde der Schluß gezogen: Unser Kapitalexport macht es anderen Völkern möglich, bei uns zu kaufen, dient also auch unseren Industriellen und Farmern, während Rückgang des Kapitalexportes Rückgang des Warenexportes zur Folge hat. Deswegen wurde die Forderung einer bewußten Kapitalexportpolitik, der Dienstbarmachung des Kapitalüberschusses für den Export gestellt, deswegen äußerte schon 1922 das Department of State den Wunsch, der faktisch Befehl war, daß die Banken bei jeder Anleihe das Department of State um Rat fragen sollten. Deutlich zeigt sich die Richtung dieser Kapitalexportpolitik: Das Interesse wendet sich der neuen Welt zu, wo Naturreichtümer ausgebeutet und Absatzgebiete erschlossen werden können, so besonders Südamerika und China. Die Richtung des amerikanischen Kapitalexportes deckt sich also mit der Richtung des amerikanischen Außenhandels, denn bei den vielen Meldungen über europäische Anleihen darf man nie vergessen, daß der amerikanische Kapitalexport zu 36% nach Südamerika, zu 26% nach Kanada, dagegen zu nur 29% nach Europa gegangen ist, daß die entscheidenden wirtschaftlichen Positionen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent unter den Einfluß des Dollars gekommen sind, und daß dasselbe Schicksal dem noch unerschlossenen asiatischen Kontinent bevorsteht.

Die Frage, ob durch diese handelspolitischen Maßnahmen die oben aufgezeigte Entwicklung des amerikanischen Warenverkehrs gefördert oder gehemmt wurde, läßt sich einwandfrei nicht beantworten. Während sich die amerikanischen Schutz-

zöllner mit warmen Worten für diese Politik einsetzen, lehnen die Freihändler sie ebenso entschieden ab und weisen z. B. darauf hin, daß der Export zwar gestiegen sei, aber nicht, wofür die Möglichkeiten gegeben wären, auf 7,5 Milliarden Dollar, daß von den 42 Millionen amerikanischen Arbeitern 35 in nicht zollgeschützten Industrien tätig seien, die Verbindung Schutzzoll — hohe Löhne also unberechtigt wäre, daß die Schutzzollpolitik für die Konsumenten eine jährliche Belastung von 5 Milliarden Dollar bedeute. Klar ist aber: Es handelt sich in Amerika nicht um Erziehungszölle, sondern um Hochschutzzölle. Durch den Fordneytarif kam Amerika, das 1921 auf der Höhe der Macht stehend vielleicht in der Lage gewesen wäre, die Führerstellung auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu übernehmen, speziell der Lieferant für Fertigwaren zu werden, in eine Periode des Überprotektionismus, in eine Welle der Autarkiepolitik, die sich von Amerika aus über die ganze Welt ausdehnte. Dadurch, daß Amerika sich abschloß, zwang es die anderen Länder, sich ebenfalls abzuschließen, so entstanden Gegensätze, die ständig deutlich in Erscheinung treten, da eben die Handelspolitik des führenden Landes die der anderen Länder bestimmt. Der Geist des absoluten Schutzzöllners Careys hat sich von Amerika aus über die ganze Welt verbreitet. Dadurch sind die Gegensätze wesentlich verschärft worden, die durch die natürliche Entwicklung des Warenaustausches gegeben waren. Es ist eine Animosität zwischen Amerika und Europa entstanden, deren Beseitigung im wesentlichen von Amerika zu erwarten ist und auch erwartet werden kann, da sich doch eines Tages deutlich zeigen muß, daß ein Fordneytarif nicht der Struktur eines Landes entspricht, das heute stärker denn je auf den Weltmarkt angewiesen ist.

HELMUTH DUVE:

DIE BEDROHUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT DURCH DIE KAPITALISTISCHE HEGEMONIE AMERIKAS

Während der Nachkriegszeit zeigt sich die kulturelle und wirtschaftliche Lage, besonders der am Krieg beteiligten Länder, immer von neuem bedroht durch die Verschuldung Europas gegenüber Amerika, durch die — wegen der Preissenkung — auftretende Erscheinung der Konkurse und der Arbeitslosigkeit. Was Deutschland anbetrifft, so leidet es außerdem unter der Reparationslast und unter der Tatsache, daß nicht nur Ersparnisse von Jahrzehnten während des Weltkrieges verlorengingen, sondern auch darunter, daß zufolge der ausschließlich destruktiven Tätigkeit ein Produktionsausfall von etwa fünf Jahren sich arg fühlbar macht. Die früheren Absatzgebiete für seine Exportartikel sind entweder von anderen Völkern besetzt oder überhaupt nicht mehr aufnahmefähig. Die Beschränkung der umlaufenden Geldmenge im Land auf das Unerläßliche lähmt die innerstaatliche Kauffähigkeit; und da in den Warenlagern nicht die Notwendigkeit besteht, durch den Verkauf gerissene Lücken ständig auszufüllen, so stockt die Produktion der Fabriken, wird der Handel

unterbunden und bleibt — trotz des starken Bedarfs an allen möglichen Dingen — die Nachfrage ein frommer unerfüllbarer Wunsch. Dabei ist alles, was für den Wiederaufbau der internationalen Wirtschaft erforderlich ist, überreichlich vorhanden, nämlich Arbeitskraft und Material; es fehlt nur das zur Verwirklichung aller praktischen Aufgaben erforderliche Mittel, das Geld, das sich dem Verkehr entzogen hat und nur gegen oft erpresserisch hohe Zinsen den Austauschverkehr zwischen Ware und Arbeit besorgt, das also streikt, statt zu arbeiten. Das Wiederaufblühen von Wirtschaft und Kultur ist in erster Linie abhängig von einer Lösung der Wohnungsfrage, die brennender ist als je zuvor, und da es auch hier nur an Geld und nicht etwa an Plänen, Material und Arbeitskraft mangelt, so gleicht die Lebenslage unseres Volkes einem Verhungern bei gefüllten Scheuern. In Deutschland ist allmählich ein Bedarf von etwa 400 000 Wohnungen entstanden. Mit dem Problem der Wohnungsnot wäre gleichzeitig das der Arbeitslosigkeit zu lösen, wenn nicht Zins und Steuer alle Bautätigkeit hemmen würde, weil sie für den Unternehmer unrentabel geworden ist. Die allgemeine Geldknappheit rührt her von der Beschränkung der Geldmenge, woran einmal das System der Golddeckung, dann auch die Amortisation der Reparationssumme schuld ist.

Nach den Feststellungen von Professor Schulze-Gävernitz, Cambridge (U. S. A.), besitzt Amerika über die Hälfte des gesamten Weltbestandes an Gold, so daß diesem Land die Gefahr einer Goldinflation droht, die ebenso verheerend wirken kann wie die Papiergeldinflation. Die unverhältnismäßige Vermehrung der goldgedeckten Geldmenge hat sich dort bereits so ausgewirkt, daß die augenblickliche Kaufkraft des Dollars, an der vorkriegszeitlichen gemessen, um die Hälfte abgenommen hat. Das bedeutet, da die Löhne sich nicht etwa verdoppelt haben, eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten und einen Substanzverlust für die Sparer, die — trotz der erhaltenen Zinsen — fünfzig Prozent ihres finanziellen Eigentums (durch Kaufkraftverlust des Geldes) verlieren. Deshalb ist die Einführung eines auf Indexwährung begründeten wertbeständigen „Warendollars", wie der geniale Wirtschaftstheoretiker Irving Fisher vorgeschlagen hat, eine Forderung, die — verwirklicht — das Vertrauen in die Währung und das Gefühl gerechter Entlohnung erwecken könnte. Immer wird vergessen, daß der Verbrauch eines Landes an Eigenerzeugnissen ja begrenzt wird durch die Zahl seiner Bewohner, durch deren Kaufwillen und Zahlungsfähigkeit überhaupt. Und wenn auch die wirtschaftlichen wie kulturellen Belange der Völker derart zusammenhängen, daß ein symbiotischer Austausch zwischen ihnen erfolgt, so kann doch kein Absatz exportierter Waren und angebotener Arbeitskraft stattfinden, solange ein Land, das ihrer bedarf, nicht selbst genügend konkurrenzlose Erzeugnisse ausführen kann, also solange es zahlungsunfähig ist. Der Gläubiger sollte doch am aufblühenden Geschäft seines Schuldners das größte Interesse haben. Für Amerika ist der Wohlstand seiner Gläubiger eine brennende Lebensfrage; es rechnet ja nicht nur auf Zahlung, sondern mehr noch auf weitere Abnahme seiner Überproduktion.

Neuerdings ist nun eine interessante und recht gehaltvolle Schrift von dem Mitglied des nordamerikanischen Kongresses Ralph Beaver Straßburger erschienen: „Is America a Shylock?" Sie enthält, leidenschaftslos abgefaßt, eine Abwehr Amerikas gegen Angriffe der Ententepresse, die dem ehemaligen Bundesgenossen und Geldgeber den Vorwurf selbstsüchtiger Übervorteilung gemacht hat. Wenn dieser Traktat auch in eigener Sache spricht, so sind die Ausführungen symptomatisch von allgemeinerem Interesse, weil sie in freundlicher Weise die französischen Belange zu verstehen sucht, wohingegen sie den englischen beinahe feindselig entgegentritt. Der Verfasser wirft

die Frage auf, ob seine Nation je etwas getan habe, was nicht durchaus ehrenhaft und nicht im Einklang mit dem freiheitlichen und philanthropen Geist ihrer Tradition geschehen sei. Die Geschichte seines Volkes zeige, daß bei aller Rücksichtnahme auf Zweckmäßigkeit, Edelmut und Gerechtigkeit sein Staatsgeist sich jedem Krieg für Eroberung und eigennützigen Vorteil entschieden widersetzt habe. Angesichts des Vorwurfs, der Amerika von seiten eines englischen Parlamentsmitgliedes gemacht wurde, der behauptete, das Geschäftsinteresse sei der Gott Amerikas, hebt Straßburger die hochgesinnte Selbstlosigkeit der Amerikaner hervor, die nur für Frieden und Freiheit der Menschheit kämpfend in den Weltkrieg eingetreten seien. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Differenzen in den Jahren 1861—1864, wo die englische Baumwollindustrie durch die amerikanische Konkurrenz auf dem Weltmarkt bedroht wurde und wo Palmerston dem damaligen amerikanischen Gesandten Adams eine unhöfliche demütigende Behandlung auf dem Foreign Office habe zuteil werden lassen. In dieser Zeit gerade seien die französischen Sympathien für die aufblühenden Vereinigten Staaten entstanden, die der Verfasser offenkundig erwidert.

Zunächst handelt es sich darum, wie hoch der Kostenaufwand Amerikas für den Weltkrieg gewesen ist. Während der neunzehn Monate amerikanischer Kriegsteilnahme seien 94,5, also monatlich etwa 4,5 Goldmilliarden ausgegeben worden. Demgegenüber habe England während des ganzen Krieges nur 142,8 und Frankreich 100,8 Goldmilliarden ungefähr ausgegeben, was bei einer Kriegsdauer von 51 Monaten für England monatlich ungefähr 2,6 und für Frankreich ungefähr 1,8 Goldmilliarden ausmacht. Außerdem habe Amerika nach Kriegsende noch ungefähr 39,7 Goldmilliarden an seine Verbündeten ausgeliehen.

Auf die Frage, welche Gegenleistungen die Amerikaner für die Opfer an Gut und Blut bei Friedensschluß erhalten hätten, weist Straßburger darauf hin, daß nicht ein Pfennig von der durch die Mittelmächte zu zahlenden Reparationssumme, noch ein Zoll des von diesen abgetretenen Bodens seiner Nation zugefallen sei. England habe dagegen in Afrika um 930 000 Quadratmeilen mit ungefähr 11 Millionen Einwohnern sich vergrößert und in Asien Kolonialmandate über ein Gebiet von ca. 143 000 Quadratmeilen mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern und außerdem einen Teil der australischen Insulinde von ungefähr 1 500 000 Quadratmeilen Ausdehnung erworben. Der Gebietszuwachs Frankreichs bestehe in der Abtretung von Elsaß-Lothringen mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern und in der Kontrolle über das kohlenreiche Saargebiet. Italien habe sich auf Kosten Österreichs vor allem das Gebiet um Triest angeeignet. Hinzu kommen die Vorteile, die jene drei Mächte für ihren Handel und ihre Industrie im Friedensvertrag von Versailles zugestanden erhielten. Nicht zuletzt sei die in jährlichen Raten amortisierbare Reparationsschuld Deutschlands, die auf ungefähr 132 Goldmilliarden geschätzt wird, als Kriegsgewinn der Verbündeten in Rechnung zu stellen.

Was das Problem der interalliierten Verschuldung betrifft, so erhielt England von Amerika eine Anleihe von insgesamt 40 Goldmilliarden, die sich aus einer Grundsumme von ca. 19 Milliarden und einer Zinssumme zusammensetzt, die zu 3% berechnet den Rest ausmacht. Frankreich schuldet Amerika etwa 27,2 Goldmilliarden bei einer Grundsumme von 16 Milliarden und einer hinzukommenden Zinseszinsforderung bei 1,6%, woraus der Rest besteht. Italiens Schuld beträgt ca. 9,4 Goldmilliarden, wobei die verliehene Grundsumme etwa 8 Goldmilliarden beträgt. Zeigt die Differenz zwischen Leihbetrag und Rückzahlung, daß Amerika sein Geld nicht „umsonst" verleiht, so kündet die unterschiedliche Höhe des Zinssatzes seismographisch den Grad seiner Sympathie für die einzelnen Gläubiger.

Nun besteht aber auch eine Schuld Frankreichs an England, die ungefähr 12 Goldmilliarden beträgt, während diese Nation an Amerika 14,8 Goldmilliarden zu zahlen hat. So soll Frankreich im ersten Dezennium ungefähr 2 Goldmilliarden an England zahlen, während es gleichzeitig, trotz der größern Schuld zu Amerika, an dessen Regierung nur 1,8 Goldmilliarden jährlich zu zahlen brauche.

Der Verfasser weist darauf hin, daß die während des Krieges für Lieferungen vom französischen Staat der Bank von England verpfändete Goldsumme, im Wert von ungefähr 222 Millionen Mark, dem Schuldner bis zur restlosen Erfüllung seiner Verpflichtungen vorenthalten wird, wo sie zur Stabilisierung des Francs augenblicklich doch so wichtig wäre. Gemäß der Balfournote von 1922 beansprucht England von seinem Verbündeten soviel, als es selbst an Amerika zahlen soll. Doch widerspricht dem, daß die englische Regierung von Rußland die Rückzahlung wenigstens eines Teiles der während des Kriegs geliehenen Millionen Rubel erwartet und die Begleichung des eventuellen Fehlbetrags Frankreich und Italien aufbürden will, die für die russische Schuld mithaften sollen. Neuerdings ist durch eine Erklärung Litwinows der Standpunkt der russischen Regierung erneut unterstrichen worden, wonach sich diese nach wie vor weigert, die unter zaristischem Regime eingegangenen Schuldverbindlichkeiten zu übernehmen. Es wird ferner bemerkt, daß England einen Teil seiner amerikanischen Kriegsanleihe für eigne kommerzielle Zwecke verwendet habe. Hinter dem stummen Vorwurf des Verfassers, sein Volk sei für geleistete Kriegshilfe keineswegs entschädigt worden, verbirgt sich die naturgegebene Gegnerschaft Amerikas zu England, die in dem doppelten Kampf um den Goldbesitz und die Märkte der Welt besteht.

Auf der Friedenskonferenz wurde vom italienischen Delegierten vorgeschlagen, die interalliierten Schulden auszugleichen, das heißt, sie unter die Bündnismitglieder nach Leistungsfähigkeit zu verteilen. Dagegen erhob jedoch der Direktor des amerikanischen Schatzamtes Einspruch und erklärte, daß seine von der Regierung autorisierte Stelle das Recht jeglicher Übertragung von Schuldtiteln auf Drittschuldner entschieden bestritte. Auf die Intervention Baldwins hin wurde das ursprüngliche Abkommen, die Anleihe innerhalb von 25 Jahren bei einem Zinssatz von $4^1/_4$ % zu amortisieren, umgeändert, insofern, als Amerika dem Gläubiger des gegenwärtig zahlungsunfähigen Frankreichs entgegenkam und England die Tilgung der eignen Schuld innerhalb von 62 Jahren (bei einem Zinssatz von $3^1/_2$ %) zugestand. Wenn auch die Regierung der Vereinigten Staaten stets der Auffassung gewesen ist, daß die ihr verschuldeten Verbündeten nur nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu zahlen hätten, so hat sie, schon um sich durch eventuelle Ententesanktionen nicht in die europäische Politik hineinziehen zu lassen, jenen englischen Vorschlag, die Anleihetilgung von der Erfüllung alliierter Forderungen an Deutschland abhängig zu machen, stets abgelehnt. Deshalb erklärte Senator Borah in der Foreign Debt Commission: „Wenn sie nicht zahlen können, so werden sie nicht zahlen. Wenn ein unvorhergesehenes Ereignis die verschuldeten Nationen hindert, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so haben wir nicht das Recht, sie dazu zu zwingen. Jeder muß das mit sich selbst abmachen."

Nach dem französisch-amerikanischen Schuldenabkommen hat Frankreich im Jahre 1942 an Amerika als Höchstquote 560 Millionen und an England 240 Millionen Mark zu zahlen, während Deutschland gleichzeitig $2^1/_2$ Milliarden Goldmark an die Verbündeten abführt, wovon Frankreich die Hälfte erhält. Die durch das Mellon-Berenger-Abkommen festgesetzte und in 62 Jahren abzutragende Gesamt-

schuld Frankreichs an Amerika ist auf nicht ganz 17 Milliarden festgesetzt worden, bei $4^1/_2$ proz. Verzinsung der Grundsumme von etwa 8,4 Milliarden berechnet. So wird während der ersten zehn Jahre England 6,7 Milliarden, Belgien gleichzeitig 250 Millionen, Italien 42 Millionen Mark an Amerika zahlen müssen. Die Gesamtschuld Belgiens an Amerika beträgt 1,9 Milliarden Mark, von der es vertragsgemäß während des ersten Dezenniums 15 % abtragen wird; die Gesamtschuld Italiens beträgt etwa 8,5 Milliarden Mark, die es nach der gleichen Zeit um 5 % verringert haben wird. Frankreich wird dementsprechend bis 1935 seine oben bezeichnete Gesamtschuld erst um 11 %, also etwa um 1,8 Milliarden Mark verringert haben.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen enthält zudem keine Päventivklausel derart, daß bei eventueller Entwertung der Valuta der Schuldner den Kaufwertverlust des zurückzuzahlenden Geldes aufwerten müsse. Trotz alledem fehle es in Frankreich, unter Einwirkung amerikafeindlicher Kreise Englands, nicht an Stimmen, die Uncle Sam mit Shylock vergleichen, der stets auf seinem Pfund Fleisch bestehe, koste es, was es wolle.

Es darf bei Straßburgers Rechtfertigung des amerikanischen Standpunktes, die sich vor allem der nüchternen und doch vielsagenden Zahlen bedient, nicht vergessen werden, daß Amerika weit entfernt davon ist, sein hochwertiges Geld aus reiner Menschenliebe zu verleihen; das geschieht wohlweislich der guten Zinsen wegen und weil ein Geldüberfluß dem Wirtschaftsleben nicht nur entbehrlich, sondern sogar schädlich ist. Es würde trotzdem von sophistischer Gehässigkeit zeugen, wenn man im Gesicht Amerikas etwa statt der Züge Shylocks die Harpagons erkennen wollte. Außerdem ist die Gesinnung des Gläubigers hier wie auch sonst gleichgültig, weil jedes Übereinkommen, auf Grund sachlicher Voraussetzungen geschlossen, vorher nachprüfbar und sodann von den Vertragschließenden willentlich vollzogen ist, also einen beiderseits verpflichtenden rechtmäßigen Vertrag darstellt. Der Krebsschaden dieser finanziellen Tributpflichtigkeit liegt aber in der Sache selbst.

Das zeigt der Dawesvertrag in voller Deutlichkeit. Es kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß getroffene Vereinbarungen unbedingt zu erfüllen sind, auch wenn ihre Folgen als hart und ungerecht empfunden werden. Verträge aber verlieren ihren ureigenen Charakter der Rechtmäßigkeit, wenn sie auf Grund einer Vergewaltigung des schwächeren Kontrahenten, beziehungsweise durch Ausnutzung seiner Unkenntnis, zustande kommen oder durch die Dehnbarkeit ihrer Bestimmungen verfälschbar und dadurch rechtswidrig und unsittlich sind. Die Übervorteilung eines Vertragschließenden beruht darauf, daß er bei Annahme der verklausulierten Bedingungen die Tragweite seiner Verpflichtungen nicht ermißt und von dem Kontrahenten buchstäblich überredet wird, wo er sich lieber sachlich selbst überzeugen sollte.

Die Zahlung der von Deutschland zu leistenden Kriegsentschädigung erfolgt, bei Überwachung der Einnahmen und Ausgaben durch die Reparationskommission, durch direkte Überweisung des Gewinns auf deren Konto. Darauf beruht die Zinsversklaverei Deutschlands an Amerika; denn außer der auf 132 Goldmilliarden festgesetzten Reparationsschuld, die amortisiert werden muß, sind der Entente die Schuldzinsen und an Amerika die Anleihezinsen zu zahlen. Diese doppelte Zinspflicht wäre allenfalls erträglich, wenn der deutschen Regierung freie Verfügung über ihre Einnahmen gestattet wäre. Sie hat aber dadurch, daß die ehemalige Staatseisenbahn in eine Privataktiengesellschaft umgewandelt ist, deren Überschüsse der Reparationskommission zufließen, erhebliche Beschränkungen erlitten. Dies Unternehmen, das bisher ein ge-

meinnütziges Verkehrsinstitut war, ist dadurch Geschäftsobjekt geworden, das nur nach dem Prinzip der Rentabilität verwaltet wird. Darüber hinaus wurde der Entente eine Kontrolle über die Handelsbilanz der Ausfuhr und Einfuhr, sowie die Verfügung über den Hauptteil der Steuereinnahmen zugestanden. Erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht, so sind bestimmte Sanktionen vorgesehen, die gleichbedeutend sind mit Zwangsbeitreibung. Vor allem ist die Dehnbarkeit der Verpflichtungen, die zuungunsten des Schuldners obendrein dem Gläubiger einen unberechtigten Gewinn zuträgt, am Dawesabkommen grundsätzlich zu tadeln. Die beste Lösung des Reparationsproblems hätte vielleicht ein Abschluß der Wiesbadener Sachlieferungsverhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur geboten. Aber dadurch, daß man deutscherseits sich den Bestimmungen des Dawesabkommens unterwarf, sind sie jeglicher Diskussion entrückt worden. Es ist deshalb müßig, darüber zu streiten, ob und weshalb man jenen „Vertrag" hätte ablehnen sollen oder auf welcher Grundlage er hätte abgeschlossen werden müssen. Der direkte und indirekte Steuerdruck, der das deutsche Wirtschaftsleben lähmt, spricht jedenfalls gegen seine Rentabilität für die Gläubiger. Der dadurch herbeigeführte Geldmangel hat notwendigerweise zu Krisen mit Konkursen und Arbeitslosigkeit geführt. Die Auswirkungen jenes unerträglichen Zustandes verhindern das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft.

Der entscheidende Schlag gegen die Tyrannis des Goldes ist nicht geführt worden, weil der richtige Zeitpunkt zum Handeln während der Inflation versäumt ward. Durch Abschaffung der Golddeckung unserer Währung hätte man den scheinbar so wohlwollenden Uncle Sam ins Herz getroffen; denn der Weltmarktpreis für das Gold wäre demzufolge erheblich gesunken und die Reparationsschuld hätte mit der von Fisher vorgeschlagenen Warenindexwährung, das heißt in kaufkraftbeständigem Gelde, ohne eine amerikanische Anleihe gezahlt werden können. Dann hätten sich die kautschukartig dehnbaren Ansprüche der Entente auf ein gerechtes Maß festlegen, aber auch restlos befriedigen lassen.

Die Einführung einer Warenindexmark, die durch den Nennwertverlust, den sie wöchentlich erleidet, einem Umlaufzwange unterworfen ist, würde von größter innenpolitischer Bedeutung sein; weil bei gleichzeitiger Überwachung der Umlaufsmenge durch ein Reichswährungsamt, das diese — dem steigenden oder fallenden Austauschbedürfnis von Arbeit und Ware entsprechend — vermehrt oder verringert, weder zuviel noch zuwenig Zahlungsmittel dann im Verkehr sich befinden würden. Diese Regulierung ließe sich, auf Grund ständiger Beobachtung des Indexes, ermöglichen, so daß einer Überschreitung des Durchschnittspreisstandes durch eine Verknappung und einem fallenden Index durch entsprechende Verreichlichung der umlaufenden Geldmenge zu begegnen wäre. Bei stetigem Nennwertverlust wäre das Geld, der Ware und Arbeit gegenüber nicht mehr überlegen, genötigt, sich anzubieten und dem Wirtschaftsverkehr dienstbar zu sein. Innerhalb einer solchen „natürlichen" Wirtschaftsordnung, zu deren Begründung Volkswirtschaftler wie Gesell, Fisher und Keynes den Richtweg gewiesen haben, gäbe es weder Warenausverkauf noch Lohnentwertung (Inflation), auch keine Produktionsstockung, Konkurse und Arbeitslosigkeit (Deflation); sondern der Austausch der wirtschaftlichen Güter vollzöge sich da nach dem Gesetz einer sozusagen prästabilierten Harmonie. Im Zusammenhang dieser kurzen Ausführungen lassen sich die zur Herbeiführung jenes Idealzustandes erforderlichen technischen Mittel unmöglich darlegen; es kann sich hier nur um die Aufweisung des Prinzips handeln. Seine Verwirklichung aber würde Freiheit, Entwicklung und Aufstieg unseres Volkes gewährleisten, zur Besiegung der Welt durch bestwertigste

Güter des Wertes und des Zweckes führen und einen wichtigen Schritt der Menschheit zum Ziel ihrer Vollendung bedeuten.

Gewiß, auch Amerika will das Beste seiner Mitmenschen, nämlich ihr Geld. Wenn aber die Völker von der kostspieligen und unnötigen Golddeckung des Geldes absehen würden, so wäre das Joch amerikanischer Zinsknechtschaft für alle Zeiten gebrochen. Geld wäre dann ein indirekt kulturförderndes Austauschmittel im Wirtschaftsverkehr, das Menschen verbindet, statt sie zu trennen, und vermöchte so neue Werte zu schaffen, anstatt alte zu zerstören. Gold würde dann nicht mehr Herr, sondern Diener, nicht Kriegsverursacher, sondern Friedenspender sein, Schmuckstück der menschlichen Kleidung für festliche Geselligkeit. Dann erst darf der einst unheilbringende Nibelungenhort aus der Tiefe des Rheins wieder gehoben werden; weil die Stunde geschlagen hat, wo Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenliebe nicht mehr papierene Lügen, sondern lebendige Wahrheiten sind. Es wird sich einst zeigen, daß von der Lösung des Problems einer organischen Wirtschaftsordnung das Schicksal unseres Volkes sowie Sein oder Nichtsein der Menschheit abhängt.

Gustav Braun:

NATIONALITÄTENFRAGEN IN NORDEUROPA II

II. Die Lappen

Über das wenig zahlreiche Volk — es mag im ganzen zur Zeit 30 000 Lappen geben — findet sich eine umfangreiche Literatur, ohne daß man doch schon Genaueres über ihre Herkunft und früheren Wohnsitze wüßte. Sie sprechen eine Sprache, die große Verwandtschaft mit dem Finnischen hat, sie haben aber unzweifelhaft anthropologisch mit den Finnen nichts zu tun. So hält man sie für ein arktisches Volk, das seit der Steinzeit hier im Norden sitzt, das die finnische Sprache nachträglich angenommen hat. Sie haben noch mehr Eigentümlichkeiten: der romantische Reiz ihrer Existenz geht von den Nomaden aus — dieser Nomadismus ist aber augenscheinlich erst recht spät erworben, und heute ist bei weitem der größere Teil der Lappen seßhaft. Kein Wunder, daß man kaum im südlichen Skandinavien und Finnland, noch weniger bei uns über diese Fragen Bescheid weiß. Schlimmer schon ist es, daß gleichwohl zahlreiche Touristen immer wieder ihre Erfahrungen mit den „Lappländern" — sagt man denn Rußländer? Finnländer doch nur notgedrungen, da man einen Sammelnamen braucht — zum besten geben, ganz schlimm aber, daß auch in dem deutschen Standardwerk der Völkerkunde, herausgegeben von Buschan, der Bearbeiter dieses Teils so Dürftiges ohne Kenntnis auch nur der neueren Literatur bringt.

Hier seien die Lappen zunächst nur in ihrer Bedeutung für die Nationalitätenverteilung in Nordeuropa behandelt. Es gilt also, die seßhaften von den nomadischen Lappen zu scheiden; die Grenzen sind flüssig, doch mögen folgende Zahlen obige Behauptung erhärten, daß nur ein verhältnisweise kleiner Rest noch nomadisiert:

	Seßhafte Lappen	Wanderlappen	Zusammen
Schweden 1920	3 950	3 200*)	7 150
Norwegen 1920	18 000	1 500	19 500
Finnland 1920	1 500	100	1 600

*) Wanderlappen und Renntierbesitzer.

Betrachten wir nun die einzelnen Länder! In Finnland wurde 1852 durch ein Verbot der russischen Regierung die Grenze für alle norwegischen Wanderlappen gesperrt, worauf Norwegen seinerseits den Übertritt aus Finnland kommender Lappen verbot. Damit wurden die Lappen in Finnland zur Seßhaftigkeit gezwungen, und heute wandern nur noch 5 Familien im Bezirk Enontekiö; auch sie nicht mehr wie einst zwischen dem Innern und der Küste, sondern nur noch im Kreise

umher mit langen Aufenthalten an ein und derselben Stelle, wo sie zum Teil auch schon Häuser besitzen. Die finnischen Lappen wohnen jetzt zum großen Teil im Kirchspiel Utsjoki, ebenso im Bezirk Enare an Flüssen und Seen. Sie gehen fraglos allmählich in der finnischen Neusiedlerschicht auf, und so gibt es für Finnland kein lappisches Problem, nur solche der Renntierzucht; diese freilich sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

Wir gehen nach Norwegen hinüber. Es stehen hier nur die dauernden Zustände in den Provinzen Tromsö und Finnmarken zur Diskussion, keineswegs aber der Sommeraufenthalt der schwedischen Renntiernomaden an der norwegischen Küste. Die oben aufgezählten 19500 Lappen wohnen überwiegend in Finnmarken und Tromsö und sind zum allergrößten Teil seßhaft, besonders in der Provinz Tromsö. Das schließt natürlich Renntierbesitz keineswegs aus; für uns kommt es aber auf die Seßhaftigkeit an.

Die seßhaften Lappen wohnen vornehmlich an den Küsten, treiben überwiegend Fischfang, außerdem Ackerbau und Viehzucht. Ihre Wohnverhältnisse sind oft noch sehr schlechte, wovon man sich schon in der Umgebung von Vadsö überzeugen kann: halb in die Erde gegrabene, mit Torf gedeckte Hütten (Gammen) dienen als Behausung. Gleichwohl geht die Vermischung, wie auch der Augenschein bei einer Bereisung zeigt, rasch weiter. Ständig sinkt in den Zählergebnissen die Anzahl der reinrassigen, steigt die der Mischbevölkerung. Von 1875—1920 hat sich die Zahl der Gemischtrassigen des Typus Norwegisch-Lappisch um 215% erhöht, die des Typus Norwegisch-Finnisch um nur 80%, des Typus Lappisch-Finnisch um 140%, doch haben von dem letzten Typus 40—50% der Zugehörigen das Norwegische als tägliche Umgangssprache in der Familie.

Zusammenfassend kann man sagen, daß an der nordnorwegischen Küste und im innern Finnmarken in den meisten Bezirken, von Sörfjord-Lyngen an bis zur Grenze, die Nicht-Norweger die Überzahl haben, daß sie dank ihrer zerstreuten Wohnweise dem Land einen fremdartigen Charakter aufdrücken. Die Städte und Ortschaften sind dagegen, mit Ausnahme von Vadsö, in dem die Nicht-Norweger und Norweger sich jetzt das Gleichgewicht halten, ganz überwiegend norwegisch. Die Vermischung schreitet fort; dank der verbesserten Verkehrsmittel (Automobile, mit Motor versehene Boote) breitet sich die Kenntnis der norwegischen Sprache mehr und mehr aus.

Wieder anders liegen die Dinge in Schweden. Lappen kommen in den drei Provinzen Norrbotten, Västerbotten, Jämtland vor; ihre Zahl steigt langsam, sie wird zu 7000—8000, je nach der Zählweise, angegeben. In allen drei Provinzen leben sie ganz überwiegend in den inneren Teilen, sog. „Lappmarken", die Küstenlandschaften von Västerbotten und Norrbotten sind so gut wie frei von ihnen.

Schweden ist nun das Land, das die meisten Wanderlappen hat, von denen in einem besonderen Abschnitt noch zu handeln sein wird. Die Scheidung aber von

den seßhaften ist gerade hier besonders schwierig, da die Statistik, wie oben schon angegeben, nur zwischen Renntierbesitzern (bzw. von der Renntierzucht lebenden Personen) und denen, die keine Renntiere besitzen, scheidet. Die letzteren sind sicherlich alle seßhaft, aber auch von den Renntierbesitzern sind viele sog. „Waldlappen“, die früher in kleinem Umkreis mit ihren Herden wanderten, jetzt sich irgendwo in diesem Bezirk niedergelassen haben, ihre Renntiere aber einem Wanderlappen mitgeben.

Die Zahlen der Volkszählung sind für 1924 folgende:

von Renntierzucht leben 3183 = 44,4 %,
anderen Erwerb haben 3979 = 55,6 %,
davon Fischerei und Waldarbeit 523,
Ackerbau (und Viehzucht) 2473.

Etwas anders lauten die Zahlen des Lappkomitee von 1919, das 1923 einen ausführlichen Bericht erstattet hat: danach sind nur 2775 = 34,2 % Renntierzüchter (bzw. Nomaden), und 5354 = 65,8 % leben von anderem Erwerb.

Durch das Innere der drei genannten Provinzen geht nun eine wichtige Verwaltungslinie, die „Odlingsgräns“. Dieselbe wurde im Jahre 1750 festgelegt; innerhalb ihres Verlaufs ist allen Nicht-Lappen die Neuansiedlung verboten bzw. nur selten gestattet für Beamte, Waldaufseher, stellenweise Arbeiter usw., und andererseits haben die Lappen besondere Vorrechte bez. Jagd, Fischerei und Benutzung des Landes als Renntierweide. Da die Odlingsgräns etwa zwei Drittel der ganzen Breite Nordschwedens den Lappen zuteilt, nur das an der Küste gelegene Drittel den Schweden usw. überläßt, so steht für die Seßhaftmachung der wenigen tausend Lappen ein gewaltiger Raum zur Verfügung. Gewiß ist derselbe zum großen Teil Gebirge, aber dies Gebirge ist ja eben das Weideland der Renntiere, und in den Tälern finden sich, dank der nacheiszeitlichen Stausee- und Flußterrassenablagerungen, genügend Stellen, an denen Ansatz einer sich selbsterhaltenden Bevölkerung möglich ist.

Das eigentliche Lappenproblem des schwedischen Staates ist daher die Frage der Regelung der Wanderzüge und der Renntierzucht.

III. Die nomadischen Lappen

Die in den vorigen Abschnitten dargestellte „Kreuzschichtung“ der verschiedenen Bevölkerungsbestandteile in Nordeuropa wird nun noch dadurch kompliziert, daß durch die Wanderungen der nomadisierenden Lappen immer neue Fäden durch das Gewebe geschlungen werden.

Der Nomadismus der Lappen ist nicht ursprünglich, er ist ein Zwangsnomadismus. Er wird erzwungen durch die nicht aufzuhaltenden Wanderungen des Renntiers, ihres einzigen und wertvollsten Besitzes. Das Renntier ist eine

Hirschart, bei der auch die weiblichen Tiere Geweihe tragen; sie kommt in ganz Nordeuropa und Nordasien vor. Wilde Renntiere gibt es in Skandinavien nur noch in den Hochländern des südlichen Norwegen, in Lappland sind sie alle halb zahm und in Privatbesitz. Ihre Zahl mag folgende Tabelle wiedergeben:

Finnland	160 000	(1912 nach Grotenfeldt)	auf 120 000 qkm
Norwegen (nur Finnmarken)	100 000	(1915 nach Kr. Nissen)	auf 50 000 „
Schweden	170 000	(1921 nach Stat. Jahrb.)	auf 170 000 „

Bemerkung: Die Zahlen sind an sich wenig zuverlässig und schwanken von Jahr zu Jahr sehr.

Die Renntierzucht ist vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Ozean verbreitet, wird auch neuerdings in Amerika geübt. Sie zeigt aber, worauf K. B. Wiklund aufmerksam gemacht hat, in der Hand der verschiedenen Stämme sehr bedeutende Verschiedenheiten, die mit Sicherheit darauf hindeuten, daß es sich dabei keineswegs nur um einfache Übertragung und Übernahme des gleichen Verfahrens von einem zum anderen Stamm handelt, sondern um voneinander unabhängiges Erfinden.

Insonderheit scheinen die Lappen seßhafte Jäger und Fischer gewesen zu sein, ehe sie von den nachwandernden und kulturell besser ausgestatteten Finnen aus den Nadelwäldern von Finnland in die Birkenwälder und Buschsteppen des Nordens und auf die Tundren des Gebirges verdrängt wurden, das sie ja dann zum Teil überschritten (siehe den vorigen Abschnitt). Sie haben während dieses Wanderungsvorganges das Renntier zu zähmen gelernt, wie I. F. Sirelius meint, zunächst in einzelnen Exemplaren, die als Deck- und Locktiere bei der Jagd auf wilde Renntiere benutzt wurden, dabei auch Trag- und Zugdienste leisteten. Die Basis der Zähmung war einerseits die Jagd — noch heute wird ein typisches Jagdgerät, der Lasso, zum Fang benutzt und ist der Schlitten ein Jagdschlitten — andererseits die Viehzucht der südlichen Nachbarn, auf Grund deren das Tier zum Melken und Tragen, aber nicht zum Reiten, wie stellenweise in Nordasien, herangezogen wurde.

Der Nomadismus der Lappen ist also relativ jung und wird sich in der jetzt geübten Form auch nicht lange mehr halten können. Mit der Ausbildung der Staatsgrenzen als Besitzgrenzen auch im Norden, mit der Aufteilung der gemeinsamen Weidegebiete begannen die Schwierigkeiten, da die Menge der Renntiere in der Neuzeit bedeutend zunahm und noch heute zunimmt. Die politische Geschichte von Finnmarken und Lappland ist voll von den dauernden Streitigkeiten Norwegens, Schwedens und Rußlands um den Einfluß auf diese Lande. 1307 wurde das norwegische Vardöhus gegründet, im 15. Jahrhundert entstand als russischer Stützpunkt das Kloster Petsamo und weiter westlich die Kirche Boris-Gleb im Patsjokital, Schweden seinerseits schob Steuerkommissionen ins Innere vor und gründete Blockhäuser zu deren Schutz bis an die Küste heran (Vadsö, Alten), Südvaranger wurde auch noch im Knärödsfrieden von 1613 behauptet.

Die heutigen Grenzen bildeten sich im 18. und 19. Jahrhundert heraus. 1751 wurde die schwedisch-norwegische Grenze festgesetzt, die heute von Kolttajärvi an die finnländisch-norwegische Grenze ist; Kautokeino und Karasjok kamen zu Norwegen, Enontekis, Enare und Utsjoki zu Schweden. 1809/10 trat Rußland an die Stelle des schwedischen Finnland und der Muonio-Torne-Älv vom Kolttajärvi bis Tornio wurde Grenze. 1826 schließlich wurde die Gegend Neiden, Pasvik, Petsamo, zwischen (Schweden-)Norwegen und Rußland geteilt: damit war das letzte gemeinsame Weidegebiet aufgelöst.

Die Wanderungen der Lappen aber konnten trotz vieler Streitigkeiten zunächst in alter Weise fortgesetzt werden. Sie vollzogen sich nach folgendem Schema: Im Mai kalben die Tiere auf geschützten und dann möglichst schon schneefreien Plätzen im Gebirge. Danach wandern sie über das Gebirge und die Hochflächen an die Küste, wo um diese Zeit die Vegetation schon in Entwicklung ist. Hier leben die Herden im Sommer von Gras und Kräutern, bleiben infolge des frischen Seewinds auch von der Ungezieferplage verschont oder weichen ihr durch Aufstieg auf die Schneefelder und Gletscher aus. Ende Juli bis Anfang August beginnt die Rückwanderung, in deren Verlauf nach dem Überschreiten des Gebirges die Herden zusammengetrieben werden, um nach den Besitzern geschieden, gemarkt und zum Gebrauch gesondert zu werden. Danach ziehen sie in die Wälder des Inneren zum Winteraufenthalt, währenddessen ihnen die Renntierflechten zur Nahrung dienen, die im Sommer dürr sind. Im Frühjahr beginnt der Kreislauf von neuem.

1852 aber sperrten Rußland, darauf auch Norwegen die Grenzen und machten dadurch den russischen (finnischen) Lappen das Erreichen der Küste und den norwegischen Lappen das Erreichen der Winterweidegebiete des Inneren unmöglich. Diese Grenzsperre veranlaßte, daß von 1853—1871 rund 275 Lappen mit über 20000 Renntieren von Kautokeino nach Schweden übersiedelten, von wo sie über den Muoniofluß immer noch in den sog. Enontekiszipfel Finnlands hinein durften, der sich durch reiche Winterweide auszeichnet. Diese Übersiedlung störte das natürliche Gleichgewicht in der Torne-Lappmark empfindlich und führte vor allem auch im Tromsö-Amt infolge der zu hohen Zahl der Renntiere zu erhöhten Zwistigkeiten mit den norwegischen Siedlern, die allmählich auch in steigender Zahl sich in die Täler vorschoben. 1843 schon hatte die erste norwegisch-schwedische Lappenkommission getagt, 1866 begann die zweite ihre Arbeiten; aber erst die dritte Verhandlungsphase von 1879 an führte 1883 zu einem für 15 Jahre geltenden Abkommen, das dann bis 1907 verlängert wurde. Inzwischen waren aber wieder entscheidende Ereignisse geschehen und vorbereitet — 1880 sperrte Rußland auch die Grenze gegen Finnland für die schwedischen Lappen — und Norwegen drohte mit einer Grenzsperre bis zum 15. Juni jedes Jahres, die den Zutritt zu den Kalbungsplätzen verwehrt hätte.

Angesichts der weiten zur Verfügung stehenden Räume, der vergleichsweise geringen Zahl der Lappen und auch der Renntiere könnte die Frage aufgeworfen werden, ob denn solche Grenzsperrungen wirklich von vitaler Bedeutung seien, ob nicht die Lappen einfach ihre Weideplätze verschieben könnten. Wir rühren damit an die geographischen Grundlagen der ganzen Lappenfrage. Sie liegen in der Ernährungsweise des Renntiers. Wie oben schon gesagt, fressen die Tiere im Sommer Gras und Kräuter, im Winter aber nur Flechten, deren bekannteste die sog. Renntierflechte ist. Damit zerfällt das Problem in die beiden Fragen nach dem Vorkommen einerseits der Sommerweide, andererseits der Winterweide.

Beide Weidegebiete fallen in keiner Weise zusammen, fast schließen sie sich aus, könnte man sagen. Es handelt sich eben um Pflanzenformationen, die an den Gesteinsuntergrund gebunden sind. Im Bereich der Urgesteine des innerskandinavischen Gebietes überwiegen die Flechtenformationen durchaus, und nur hier und da an Wasserläufen und an den Mooren kommen natürliche Wiesen vor. Diese aber werden von den Ansiedlern ganz allgemein schon gemäht und zur Heuversorgung genutzt. Dagegen liefern die verwitternden Schiefer der kaledonischen Gebirgszone einen Boden, der im Zusammenhang mit den hier reichlicheren Niederschlägen eine üppige Gras-, Kräuter- und Gebüschvegetation ernährt, so dicht, daß sie z. B. beim Besteigen des bekannten Aussichtsberges Nuolja bei der Station Abisko auch dem Touristen auffällt. Hier sind nur die trockensten Stellen flechtenbedeckt.

Die Flechtenvegetation erneuert sich nun, wenn sie einmal abgeweidet ist, sehr langsam. Genaue Zahlen liegen darüber nicht vor, Versuche sind erst seit einigen Jahren im Gange, aber man nimmt etwa an, daß es in Schwedisch-Lappland auf den Hochflächen mindestens 7, an günstigeren Stellen 5, bis zur vollen Entwicklung sogar 12—15 Jahre bedarf.

Nach diesen Gesichtspunkten kann man in großen Zügen sagen: Finnland hat überreichlich Winterweiden, das norwegische Finnmarken hat Sommer- und Winterweiden, Schweden hat überwiegend Winterweiden, fast keine Sommerweiden. So liegen die Verhältnisse in der Tat, und unsere weitere Betrachtung muß diese verschiedenen Verhältnisse je nach den Ländern berücksichtigen.

Am einfachsten liegen die Dinge in Finnland: die Grenzen sind gesperrt. Wanderlappen gibt es nur noch einige Familien im Bezirk Enontekiö, sie wandern aber nur in großen Kreisen durch das Land, abwechselnd verschiedene Weidegebiete berührend. In Enare und Utsjoki sind alle Lappen seßhaft, die Renntiere werden im Sommer des Ungeziefers wegen auf der kahlen Hochfläche (Tunturi) gehalten, im Winter in den Wäldern in der Nähe der Siedlungen.

In Norwegen kommt Renntierzucht bis in die südlichen Hochlande vor, Lappen-Nomadismus aber nur im Finnmarken, weswegen hier nur diese Gegend

berücksichtigt sei. Sitz der Lappen ist hier vor allem der Bezirk Kautokeino mit seinen weiten, flechtenreichen Hochflächen. Im Sommer weiden die Herden 300 km weiter nördlich an der Küste und auf den Inseln, z. B. der Mageröy, auf der das Nordkap liegt. Die Winterweide ist knapp, so daß Kautokeino und Karasjok ein Weidegebiet an der Grenze gemeinsam haben.

Während in Kautokeino die Wanderlappen auch an Zahl durchaus dominieren, ist in Karasjok etwas mehr Seßhaftigkeit zu finden, da die Täler wenigstens schon tiefer liegen und etwas Anbau gestatten. Trotzdem ist auch hier der Nomadismus noch voll entwickelt, die Sommerweidegebiete liegen an der Küste oder auf den hier 1000 m erreichenden Quarzitmassiven der Gaisas. Dagegen hat Polmak weiter im Osten nur noch 6000 Renntiere, und der Nomadismus der Familien hat aufgehört, sie bleiben im Tanatal wohnen. Ebenso hat auf der Varangerhalbinsel und in Südvaranger der Nomadismus seit der russischen Grenzsperre beinahe aufgehört, und auch die Zahl der Renntiere ist seither sehr zurückgegangen. Die Lappen wohnen zum großen Teil am Varangerfjord in torfbedeckten Gammen.

In Schweden sind die Dinge am schwierigsten. Als Weidegebiete bedürfen die schwedischen Flächen der Ergänzung durch die norwegischen und die Finnlands. Die Grenze auf dem Hochgebirge läuft so, daß nur im Süden auch genügend Sommerweiden auf schwedischer Seite liegen, daß schon für die schwedischen Arjeploglappen im norwegischen Gebiet zwischen Ranen und Salten Weideergänzungen notwendig sind. Die größten Schwierigkeiten aber bestehen für die Lappen der schwedischen Tornelappmark nördlich des Torneträsk und der Erzbahn, gerade also in dem Gebiet, das die meisten Renntiere hat und das von der Einwanderung aus Finnmarken am meisten betroffen wurde. Andererseits ist gerade die Provinz Tromsö, das anschließende Sommerweidengebiet, wie sich jetzt zeigt, reich an gutem Boden, hat ein günstiges Klima und gute Verkehrsverhältnisse, was alles dazu beiträgt, daß die Kolonisation hier rasche Fortschritte macht (Vergrößerung der angebauten Fläche um 13% von 1918 bis 1920).

So beziehen sich denn die Ausgleichsversuche der verschiedenen internationalen Kommissionen in der Renntierfrage vornehmlich auf dieses Gebiet. Nach langwierigen Verhandlungen, auch vor einem Schiedsgericht in Kopenhagen 1909/10, wurde auf Grund des von einer 1913 eingesetzten gemischten Kommission 1918 abgegebenen Berichts am 5. Februar 1919 eine Konvention geschlossen, die 1923 in Kraft getreten ist; sie wurde ergänzt durch eine Konvention zwischen Schweden und Finnland vom 9. Mai 1925 und Norwegen und Finnland vom 3. März 1922. Danach ist das in Betracht kommende norwegische Gebiet in Weidebezirke eingeteilt, in deren jeden zu bestimmten Zeiten eine begrenzte Menge Renntiere zugelassen ist; die zu benützenden Wege sind festgelegt, ein Teil führt über die westlichen Hochflächen des finnischen Enontekiszipfels. Die Weidebezirke reichen bis auf die norwegischen Inseln der Gegend von Tromsö hinaus, und die dort im

Sommer in den Straßen des Städtchens und in dem bekannten Lager im Tromstal zu findenden Lappen sind schwedische Lappen aus der Gegend von Karesuando. Im Winter gehen die Herden bis an und über die nördliche Stammbahn hinaus, während die Familien doch mehr in der Nähe der zuständigen Kirchdörfer sich aufhalten.

Die schwedisch-norwegische Konvention soll bis 1952 gelten. Die Schwierigkeit, die aus der fortschreitenden Kultivierung der Provinzen Nordland und Tromsö einerseits, der Zunahme der Lappen und namentlich Renntiere andererseits sich ergeben, sind aber schon jetzt groß. So zeigte eine norwegische Nachprüfung der Bestände in den Weidebezirken, daß 1925 etwa 30000 schwedische Renntiere mehr als zulässig vorhanden. Es hat der schwedischen Provinzialverwaltung in Luleå, der ich diese Angabe verdanke, große Schwierigkeiten gemacht, diese Tiere, die doch Privatbesitz vieler einzelner Lappen sind, abzustoßen, teils durch Verlegung in andere Gegenden, teils durch Verkauf. Deutschland erwies sich als nicht aufnahmefähig für das doch sehr gute und wohlschmeckende Fleisch, das billig zu haben gewesen wäre.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die wirtschaftliche Seite des Nomadismus der Lappen zu beleuchten, ich wollte nur die schwierigen Nationalitätsverhältnisse in diesem Winkel Europas beleuchten. Die drei beteiligten Staaten stehen fraglos vor der Aufgabe, die Lappen wieder seßhaft zu machen, ohne doch die Nutzung der Weiden des Gebirges durch die Renntiere als die einzig mögliche Form einer Produktivität desselben aufzugeben. In Finnland ist die Aufgabe beinahe gelöst, in Norwegen die Lösung noch nicht so dringlich, am dringendsten und schwierigsten in Schweden. Ist sie durchgeführt, so wird ein neuer festwohnender Bestandteil dem Gemisch der Nationalitäten im äußersten Norden beigefügt sein mit dem Erfolg, daß Finnen und Lappen zusammen in weiten Räumen die Majorität haben werden.

Literatur:

Die Einzelnachweise bleiben einem in Vorbereitung befindlichen Werk über Lappland vorbehalten, das zusammenfassend über meine Studien berichten wird. Über die Naturverhältnisse findet sich Literatur in meinem „Nordeuropa" (Wien, Deuticke 1926); die wirtschaftliche Seite behandle ich in „Finnisch-Lappland und Petsamo" (Ber. a. d. Inst. f. Finnlandskde. d. Univ. Greifswald 5, 1925).

W. G. Leg.-Rat Kiliani-Schondorf:

COL. THOMPSONS BERICHT UND SEINE WIRKUNG AUF DIE PHILIPPINEN

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die „7000 Inseln" hinterlassen auch dem nur oberflächlichen Beschauer zwei nachhaltige Eindrücke, einmal die ganz unglaublich enorme Bucht von Manila

und dann den spanisch-katholischen Schleier, der über dem alten Manila liegt, einzigartig im ganzen Osten Asiens.

Von den 16 Millionen Katholiken Asiens lebt die Hälfte auf den Philippinen. Es gibt dort sogar eine nationale Kirche unter einem farbigen Papst.

Der tiefer Unterrichtete weiß, daß die Inseln stets „gegen die Geographie" von Osten her administriert wurden und daß sie das einzige Kolonialland sind, dem die „Unabhängigkeit" vom weißen Besitzer zugesagt ist.

Heute verlangen sie sie mit immer steigender Leidenschaft. Sie ist ihnen versprochen, sobald sie „fähig" dazu sind, von einem Volke versprochen, das, nach dem bekannten Wort eines amerikanischen Schriftstellers, nicht „wie der Engländer die Freiheit nur bei sich zu Hause liebt, sondern sie jedem Land auf Erden bringen will!"

Die philippinischen gesetzgebenden Versammlungen funktionieren seit 1907. Seitdem geht auch der Kampf um die Unabhängigkeit. Die Philippiner sagen: es kommt nur darauf an, daß wir stabil regiert sind, und das sind wir. Die Amerikaner meinen: „Stabil" seid ihr vielleicht zur Zeit regiert, aber „reif zur Unabhängigkeit" seid ihr kaum. Außerdem müßten wir wohl wissen: wer setzt sich eigentlich hinein in die Inseln, wenn wir hinausgehen? Japan oder eine andere Macht, und wie, militärisch oder nur friedlich und wirtschaftlich?

Auch der demokratischste amerikanische Demokrat wird bei der „weitgehendsten Autonomie" der Inseln doch wahrscheinlich den „amerikanischen Flottenstützpunkt" und die „amerikanische wirtschaftliche Vormachtstellung" im Archipel für Amerika behalten wollen.

Was zuletzt vorging auf den Inseln, bedeutet es nun „Sturmzeichen" oder einfach eine „Erziehungsphase"?

Präsident Coolidge hat voriges Jahr selbst eingegriffen: ohne die Philippinischen gesetzgebenden Körperschaften zuzuziehen, hat er seinen Freund Col. A. Thompson (früherer Privatsekretär Tafts) zur Berichterstattung nach Manila gesandt. Auch weder der amerikanische Kongreß noch das „Department of war", dem die Philippinischen Angelegenheiten bekanntlich unterstellt sind, sind dabei gehört worden. (Die amerikanische demokratische Presse exemplifiziert auch bereits auf den Präsidenten Wilson und seine verfassungswidrigen Versailler Amtsüberschreitungen.) Col. Thompson selbst hat bei der Abfahrt von Seattle im Frühling vorigen Jahres den Zeitungen gesagt: „Gelingt es nicht auf eine Aktion abzukommen, die stabile Verhältnisse und ein Zusammenarbeiten in gemeinschaftlichem Interesse sicherstellt, dann müßte sich Amerika bald von den Inseln zurückziehen."

Darin liegt wohl schon eine gewichtige Variante der Lesart des Unabhängigkeitsproblems, wie sie in Manila gehört wird.

Die Philippiner haben ihrerseits eine besondere doppelparteiliche Kommission eingesetzt, die aus Mitgliedern des Philippinischen Senats und des Repräsentanten-

hauses besteht. Sie hat sich zunächst in Sympathiekundgebungen — Japan gegenüber betätigt. Dazu ist sie eigens nach Tokio gereist.

Es mag sein, daß der Philippinische Senatspräsident Manuel S. Quezon seine Popularität zu Hause zu stärken hoffte, wenn er in der Unabhängigkeitsfrage in Amerika persönlich Fühlung nahm. Jedenfalls ist er von Japan mit der philippinischen Unabhängigkeitskommission nach Washington gegangen. Die Zeitungen hörten dabei von ihm, daß sich in den beiden amerikanischen Häusern eine Majorität für die Unabhängigkeit der Philippinen sicher finden werde.

Coolidge hat zuletzt erklärt, daß diese Frage zur Zeit nicht Gegenstand der Erwägung der Regierung der Vereinigten Staaten sei. Er hat dies auch ausdrücklich in London (auf Grund des Washingtoner Abkommens von 1923 über die Rüstungsbeschränkungen) wissen lassen.

Dies wäre so ungefähr der Auftakt in der Frage.

*

Nun ist der Bericht Col. A. Thompsons veröffentlicht worden. Er hat allgemein enttäuscht und namentlich die Philippiner in allen Lagern verstimmt. Man wirft ihm vor, daß es den bisherigen schwer erträglichen Schwebezustand einfach aeternisiert. Lieber hätte man selbst vielleicht ein glattes Nein gehört.

Es ist bezeichnend, daß sofort mit dem Bekanntwerden des Berichts — trotz der hervorragend politischen Seite der Unabhängigkeitsfrage — auch wieder die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund der philippinischen Presseerörterungen getreten sind.

Automatisch beherrschen die amerikanischen Großrubberpläne wieder die Diskussion (die bekanntlich eine Änderung der philippinischen Landesgesetzgebung zwecks Ermöglichung des Latifundienerwerbs voraussetzen).

Der Bericht hat freilich auch die Beibehaltung der bisherigen philippinischen Zollgesetzgebung, also auch die bisherigen Begünstigungen für die philippinische Zuckereinfuhr nach den Vereinigten Staaten empfohlen.

Auf der anderen Seite ist aber auch die amerikanische Wareneinfuhrpräponderanz beibehalten, die fast den Charakter eines Monopols hat. Sie mag die Kosten des Lebensunterhalts für die eingeborne philippinische Bevölkerung vielleicht mehr verteuern, als es ihrem doch ziemlich primitiven Lebensstandard entspricht. Das Leben in Manila z. B. wäre vielleicht billiger, wenn auch die nicht amerikanischen Waren konkurrenzfähig wären. Wie dem auch sein mag — der Hauptakzent liegt zur Zeit jedenfalls wieder auf der wirtschaftspolitischen „Ausnützung“ durch die finanziell und machtpolitisch so überlegene Schutzmacht „Amerika“.

Der Bericht rät ferner auch (natürlich) zu einer Reihe Maßnahmen, die die „weitere“ autonome Entwicklung der Inseln fördern sollen.

Allein, wenn fortwährend von der „Unabhängigkeit“ die Rede ist, dann wirken solche Vorschläge naturgemäß wie „Stückwerk“, wie eine Abfindung. Im Herzen

hat wohl kein Mensch gleich die volle „Unabhängigkeit" erwartet, wenigstens jetzt nicht, wo die Gesamtlage im Osten den philippinischen Wünschen ganz offenbar so wenig günstig wie möglich ist.

Bezeichnend ist jedenfalls, daß auch die amerikanische Geschäftswelt in Manila bereits an der „legitimen Sachkenntnis" des präsidentiellen Sonderberichterstatters zu deuteln beginnt. Sie findet, daß er eigentlich nicht genug persönliche Erfahrung von dem Lande habe, dem er in seiner Hauptlebensfrage den Spruch sprechen soll.

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die reichen Philippiner bereits Kapital exportieren. Natürlich belebt das nicht die geschäftliche Lage. Ein neuer Aufruf zur Sammlung weiterer Mittel für den Unabhängigkeitsfonds ist auch sofort in Manila erlassen worden. Es ist und bleibt eben eine mißliche Sache, wenn maßgebliche amerikanische Interessenkreise eine Monopolstellung in Weltstapelartikeln wie Kaffee, Gummi usw. anstreben, die den farbigen Schülern abendländischer Demokratie den Eindruck macht, daß sie dafür zur Hörigkeit verdammt bleiben oder ihre Freiheit deswegen auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Den ausgleichenden Standpunkt der britisch-indischen Industriearistokratie hat die philippinische offenbar bisher nicht gefunden (nämlich den der Kooperation), wie die doch den ganzen Archipel schädigende philippinische Großkapitalabwanderung beweist. (Vielleicht ist sie dazu noch nicht „entwickelt" genug.)

*

Nun war es mit der Eintracht zwischen dem Generalgouverneur und den führenden philippinischen Kreisen schon länger und besonders zuletzt nicht immer zum Besten bestellt. Dabei spielt die philippinische „Non-cooperation"-Politik die Hauptrolle, die seit 1923 der amerikanischen Verwaltung die Signatur verliehen hat.

*

Die „Non-cooperation" — bei der jede sich unwillkürlich aufdrängende britisch-indische Reminiszenz abzuweisen ist — datiert im Grunde von der Generalgouverneurschaft Harrison, in der zunächst zwar in der Justiz Philippiner bis in die obersten Stellungen (freilich stets mit der Einschränkung durch den rein amerikanischen „Supreme-Court"), in der Verwaltung aber solche — wenn auch in ständig steigender Anzahl — doch nur in die Mittelstellen gelangt sind. Die Leiter der obersten Verwaltungszweige (also des Innern, des Unterrichts, der Finanz, des Handels, des Verkehrs usw.), die sog. „Secretaries", waren immer ausnahmslos Amerikaner gewesen. 1916 ist dann die weitere Grundlage einer (offenbar etwas überstürzten) neuen Verphilippinisierung in der bekannten „Organic law" (gewöhnlich die „Jones law" genannt) geschaffen worden. Darnach sollten „so bald wie möglich" auch alle höheren Verwaltungsstellen mit Philippinern besetzt werden. Die allzu große Anlehnung dieser Administrationsperiode an

die philippinischen Politiker haben die amerikanischen „republikanischen" Kreise dann bekanntlich später nicht gebilligt.

Der Generalgouverneur Wood (seit 1923) fand diese Entwicklung vor. Er wollte sie bremsen, also die bereits ziemlich große Unabhängigkeit der philippinischen Ressortchefs wieder zurückschrauben. Die finanziellen Mittel zur Schaffung — sagen wir kurz — „amerikanischer Leiter" — der „philippinischen Ministerien"*) sind ihm von den philippinischen gesetzgebenden Körperschaften aber glatt verweigert worden. Er hat sich statt dessen mit der Schaffung eines eigenen „Councils", also eines verfassungsmäßig nicht vorgesehenen, unverantwortlichen Gremiums beholfen, das — aus amerikanischen Offizieren bestehend — im Volksmund bald das „Cavalry Cabinet" hieß.

Dazu kam eine echt philippinische Spieler- und Skandalaffäre in Manila, „die" Krisis des Jahres 1923. Ein nachgeordneter amerikanischer Verwaltungsbeamter hatte in einer Spielklubaffäre gegen seinen philippinischen Departmentschef ausgesagt. Er ist deswegen vor die Verwaltungsinstanzen und den Kadi zitiert worden. Da seine Unschuld dabei vollständig erwiesen wurde, hat der Generalgouverneur seine Wiedereinsetzung von den gesetzgebenden Körperschaften bzw. den „Secretaries" verlangt. Diese Forderung haben sämtliche philippinischen „Secretaries" mit ihrem Abschiedsgesuch beantwortet. Der Generalgouverneur hat es (merkwürdigerweise) angenommen und daraufhin selbst neue Secretaries ernannt.

Seitdem sabotieren die philippinischen gesetzgebenden Körperschaften nun so ziemlich alles, was der Generalgouverneur und die von ihm ernannten Verwaltungschefs vorschlagen. Das geht so weit, daß sie z. B. die Mitwirkung an gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen oder sanitären Maßnahmen, die dem Lande als Ganzes frommen, ablehnen usw.

Gegen diesen unerwünschten Zustand ist zuletzt natürlich eine starke amerikanische Gegenbewegung entstanden, die z. B. die Votierung von Gesetzen durch den Generalgouverneur, ferner die Abschaffung des bekannten „Board of Control" fordert und u. a. auch die Beanstandung einiger philippinischer Finanzmaßnahmen (die immer schon der „schwache Punkt" der philippinischen Verwaltung waren) durch den amerikanischen „Auditor" zur Folge hatte.

Wer wie der Verfasser lange in Südostasien gelebt hat, der kann sich hier der Erinnerung an die alte Diskrepanz zwischen englischen und amerikanischen Kolonialmethoden nicht erwehren. Heute — bei der neuen amerikanischen Finanzübermacht, der — fortbestehenden — alten englischen Kolonialerfahrung und der Selbstbestimmungsbewegung des Ostens ist sie eine Weltfrage**) geworden, die die

*) Mit Ausnahme der „Volkserziehung", die immer schon dem Generalgouverneur unterstellt war.

**) Damals hieß es in englischen Kolonialkreisen (Singapore) nach amtlichen Besprechungen mit amerikanischen Gästen von den Philippinen immer nur — halb pikiert und halb schmunzelnd: „Of course every thing is perfect, if it is only as different as possible from the English way" —.

Grundlage des angelsächsischen Gesamtaufmarsches auf Erden ebenso wie die ganze Zukunft Ostasiens und damit der Welt berührt. Das abendländische Kapital wird eben — so oder so — das „Ausbeuterische" aus dem Philippinenproblem herausbringen und die orientalischen Selbstbestimmungswünsche einerseits mit einem tatsächlich tragbaren „selfgovernment", andererseits auf eine beiderseits akzeptable Gleichung bringen müssen. Deren Generalnenner wird wohl „Cooperation" heißen, also zunächst das genaue Gegenteil der derzeitigen philippinischen Lösung und auch der philippinischen Wünsche, aber genau das, was Col. A. Thompson v. J. in Seattle, in der Hauptsache wenigstens, vorhergesagt hat.

*

Rein philosophisch genommen wäre diese „Non-cooperation-Politik" noch verständlich, wenn sie nur immer auch rein sachlich wäre. Da scheinen aber doch auch Motive des Eigennutzes und der Familien- und Sippenherrschaft häufig mit im Spiel zu sein. Eine neue Eingeborenenbewegung ist jedenfalls bereits entstanden, die für den Generalgouverneur und gegen diese philippinische Sippenherrschaft — sie ist treffend „Kazikenherrschaft" genannt worden — Partei nimmt.

Alles in allem genommen kann man begreifen, daß die Gesamtergebnisse der amerikanischen Verwaltungskunst zur Zeit eben nicht die Herzen in den Vereinigten Staaten höher schlagen lassen.

*

Dazu kommt, daß die Politik Amerikas im Sulu-Archipel zur Zeit eine ungewöhnliche Resonanz durch ganz Ostasien hat.

In der Nähe von Manila befindet sich bekanntlich die amerikanische Marinestation Cavite. Sie ist mit der wichtigste Stützpunkt der amerikanischen Seestreitkräfte im Pazifik und natürlich zur Zeit die Operationsbasis für die nach den chinesischen Gewässern detachierten amerikanischen Kriegsfahrzeuge. Man kann sich denken, wie viel weniger frei und ungehindert die Vereinigten Staaten in China für die „rein wirtschaftliche" Politik der „offenen Türe" eintreten können — dieses Pivot größten Stiles der amerikanischen Weltpolitik —, wenn sich gerade jetzt auf den Philippinen etwas Wesentliches ändern sollte. Die amerikanische Agitation, die immer das Wort von der Verleihung der amerikanischen „Bundesstaatsqualität" an die Philippinen als der angeblich „einzigen" Lösung des Problems im Munde führt, muß zur Zeit in manchen amerikanischen Kreisen unbequem wirken. Sie ruft Gegenargumente, wie das von der „ganz überflüssigen Schaffung noch einer dritten Rasse für die Vereinigten Staaten" auf den Plan (die dann die zweite „farbige" wäre).

*

Alles, was im Sulu-Archipel vorgeht, wird auch eine gewisse Wirkung auf die gesamte Malayenwelt haben (Holländ. Insulinde und im weiteren Verstande auch das französische Indochina mit eingeschlossen). Die dortigen „Selbstbestimmungs-

bestrebungen und ihre Resonanz im Mutterlande sind bekannt. Die Straits sind nach den neuesten direkten Nachrichten von dort — wie für jeden Kenner vorauszusehen war — auch heute noch viel mehr chinesisches als malayisches Land. Freilich können auch für diese etwaige Selbstbestimmungserfolge in China — und daran kann (in irgendeiner Form) nicht mehr gezweifelt werden — ein mindestens „Schule machendes Beispiel" liefern. Dies scheint in Niederländisch-Indien schon ziemlich der Fall zu sein, womit den Chinesen auf Java und Sumatra eine bisher ungewohnte Rolle zugefallen ist. Es sind etwa rund 1 Million, meist kleine Händler aus Südchina, die daher natürlich mit der Kuomintang sympathisieren. — Die Urteile unterrichteter Beobachter mehren sich, die im chinesichen Element, namentlich Insulindes, einen neuen Bundesgenossen der mit der weißen Kolonisation Unzufriedenen erblicken und voraussagen, daß die Wirkungen der politischen Erfolge in der chinesischen Heimat — Erfolge gegen das mächtige England — über die chinesischen Landesgrenzen hinausströmen und auch in Indonesien einen verschärften Kampf der Chinesen um Emanzipation und Erlangung größerer Rechte hervorrufen werden. Die Kuomintang-Propaganda ist in starker Zunahme im Archipel, und wenn der niederländisch-indische Generalgouverneur auf der letzten Pressekonferenz auch eine offizielle Propaganda dagegen als nicht beabsichtigt bezeichnete, so hat er doch eine eventuell private warm begrüßt. Die Leitung dieser Kuomintang-Agitation in Niederländisch-Indien liegt, was bemerkenswert ist, in den Händen der „Oosterliga" und nicht in denen einheimischer javanischer Kommunisten, die nur Helfer der Chinesen sind.

Kann man die Philippinen aus dem südostasiatischen Inselkreis geographisch nicht herauslösen, so geht das auch politisch nicht (bei aller Verschiedenheit im Einzelnen). Und dann muß man schon sagen: die derzeitigen Auspicien sind nicht recht günstig für die baldige Philippinische Unabhängigkeit!

Der Ausgang der Genfer Flottenkonferenz und ihre Affichierung englisch-amerikanischer Konfliktsmöglichkeiten hat sie sicher ebenfalls nicht günstiger gestaltet.

Klaus Buschmann:

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Streiflichter auf ihre Entstehung, Verfassung und Politik

Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika beginnt um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als die Unzufriedenheit mit dem weitentfernten britischen Regiment groß und bewußt genug geworden war, um an einen Aufstand denken zu lassen, und als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Kolonien und ihre widerstreitenden Interessen überwunden waren durch das Bewußt-

sein eines gemeinsamen Interesses und eines gemeinsamen Zieles. Am 4. Juli 1776 erklärten 13 von den heute 48 Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit, und die Amerikaner sind heute noch der Auffassung, daß damit ein völlig neues Zeitalter der Weltgeschichte eröffnet worden sei. Die Verfassung der Vereinigten Staaten, die am 17. September 1787 in Philadelphia angenommen und 1789 erstmals durch zehn Zusatzartikel (Bill of Rights) ergänzt wurde, war ein ehrlicher und praktischer Versuch, unter den damals geltenden Bedingungen die Regierungsgewalt mit der Freiheit auszusöhnen. Das englische Volk legte kraft der Verfassung seine Souveränität in die Hände des Parlaments. Dort gibt es einfach kein Mittel außer der Revolution, die Beachtung der Magna Charta oder der Petition of Rights oder der Bill of Rights zu erzwingen, wenn es dem Parlament gefallen sollte, sich über sie hinwegzusetzen oder sie zu verletzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hingegen ist in keinem Sinne Träger der Souveränität. Umfaßt doch der wesentliche Inhalt der amerikanischen Verfassung als Hauptpunkte: 1. die föderative Regierungsform mit genau bezeichneten Vollmachten und dem sorgfältig aufrechterhaltenen Gleichgewicht zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Einzelstaaten; 2. die Bill of Rights, die ein gewisses Maß persönlicher Freiheit gegen Eingriffe der Regierung sicherstellt; 3. das unabhängige Oberste Gericht mit der Machtvollkommenheit, das Volk als Ganzes vor einer Gewaltanmaßung durch die Gesetzgebung zu bewahren und den einzelnen Bürger gegen Eingriffe der Gesetzgebenden oder Vollziehenden Gewalt in seinem Rechte zu schützen; 4. die republikanische Regierungsform, die durch die Verfassung eingesetzt und durch sie jedem einzelnen Staate der Union gewährleistet ist. Es gibt keine Gewalt, die diese wesentlichen Grundsätze abzuändern oder abzuschwächen vermag, ausgenommen den Willen des Volkes der Vereinigten Staaten selbst. Es gibt aber auch, wie Benjamin Franklin am 17. September 1787 auf der Verfassungsgebenden Versammlung zum Schluß der Beratungen erklärte, keine Regierungsform, die nicht ein Segen für das Volk werden kann, wenn sie gut gehandhabt wird. Ein großer Teil der Stärke und Leistungsfähigkeit einer Regierung, die dem Volke die Wohlfahrt verschaffen und sichern soll, hänge von dem Glauben ab, von dem allgemeinen Glauben an die Güte dieser Regierung wie an die Weisheit und Lauterkeit der Regierenden.

Die amerikanischen Parteiunterschiede lassen sich nicht mit den europäischen vergleichen. Dort gibt es keine zur Bildung einer Partei genügende Zahl für die Vertretung von Ansichten, die man in Europa Tory, Konservative oder Junker nennt. Alle politischen Spaltungen entspringen in Amerika aus dem Anschauungskreis, der in Europa als der liberale gekennzeichnet wird. Die Parteispaltung, die in den Vereinigten Staaten nach der Unabhängigkeitserklärung eintrat, beruhte teilweise auf dem Gegensatz zwischen Föderalisten und Antiföderalisten, teilweise aber griff sie auf einen viel tieferen und dauernden Unterschied

zurück. „Der gesunde Instinkt“, sagt Nicholas M. Butler, der Präsident der New Yorker Columbia-Universität, in seinen 1923 an englischen Universitäten gehaltenen geistvollen Vorträgen, die soeben mit einem empfehlenden Geleitwort des deutschen Botschafters in Washington Frhrn. von Maltzan bei Reimar Hobbing, Berlin, auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Der Aufbau des amerikanischen Staates“ erschienen sind, „läßt die sogenannten höheren Klassen eine Regierung bevorzugen, die stark genug ist, Ordnung und Freiheit im ganzen aufrechtzuerhalten, einschließlich jener Beigabe zur Freiheit, die man Besitz nennt. Der gleiche gesunde Instinkt läßt die sogenannten Massen eine Regierung verwerfen, welche die Privilegien schützt und sichert, oder ihre Macht zur Knebelung und Unterdrückung der großen Volksmasse benützen könnte. Wir sind bei dem immerwährenden Widerspruch in der Demokratie angelangt ... Bedeutet Demokratie nichts weiter als eine Regierungsform, so ist sie schon ein trauriger und kostspieliger Fehlschlag; bedeutet sie hingegen ein soziales, wirtschaftliches und politisches System, so ist sie sicherlich die einzige Hoffnung für die Menschheit.“ — Die heutige Demokratische Partei in den Vereinigten Staaten ist im allgemeinen die Erbin der Traditionen der Antiföderalisten, die für die Rechte der Einzelstaaten eintraten. Sie hält die Namen Jeffersons und Jacksons in Ehren. In ähnlichem Sinne ist die heutige Republikanische Partei die Nachfolgerin der Föderalisten, die Lehren Hamiltons, Marshalls und Websters sind der Fels, auf dem ihre Grundmauern stehen. Sie trat 1854 ins Leben und wollte vor allem der Ausbreitung der Sklaverei entgegentreten, die 1845 in 14 von den damaligen 27 Staaten bestand, aber von Jahr zu Jahr in der Volksmeinung mehr eine Sache der Moral, als eine Sache der Politik wurde. Um sie aufrechterhalten zu können, trennten sich die sklavenhaltenden Südstaaten von der Union und schlossen sich 1861 zu den „Konföderierten Staaten“ zusammen. Das führte zum Bürgerkrieg, der bis 1865 dauerte und mit dem Siege der Nordstaaten — und der Ermordung des Präsidenten Lincoln — endete. Durch den in demselben Jahre noch proklamierten 13. Zusatzartikel zur Verfassung wurde die Sklaverei abgeschafft, und durch einen 15. Zusatzartikel wurde 1870 den Vereinigten Staaten und den Einzelstaaten verboten, irgendeinen Bürger mit Rücksicht auf Rasse, Farbe oder frühere Unfreiheit an der Ausübung der Wahl zu verhindern. Die ehemaligen Sklaven erhielten also das Wahlrecht, doch ist die zwangsweise Durchführung der Bestimmungen dieses Zusatzes bis heute noch in denjenigen Landesteilen unterblieben, wo sie der öffentlichen Meinung zuwiderläuft und den weißen Bürgern als eine Gefahr für ihre gesamte Zivilisation erscheint.

Ein 16. Zusatzartikel zur Verfassung betraf die Einkommensteuer, durch die der Bundesregierung 1913 neue, fast unbegrenzte Einnahmequellen erschlossen wurden. Das Gebiet, auf dem die Einzelstaaten für ihren eigenen Bedarf nach Recht und Billigkeit Steuern erheben können, wurde dadurch verengt. Dieser Zu-

satzartikel hatte auch die Festigung und Erweiterung der Macht der Zentralregierung auf Kosten der einzelstaatlichen Regierungen zur Folge. Überhaupt ist die Verfassung im Laufe der Zeit schon des öfteren ergänzt worden auf eine Weise, welche die Autorität und das Ansehen der nationalen Regierung vergrößerte. Bei weiterem Fortschreiten auf diesem Wege dürfte die Föderativrepublik schließlich in eine imperialistische Demokratie übergehen. — Sehr umstritten ist bis heute noch auch der 18. Zusatzartikel zur Verfassung, der Prohibitionszusatz, d. h. das Alkoholverbot von 1919. Vor allem deshalb, weil man das Alkoholverbot, das doch eigentlich nur eine Polizeimaßregel ist, in die Verfassung selbst hineingeschrieben und dadurch jede Zurücknahme oder Milderung nahezu unmöglich gemacht hat, weil schon ein Viertel der Staaten, zuzüglich einem Staate, in der Lage ist, jede Änderung zu verhindern. Bei der Präsidentenwahl im nächsten Jahre dürfte die Prohibition den Hauptstreitpunkt bilden. Schon jetzt ist die Debatte über diese Frage lebhaft im Gange. So sprach sich erst Anfang April auf einer Versammlung in Boston der obengenannte Präsident Butler entschieden dafür, der bekannte Senator Borah aber dagegen aus, daß das nächstjährige republikanische Wahlprogramm den Widerruf des 18. Verfassungszusatzes befürworten soll. Butler steht auf dem Standpunkt, daß es stets eine Gefahr bedeute, die Moral und den Lebenswandel des einzelnen durch Gesetz oder gar durch Verfassungsgesetze ändern und verbessern zu wollen.

Doch ungleich wichtiger als diese und andere interne Angelegenheiten der Vereinigten Staaten ist für die übrige Welt deren Außenpolitik. Wenn der erste Präsident, Washington, in seiner Abschiedsbotschaft das amerikanische Volk 1797 ermahnte, so wenig wie möglich politische Beziehungen zu fremden Nationen zu unterhalten, und wenn auch Präsident Jefferson 1801 in seiner Antrittsbotschaft sich gegen die „Verwirklichung" in Bündnisse mit fremden Nationen wandte, so ist heute die Isolierung Amerikas zur Fabel geworden. Die Zeiten und Umstände haben sich eben geändert. Präsident Mac Kinley erklärte 1901 am Vortage seiner Ermordung in Buffalo: „Die Zeit der Abgeschlossenheit ist vorbei!" Noch eindringlicher und bestimmter sprach später als Expräsident Roosevelt, und Präsident Taft befürwortete oft und nachdrücklich die wirksame Teilnahme der Vereinigten Staaten an einem Programm für internationale Beratungen und internationale Zusammenarbeit. Die Anstrengungen des Präsidenten Wilson in dieser Richtung sind noch in frischer Erinnerung, desgleichen weiß man, daß sein Nachfolger Harding für einen Weltgerichtshof eintrat, und daß der derzeitige (29.) Präsident Coolidge vornehmlich um eine internationale Abrüstung sich bemüht. Nicht unbekannt aber auch ist, daß die Vereinigten Staaten trotz allem bisher dem Völkerbund nicht beitraten. Präsident Butler sagt dazu in seinem obenerwähnten Buche: „Welche Fehler im Senate der Vereinigten Staaten auch begangen worden sind, als man sich dort um die Ratifizierung des Friedensvertrages

von Versailles stritt, so ist doch nichts gewisser, als daß sich bald dem amerikanischen Volk ein Weg eröffnen wird, um in Richtung einer größeren Anteilnahme an der internationalen Zusammenarbeit weiterzuschreiten."

HANS GOLCHER:

GRENZSTRUKTUR UND STAATLICHER ORGANISMUS

Wenn wir einen Blick auf die politischen Landkarten werfen, gewahren wir eine große Mannigfaltigkeit in der Grenzführung der verschiedenen Staatswesen. Wir können den einzelnen Grenzlinien nachgehen, sehen, wie sie plötzlich vorspringen und einen in strategischer oder wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Punkt umschließen, sich an landschaftlich gegebene Abgrenzungen anlehnen oder aber scheinbar ganz unbegründet mitten durch geographisch- und wirtschaftlich-einheitliche Gebiete laufen. Wir können uns diese Grenzen genau einprägen — ihre Bedeutung von strategischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten aus im einzelnen erforschen — aber das Wesen der Grenze selbst wird uns dabei fremd bleiben, ein abstrakter Begriff.

Die Politische Geographie nun lehrt uns, die Grenzen als Organe der Staatswesen anzusehen. Als solche gewinnen die Grenzen plötzlich ein ganz eigenartiges, stark selbständiges Leben. Aus Linien auf der Landkarte oder in der Landschaft, aus rein begrifflichen Fiktionen wird uns die Grenze zu einem lebendigen Wesen, zu einem Spiel von wechselnden Kräften. Der starre Begriff Grenze löst sich auf zu einem dynamischen Werdenden.

Die Grenze wird als organische Einheit empfunden und verliert den begrifflich ihr anhaftenden Charakter der geringeren oder größeren Willkürlichkeit, wenn wir sie von innen heraus, aus dem Wesen der seltsamen Lebewesen, die sich Staaten nennen, verstehen.

Die verschiedensten Wissenschaften haben den Staat zum Objekte — und zwar gehen sie naturgemäß von verschiedenen philosophischen Einstellungen zum Staate aus. Der Jurist wird geneigt sein, in dem begrifflichen Netze, das von der Verfassung ausgeht und mit rechtlichen Beziehungen in den mannigfaltigsten Verästelungen das Leben der Staatsmenschen umspannt, das wesentliche Merkmal des Staates zu sehen. Und sicher ist der inmaterielle doch demantharte Bau der rechtlichen Fiktionen aus dem tiefsten Wesen des Staates geboren. Die geheimnisvollen staatsbildenden Kräfte sind im Rechtssystem gleichsam herauskristallisiert und umgeben wie ein schützendes Ringelhemd den Kulturleib des Staates. Eine solche Betrachtungsweise läßt uns aber sehr bald den Staat zum Begriff erstarren — zur Fiktion über Fiktionen; wir verlieren im wörtlichen Sinn den Boden unter den Füßen. Die Politische Geographie bemüht sich nun, diesem Fehler auszu-

weichen und den Staat als lebendige Einheit von Volk und Boden anzusehen. Hierdurch gewinnen wir eine gewissermaßen kosmische Anschauung: Auf der Oberfläche der gewaltigen Kugel unseres Planeten blühen die Staaten auf — aus den Keimen der Völkerschaften, die sich dem Boden verbanden.

Staat ist im Sinne der Politischen Geographie ein Stück Erdboden mit einem Stück Menschheit, das mit diesem Boden aufs engste verbunden ist — gleichsam eine Ehe von Volk und Boden. Dieser Staat nun ist ein Organismus — und darum gelten für ihn die Gesetze, die allem Lebendigen eingeboren sind. Da ist zunächst die ständige Veränderlichkeit und Bewegtheit des Lebens. Auch der Boden ist nur relativ starr — auch er wird ergriffen vom Fluß der Dinge.

Die staatlichen Organismen sind natürlich nicht mit den hochentwickelten Tier- und Pflanzenkörpern zu vergleichen, die uns beim Klang des Wortes Organismus vor das innere Auge treten. Vielmehr gehört der Staat in die Reihen der sog. unvollkommenen Organismen — und steht etwa dem Tierstaat der Hymenopteren sehr nahe — hier ist der räumliche, der körperliche Zusammenhang zwischen einzelnen Organen und Zelleneinheiten aufgegeben. Organismus ist im biologischen Sinne ganz allgemein ein Komplex von verschiedenen Organen mit verschiedenen Funktionen, die alle auf den gemeinschaftlichen Zweck der Selbsterhaltung und der in dieser eingeschlossenen Fortpflanzung gerichtet sind.

In einem organischen Zellenhaufen tritt sehr bald ein Auseinandertreten einzelner Organe auf, die jeweils verschiedenem Zwecke zu dienen imstande sind. Stellvertretung eines Organes für ein anderes ist in großem Ausmaße nur bei sehr unentwickelten Organismen möglich; im Staatsorganismus nun ist die Differenzierung längst nicht so stark — die soziale Schichtung zeigt nur die allerersten Anfänge einer solchen, was die wirtschaftlichen Funktionen des Staates anbetrifft. Wir müssen den Staat demnach besser als einen Aggregatsorganismus mit größter Selbständigkeit der Faktoren bezeichnen.

Der Kern des Staates ist seine politische Idee. In ihr verkörpert sich die Sorge für sein Fortdauern — seine Selbsterhaltung und sein Wille zum Mehr, sein Wille zur Macht. Diese politische Idee nun ist gleichsam die Seele des Staates — sein zentrales Nervensystem. Sie ist von allen Organen des Staates am stärksten differenziert und umschließt die mannigfaltigsten Kräfte des staatlichen Lebens, seien sie nun materieller oder geistiger Art.

Da der Staat ein Doppelwesen von Volk und Boden ist, so gehen notwendigerweise Bodenelemente in die Staatsidee ein. Das kann sein in der Weise, daß der Charakter des Volkes, das bewußt eine geschichtliche Einheit bildet, und der Rassen, aus denen das Volk zusammengewachsen ist, eine wesentliche Beeinflussung durch die Heimatlandschaft erfahren haben. Diese Einwirkung wird natürlich nicht rein passiv erlitten — sondern je nach den Anlagen, den Fähigkeiten und dem Lebenswillen der verschiedenen Rassen und Völker verschieden ausgewertet.

Es handelt sich auch hier um ein Wechselspiel der Kräfte — Landschaft und Mensch ringen miteinander und prägen sich allmählich einen ganz bestimmten Charakter auf. In einer zweiten Hinsicht kann der Staatsboden an der politischen Idee teilhaben — er kann dem Volk unmittelbar praktische Aufgaben stellen — wie etwa die Halbinseln Spanien und Italien zur Bildung einheitlicher Staaten geradezu herausfordern. Staaten haben die Tendenz, in natürlich geschlossene Räume hineinzuwachsen. Zunächst halten sich die kleineren Staatsgebiete mit noch beschränktem geographischem Horizont an kleinste landschaftliche Einheiten — Talbecken, Buchten, Lichtungen im Urwald sind solche Gebiete. Allmählich wird aber etwa ein Flußlauf in die politische Idee mit einbezogen. Staatenbünde entstehen längs des Flußes — bis wiederum ein neues Motiv in die politische Idee Eingang findet und sich der Staatenkranz bis zu einem ferneren Gebirgszug vorschiebt, und somit der Staatsboden erheblich vergrößert wird. Es scheint, daß dieser Hang der Staaten, in natürliche Grenzen hineinzuwachsen, erst in den Erdteilsgrenzen seine Befriedigung finden wird.

In dem Augenblick, in dem wir von der Betrachtung des einzelnen Staates zu einer Staatengruppe übergehen, wird der Begriff der Grenze wichtig. Zunächst müssen wir den grundlegenden Satz aufstellen, der uns zu einer Anschauung des Wesens der Grenze führt: Grenzen sind niemals bloße Berührungslinien von Staaten — sie sind räumliche Gebilde in zwei Ausdehnungen, besitzen eine gewisse Breite.

Grenzen bezeichnen überall das Aufeinandertreffen von Gegensätzen; „sie sind stets ein Fremdes und doch beiden Teilen Verwandtes". Die Grenze ist gleichsam die ineinandergewachsene Haut zweier Staaten. Sie ist eine der wichtigsten Organe des politischen Organismus. Wie die Haut den Körper gegen die Einwirkungen der Außenwelt schützt — und zugleich doch der durch sie bewirkte Abschluß kein hermetischer ist, sondern durch die Haut eine gewisse Atmungstätigkeit erfolgt — so erfüllt auch die Grenze des Staates zwei Funktionen: sie schützt den Staatskörper und vermittelt gleichzeitig den Verkehr mit der Außenwelt. Als organische Wesenheiten aber besitzen die Grenzen noch eine Eigenschaft, die sie mit allen tellurischen Erscheinungen teilen. Im immerwährenden Wechsel der Zeiten, im Flusse der ununterbrochenen Entwicklung bleibt sich keine Wesenheit auf unserem Planeten gleich. Es wäre darum töricht, an absoluten politischen Grenzen festhalten zu wollen; nein, die politische Grenze ist in jedem Augenblick der Ausdruck eines höchst labilen Spannungsgleichgewichts zwischen verschiedenen Staaten. Jede theoretisch auf dem Papier festgelegte Grenze kann nur als Momentphotographie bewertet werden. Wie die Küstenlinie sich ständig verändert und umgestaltet unter den Einwirkungen des Meeres, und wie jede bestimmte Küstenformation als Querschnitt einer Entwicklungsbewegung aufzufassen ist, so ist auch die politische Grenze — um mit den Worten E. Schönes zu reden: „die

Kontraktion einer Summe von geschichtlichen Prozessen". Die Energie, mit der geschichtliche Prozesse wirken, läßt sich oft an der Art der Grenzen erkennen. Zwischen Staatengebilden, die ihre Kräfte in jahrhundertelangem Ringen gemessen haben, wird die Grenze einen vereinfachten, abgeschliffenen Charakter tragen; das ist der Fall bei der deutsch-französischen Grenze, die einen stetigen Verlauf aufweist — ununterbrochen von kraus vorspringenden oder zurückweichenden Enklaven und Exklaven. Um auf das Beispiel des Meeres zurückzukommen: in stillen Buchten wird die Küstenbildung eine ungleich eigenwilligere sein und bunterere, mannigfachere Formen aufweisen als die Küste eines bewegten Meeres. So treffen wir denn auch in Gebieten, in denen ein politischer Dornröschenschlaf herrschte, Grenzen, die durch ihre Zerrissenheit unser Erstaunen erregen. Ich möchte hier vor allem an die Thüringischen Kleinstaaten erinnern.

Sehr häufig ist das Bestreben, Grenzen auf vertraglichem Wege zu vereinfachen. Solches Streben nach Grenzvereinheitlichung und damit verbundene Grenzstreitigkeiten sind vor allen Dingen in Südamerika an der Tagesordnung. Man hat berechnet, daß die umstrittenen Gebiete dort etwa $1\,^2/_3$ Mill. qkm umfassen, also eine Fläche, die reichlich dreimal so groß ist wie das Deutsche Reich.

Grenzkonflikte werden natürlich in solchen Gebieten am häufigsten sein, in denen es an einer bis ins einzelne gehenden geographischen Erforschung mangelt. Das wird vor allem in außereuropäischen Ländern der Fall sein. Man pflegt hier die Grenzführung nur ganz allgemein in dehnbaren Ausdrücken zu bestimmen, so daß es wohl angebracht ist, hier von elastischen Grenzen zu sprechen. Derartige elastische Grenzen trennen die europäischen Kolonien in Afrika, sowie die sog. Interessensphären in Asien. Trotzdem erweisen sich solche elastischen Grenzen nicht in allen Fällen als zweckentsprechend, wenn bei näherer Erforschung der Grenzgeschichte es sich herausstellt, daß sich dort etwa wichtige Kohlenlager oder schiffbare Stromläufe oder ähnliche wirtschaftliche wichtige Objekte befinden; es erheben sich sofort Grenzkonflikte, es kann im weiteren Verlauf der Angelegenheit sehr leicht zu kriegerischen Entladungen der Spannung kommen.

Wir haben gehört, daß die Grenze kein haarscharfer Trennungsstrich sei, vielmehr als ein eigenes räumliches Gebilde aufzufassen ist. Allerdings tritt diese Eigenschaft der Grenzen bei den europäischen Kulturstaaten nur mittelbar hervor. Der räumliche Charakter der Grenzen stellt sich in seiner ursprünglichsten Form bei der Staatenbildung primitiver Völkerschaften dar. Solche Staaten — wie wir sie etwa bei den afrikanischen Negerstämmen antreffen — grenzen niemals unmittelbar aneinander. Zwischen den Peripherien der staatlichen Organismen erstreckt sich etwa ein unwegsamer Busch — oft bilden auch Mangrovensümpfe und Wüstengebiete den Grenzstreifen. Die Breite dieses Grenzstreifens richtet sich nach den freundschaftlichen oder feindlichen Verhältnissen der beteiligten Staaten. Ursprünglich ist diesem Grenzstreifen nur die Aufgabe des Schutzes erteilt. Man

unterläßt es geflissentlich, Wege und Stege in der unentwirrbaren Grenzwildnis anzulegen. Ganz wenige Verkehrsstraßen dienen der allerunumgänglichsten Verbindung mit der Außenwelt und werden im übrigen auf das schärfste bewacht, um sich gegen das Eindringen fremden politischen Einflusses zu schützen. Solche Grenzwildnisse sind uns von Reisenden und Gelehrten, die den einheimischen afrikanischen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwanden, oft geschildert worden. Auch auf den Staaten der Südseeinseln sind uns unwegsame Grenzgebiete verbürgt. So sind die vier Staatengruppen der etwa $1^1/_2$ qkm Fläche umfassenden Miniaturinsel Mioko im Bismarck-Archipel durch solche unbewohnbaren Gebiete voneinander getrennt.

Auf Neuseeland befinden sich zwischen den einzelnen Maoristämmen meilenbreite Wildnisse. Die Grenzwildnisse in den Vereinigten Staaten machten sich als besonders lästig bei der Abgrenzung der Indianerterritorien bemerkbar.

Auch in Europa stoßen wir auf solche Grenzwälder, wenn wir um zwei Jahrtausende in der Geschichte der europäischen Völkerschaften zurückgehen. Ganz Böhmen war ursprünglich durch gewaltige Grenzwälder gegen seine Nachbarländer abgeschlossen. Die serbischen Gaue waren durch einen Grenzverhack voneinander getrennt.

Oft ist der Marsch der römischen Kohorten durch solche Grenzwildnisse aufgehalten worden; sie begegneten solchem Grenzschutz zunächst in Gallien und in England.

Künstliche Befestigungsmittel verstärken oft den Schutzwert des Grenzsaumes, hierher gehört der römische Limes — der Hadrianswall gegen die Pikten und Skoten — die große Mauer in China, die gegen mongolische Einfälle errichtet war.

Zwischen dem Deutschordenslande und Litauen zogen sich mächtige Grenzwaldungen dahin, die drei Verbindungsstraßen nach Kowno, Grodno und Ortelsburg waren stark befestigt.

Die Grenzwildnisse dienen häufig auch der Ernährung der beteiligten Staaten. Jägerhaufen durchziehen die Wildnis und treffen auf Männer des angrenzenden Staates; so leiten sich freundliche oder feindliche Beziehungen ein.

Das Grenzgebiet ist auch das erste Kolonisationsgebiet eines primitiven Staates. Häufig aber ist die Besiedlung der Grenzgebiete das Anzeichen eines Verfalls der kontrahierenden staatlichen Zentralgewalt. Der Zellkörper des Staates zerfällt — unbotmäßige Elemente sondern sich ab und begründen in den Wäldern und Sümpfen des Grenzstreifens ein unabhängiges, ungesetzliches Dasein. So befanden sich auf der kleinen bei Mioko gelegenen Südseeinsel Nissan zwei Siedlungen politischer Flüchtlinge in den Grenzstreifen, die der mangelnden Konzentrationskraft des die politische Idee verkörpernden Staatsoberhaupts ihr Dasein verdankten. Man hat sogar den Reichtum der deutschen Bundesstaaten an Enklaven und Exklaven zum Teil auf die Niederlassung von politischen Flüchtlingen in Grenzgebieten erklären wollen.

Auch in den alten Kulturländern, in denen die Grenze als abstrakte Linie fingiert wird, verrät sie ihren räumlichen Charakter durch eine ganz eigentümliche Mischung der Sprachen, der Nationalitäts- und der Siedlungsarten. So ist die Psyche Elsaß-Lothringens in starkem Maße durch den Grenzcharakter des Landes bestimmt. Das Streben nach elsässischer Autonomie ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich das Land nicht als bloß deutsch oder bloß französisch fühlt — sondern als ein vom deutschen wie vom französischen Volke deutlich unterschiedenes drittes. Wir müssen nun daran erinnern, daß ja der Staat einen höchst unvollkommenen Organismus darstellt — geradezu einen Aggregatsorganismus, und daß seine Organe ein starkes Eigenleben führen und nur im Falle, daß sie von einer überragenden Kontraktionskraft der politischen Idee eng zusammengehalten werden, sich harmonisch aufeinander einstellen und reibungslos zum Wohle des Ganzen sich betätigen. Wir erleben also in Elsaß-Lothringen den Fall, daß ein Staatsorgan — ein Grenzgebiet — sich vom Staatskörper loszulösen und zu verselbständigen strebt.

In Kriegsfällen wird die Räumlichkeit der Grenze am deutlichsten und ihr Eigenleben am lebendigsten. Die Truppen werden nicht längs einer Grenzlinie — sondern nach strategischen und topographischen Erwägungen in einen Grenzraum verteilt. Bei Waffenstillständen müssen neutrale Gebiete von bestimmter Breite zwischen den Demarkationslinien freibleiben. Ein Beispiel für den räumlichen Charakter der Grenze in neuester Zeit bildet der entmilitarisierte Gebietsstreifen, der sich an die Zonen der feindlichen Besetzung in Deutschland anlehnt. Mit der Entwicklung des Grenzsaumes des Grenzgebietes zur Grenzlinie geht eine völlige Veränderung der Funktionen der Grenze vor sich. Diente sie bisher hauptsächlich dem Schutze, so wird diese Aufgabe nunmehr einigen bestimmten Grenzpunkten zuerteilt. Im übrigen wird das Grenzgebiet möglichst ausgiebig wirtschaftlich nutzbar gemacht und dient ausschließlich dem Verkehr; allerdings wandeln sich nun die Verhältnisse langsamer als man denken sollte, und der frühere Zustand spiegelt sich gleichsam in bestimmten Zügen des neuen Grenzbildes wider. So überquert z. B. auf der ganzen Grenzstrecke zwischen den Eisenbahnverbindungen Mülhausen—Belfort und Straßburg—Nancy kein einziger strategisch wichtiger Schienenstrang die bisherige deutsch-französische Grenze. Stichbahnen kommen der Grenze nahe — auf deutscher Seite acht, auf französischer neun.

An der deutsch-russischen Grenze hatten wir den Fall, daß zwar eine Anzahl deutscher Stichbahnen gegen das Zarenreich vorstießen — auf der Gegenseite aber nur einige große Linien dem Hauptverkehr dienten; Rußland konnte eben seine militärische Sicherheit in der ungeheuren Raumausdehnung seines Reiches erblicken.

Wir haben gesehen, wie die Grenzfunktionen der modernen Grenzen sich änderten, wie die Aufgabe des militärischen Schutzes einigen ausgezeichneten be-

festigten Punkten zugewandt und im übrigen die Grenze dem Verkehr dienstbar gemacht wurde. Diese Doppeleigenschaft der Grenze, zugleich dem Schutz und dem Verkehr zu dienen, hat nun die Begriffe gute und schlechte Grenze recht schwankend gemacht. Eine für den Verkehr günstige Grenze, die etwa quer durch wirtschaftlich verbundene ebene Gebiete führt, wird sich im Kriegsfall als höchst ungeeignet für die Verteidigung erweisen. Umgekehrt mindern Gebirge und unwegsame Sumpfgebiete, die die Verteidigung der Grenze erleichtern, den Güteraustausch in hohem Maße.

Eine absolut gute Grenze kann man wohl nur in der Meeresküste erblicken. Die Blickfreiheit der Küste ermöglicht es, drohende feindliche Kriegsmaßnahmen zur See schon von weitem zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Andererseits ist ja das Meer aber mit seinem Güter- und Gedankenaustausch von vitalster Bedeutung für das Leben eines Staates. Der Wert einer Flachküste aber ist wiederum relativ bedingt. Die Seichtheit etwa des der Nordseeküste vorgelagerten Wattenmeeres hindert zwar einen Angriff feindlicher Seestreitkräfte, aber zugleich wird die deutsche Handelsschiffahrt behindert.

Die Wüstengrenze ist etwa der Flachküste zu vergleichen in grenzpolitischer Hinsicht. In dem gleichen Maße, in dem sie vor feindlicher Annäherung schützt, ist sie einem lebhaft flutenden Verkehr feindlich. Dem Angrenzen an das freie Meer läßt sich das Angrenzen an Staaten, deren Neutralität verbürgt ist, gleichstellen. Hier wird die Grenze ihren Schutzfunktionen entzogen und dient lediglich den Verkehrsinteressen.

Nun gibt es aber auch Grenzen, die sowohl in Hinsicht auf Schutz wie auf Verkehr schlecht genannt werden müssen. Solche Grenzen lassen sich die Staaten nur in Zeiten großer Schwäche aufzwingen. In solcher Grenzführung kann man gewissermaßen das Bild des politischen Tiefstandes eines Staates verzeichnet finden. Bestimmte geschichtliche und räumlich-geopolitische Entwicklungszeichen lassen sich aus solchen Grenzführungen herauslesen. Eine der denkbar schlechtesten Grenzen ließ sich Deutschland aufzwingen, als es auf der Strecke Aachen—Kleve von der Maas und unterhalb Emmerich vom Rheindelta abgedrängt wurde.

Wenn sich ein Staat von einem Gebirgskamm herabdrängen läßt, so verliert er auch den schützenden Vorteil des an sich verkehrsfeindlichen Grenzgebietes — und leidet also in doppelter Hinsicht unter schlechten Grenzen. Dieser Art ist vor allem die deutsche Alpengrenze, ferner die Erzgebirgsgrenze Sachsens. Derjenige Staat ist am meisten begünstigt, besitzt die beste Grenzführung, der in seinem Grenzgebiet die meisten Vorteile in strategischer oder verkehrspolitischer Hinsicht besitzt. Jeder Staat sollte sich bemühen, Gebirge und Flüsse möglichst in sein Grenzgebiet einzuziehen — oder sich jedenfalls an solche orographischen Gebiete anzulehnen. Flußinseln und Küsteninseln sollten stets in den Staatsverband

einbezogen werden, da sie sehr leicht Stützpunkte für feindliche Seestreitkräfte abgeben. Eine konvexe Grenzführung, die in das fremde Gebiet vorstößt, ist einer konkaven vorzuziehen, die leicht zu feindlichen Einfällen einladet. Noch ein dritter Faktor ist bei der Beurteilung der Staatsgrenzen in Rechnung zu setzen: das sind die Machtverhältnisse und Kräftekonstellationen dieser Staaten selbst. Diese Konstellationen schwanken ständig. Niemals herrscht im Leben der staatlichen Organismen Ruhe. In gewaltigen Umklammerungen ringen diese riesigen Lebensträger miteinander, und ihre schwankende Gleichgewichtslage läßt auch den Wert der Grenzen schwanken.

Frankreichs Geschichtsseite, das ist das Grenzgebiet, dem das Land die größte Aufmerksamkeit zuwendet, hat sich vom Westen nach Südosten, dann von Osten nach Norden gedreht.

Die politischen Machtverhältnisse der Nachbarstaaten bestimmen nicht ausschließlich den variablen Wert der Grenze. Neuentwicklung wirtschaftlicher Hilfskräfte kann den Wert einer Grenzstrecke erheblich steigern: so kam es zu ernsten diplomatischen Verwicklungen bei der ins einzelne gehenden Gestaltung der Grenze zwischen Alaska und Britisch-Nordamerika, als die reichen Goldfunde an der Alaskagrenze bekannt wurden. Das Acregebiet zwischen Peru, Bolivien und Brasilien ist reich an Gummi. Die Grenzstreitigkeiten der beteiligten Mächte würden ohne diesen wirtschaftlichen Vorzug des Gebietes belanglos sein.

Wenn ein Staat in kräftiger Entwicklung begriffen ist und in einem gewissen geographischen Vorteil — sei dies nun ein Zugang zum Meer oder die Herrschaft über ein Grenzgebirge — eine politische Notwendigkeit sieht, dann wird ihm der so gegebene Wachstumsrand zum wichtigsten Grenzstück. Afghanistan ist ein in politisch-geographischer Hinsicht äußerst interessantes Land, weil hier zwei Wachstumsränder aufeinanderstoßen, die russische und die englische Einflußsphäre. Das starke Interesse, das solche geographischen Wachstumsränder erfordern, zeigt sich in der Tatsache, daß sie einer eingehenden wissenschaftlichen Erforschung gewürdigt werden. Oft bereitet die wissenschaftliche Erkenntnis eines Gebietes den machtpolitischen Anspruch eines Mutterlandes vor; diese Erforschung von Wachstumsrändern hat uns heute den schwarzen Erdteil bekannter gemacht, als es uns viele Strecken Amerikas und Asiens sind, vom Innern Australiens ganz zu schweigen. Die Ausführung schwieriger Tibet-Expeditionen — ich erinnere auch an die Mount-Everest-Expedition — läßt an eine englische Absicht glauben, von Indien her den Himalaja zu überwachen.

Ich möchte diese Darstellung der Grenze und ihrer Funktionen mit einer Zusammenfassung schließen:

1. Politische Grenzen sind eigentümliche organische Gebilde, die gleichsam einen Zwitter der aufeinandertreffenden Gegensätze darstellen. Sie führen ihr eigenes Leben, das sich in fort- oder rückschrittlicher Veränderung äußert.

2. Niemals sind Grenzen bloße Linien, sondern stets räumliche Gebilde, wenn sie auch als solche bei den Kulturstaaten nur mittelbar erscheinen.

3. Bei geographischer Unkenntnis der Grenzgebiete zur Zeit der Grenzziehung treten ununterbrochen Grenzkonflikte auf, die man zum Teil durch elastische Grenzführungen auszuschalten sucht. In Kulturländern dient die wissenschaftliche Grenzfeststellung diesem Zweck.

4. Die Funktionen der Grenze sind solche strategischer und verkehrspolitischer Art; sie liegen häufig miteinander im Widerstreit; der Begriff gute und schlechte Grenze ist relativ aufzufassen.

5. Die Meeresküste ist meistens eine absolut gute Grenze. Schlechte Grenzen werden Staaten in Zeiten der Schwäche aufgezwungen.

6. Der politische Wert der Grenzen ist abhängig von politischen oder wirtschaftlichen Schwankungen in den beteiligten Ländern.

Otto Maull:

LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Scott Nearing und Joseph Freeman: Dollar-Diplomatie. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus. Übersetzt von Paul Fohr. Geleitwort von Karl Haushofer. Mit 11 Skizzen. XVI u. 475 S. Berlin-Grunewald. Kurt Vowinckel. 1927.

Das Buch gehört zu den ganz seltenen, unerwarteten, im Grunde unamerikanischen Veröffentlichungen. Denn mit einer verblüffenden Ehrlichkeit und Offenheit reißt es, frei von allem amerikanischen cant, dem politischen Amerikanertum die Maske vom Gesicht und entlarvt es als krassesten Wirtschaftsimperialismus, als „Dollarpolitik". Schonungslos, wie sonst fast nur Deutsche sein können, meint Haushofer, der ein Geleitwort beigesteuert hat, verfahren die Verfasser in ihrer Selbstoffenbarung mit ihrem eigenem Volk und eigenem Staat.

Im ganzen wirkt die Lektüre wie eine wuchtige Anklageschrift, die freilich — und das ist nicht ganz unamerikanisch — gleich einleitend der mildernden Umstände, mit grundsätzlichen Bemerkungen der Entwicklung des modernen Imperialismus überhaupt, gedenkt, in den auch der Lebensweg der Vereinigten Staaten eingemündet hat. Die Verfasser sehen diesen Imperialismus nur in der Form eines immer weiter um sich greifenden Wirtschaftsimperialismus. Zum Verständnis solch notwendiger wirtschaftlicher und finanzieller Machtentwicklung der Vereinigten Staaten wird in markanten Zügen, unterstützt von eindrucksvollen graphischen Diagrammen, ihr Wirtschaftsaufstieg skizziert, der zur Industrialisierung und zur Ausfuhr der Industrieprodukte geführt hat und damit die Tendenz der möglichsten Sicherung von Absatzgebieten, Märkten als wirtschaftspolitische Folgewirkung ausgelöst hat. Dem reich gewordenen Amerika wurde bald die Erkenntnis, daß Handelssphären viel weniger festzuhalten waren, weil sie der Konkurrenz anderer Handelsstaaten ausgesetzt sind, als die Ausfuhr von Kapital dessen Anlagegebiete an die Union zu ketten vermochte. Seitdem spielte die letztere im wirtschaftspolitischen System der Vereinigten Staaten eine gar bedeutsame Rolle, zumal finanzielle Verknüpfungen den Warenverkehr nur erleichterten.

Der Hauptteil der Darstellung ist nicht etwa eine Geschichte des amerikanischen Imperialismus, die bisher noch nicht geschrieben worden ist. Aus der Untersuchung einzelner Fälle werden Typen wirtschafts- und finanzpolitischer

Durchdringung gewonnen. Es wird gezeigt, wie z. B. die friedliche wirtschaftliche Durchdringung als öffnender Keil des vereinsstaatlichen Imperialismus zu gelten hat, ohne daß dadurch für das beeinflußte Land irgendwelche Belastungen zu entstehen brauchen. So sind z. B. die Wirtschaftsbeziehungen mit Kanada seit geraumer Zeit außerordentlich eng geknüpft, und seitdem das englische Mutterland den kanadischen Kapitalbedarf nicht mehr zu decken vermochte, ist das vereinsstaatliche Kapital in größerem Umfange dort eingedrungen. Zu drückenden Abhängigkeitsverhältnissen für den Schuldnerstaat hat dagegen schon die Investierung vereinsstaatlichen Geldes in Bolivia geführt, das dem Gläubigerstaat im Sinne von Verpfändungen lebenswichtigster Betriebe Sicherheiten geben mußte. Genau wie sich die Handelsstellung der Vereinigten Staaten innerhalb Amerikas in geographischen Zonen anordnet, läßt sich auch der Einfluß des Raumes bei der Verteilung des vereinsstaatlichen Kapitals über den Doppelkontinent erkennen. Die allerwichtigsten Anlagegebiete scharen sich — wie ein Kartogramm typisch zeigt — unmittelbar um die Union. Der Größe der Kapitalinvestierung nach sind es Kanada, Kuba, Mexiko; und aus dieser Verteilung ist ohne weiteres das politische Interesse an den Umländern zu erkennen. Kein weiter abseits gelegener Raum hat eine auch nur einigermaßen diesen drei Staaten gleichkommende Berücksichtigung erfahren. Selbst die drei wohlkonsolidierten südamerikanischen ABC-Staaten stehen weit hinter den beiden nordamerikanischen Anrainern und Kuba zurück. Damit wird am deutlichsten der geringere Einfluß bzw. die geringere Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten im südlichen Südamerika dokumentiert, das infolgedessen auch keine zwingende Abhängigkeit von der Union kennt. Die nur mäßige Kapitalinvestierung in der mittleren Zone, im nördlichen Südamerika, in Mittelamerika und Westindien, darf über den Einfluß der Vereinigten Staaten nicht täuschen; denn sie erklärt sich aus der Mittelgröße, z. T. aus der Kleinheit der einzelnen Staaten und ihres entsprechenden Kapitalbedarfs. In Wirklichkeit befinden sich einzelne dieser Staaten in einer außerordentlich drückenden Abhängigkeit von der Union, so daß im ganzen wohl eine Steigerung des finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses mit der Entfernung der Lagezonen von dem Gläubigerstaat als die Regel gelten darf. Damit wird nahezu eine Parallele zu den handelspolitischen Verknüpfungen der Union mit dem übrigen Amerika gefunden.

Weitere Kapitel lehren andere Typen vereinsstaatlicher Einflußsphären in Ostasien und in Vorderasien kennen, die in zähem Kampfe von der Union errungen worden sind. Wieder ganz anders sind die Beeinflussungen in Hawai, in Panama, in Mexiko, Westindien und Mittelamerika gewesen, die zu einer ganzen Stufenleiter politischer Abhängigkeitsgrade geführt haben. Hier erfolgten Annexionen, dort wurden Protektorate errichtet. An anderer Stelle (z. B. Mexiko) haben dagegen Staaten trotz stärkster Bedrängung noch ihr politisches Eigengewicht bewahrt und üben einen nicht verkennbaren Gegendruck aus. Überall sind die von der Union inszenierten Revolutionen als beliebte und auch erfolgreiche politische Kampfmittel zu erkennen. In einem Anhang werden quellenmäßig die Belege für die wichtigsten Verträge gegeben.

So ist die umfangreiche Veröffentlichung zwar keine Geschichte des amerikanischen Imperialismus. Sie ist in gewissem Grade vom Standpunkt unserer Betrachtung aus mehr. In der Aufstellung der Typen imperialistischer Kampfmethoden und Abhängigkeitsformen der einzelnen Länder im Umkreis des imperialistischen Zentrums ist es ein echt geopolitisches Buch, eigentlich eines von den nicht allzuvielen, die wir besitzen. Es ist zugleich ein Buch, das in anerkennenswerter Weise nach einem System, nach Grundrichtungen für die Behandlung des Stoffes erfolgreich gestrebt hat, und das darum dem Systembau einer allgemeinen Geopolitik gut zugehauene amerikanische Bausteine liefert. Vornehmlich wird aber auch niemand, der sich für das amerikanische Problem als solches interessiert, an dem Buch vorbeigehen können.

R. Jones and W. Bryan: North America (An Historical, Economical and Regional Geography). XIII und 537 Seiten. 104 Karten. Methuen & Co., Ltd., London 1926. 21 Schilling.

Obgleich dieses Buch hauptsächlich für höhere Schulklassen und für Universitätsstudenten geschrieben ist, ist es eine so gründliche Arbeit, daß es eine wertvolle Bereicherung in der Bibliothek derjenigen ist, die sich für Geopolitik, historische Geographie und allgemeine Geographie interessieren; es ist ein ausgezeichnetes Handbuch der Geographie (im ausgedehntesten Sinne) von Nordamerika. Ein sorgsam angeordneter Index erleichtert die Benutzung des Buches. Wenn man R. Smith: North America, in welchem Werk die Behandlung der ökonomischen Seite vorherrscht, als Ergänzung betrachtet, erhält man die neuesten Tatsachen über das behandelte Gebiet.

Zwei Punkte sind klar hervorgehoben, welche erklären, warum Kanada und die Vereinigten Staaten sich deutlich unterscheiden; erstens daß gewisse geologische Eigentümlichkeiten mehr oder weniger mit der politischen Grenze zusammentreffen (der kanadische Schild, die Niederungen des St.-Lorenz-Tales, das präkambrische Gebiet südlich des östlichen Quebec und das produktive Steinkohlengebirge von Neubraunschweig) und zweitens, daß die Winterstürme in gerader östlicher Richtung vom Pazifischen zum Atlantischen Ozean an Kanadas südlicher Grenze entlang streichen, und daß die zentralen und südlichen Stürme der Vereinigten Staaten eine nordöstliche Richtung einschlagen und sich im südöstlichen Kanada konzentrieren. Die verschiedenen meteorologischen Karten sowie die über Ernteerträgnisse sind sehr instruktiv, da sie die Abhängigkeit der letzteren von den meteorologischen Verhältnissen darstellen. Das Kapitel XIII über die Weizenproduktion behandelt den Norden nicht genügend. Besonders die neuesten Ergebnisse bei der Züchtung des Garnet-Weizens waren noch nicht bei Fertigstellung des Buches bekannt und konnten daher in ihren Folgen nicht erörtert werden. Die nördliche Weizengrenze in Kanada bewegt sich nämlich so schnell weiter nordwärts, daß sie fast jährlich revidiert wird. So viel auch Kanada und die Vereinigten Staaten an Getreide produzieren, könnte die Ernte verdoppelt werden, wenn europäische wissenschaftliche Methoden angewendet würden. Sowohl „Trockenkultur" als auch künstliche Bewässerung sind ausführlich behandelt und erklärt. Das Buch ist eins der wenigen, das den enormen ökonomischen Möglichkeiten der subarktischen Gebiete Rechnung trägt. Der Abschnitt über Neufundland hätte angesichts seiner wachsenden ökonomischen Bedeutung und seines großen Eisenreichtums ausführlicher sein können. Abgesehen davon wird der schärfste Kritiker keine wirklichen Lücken in dem Buch finden, das eine reiche Information gibt. L. Hamilton.

W. P. M. Kennedy: „The Constitution of Canada", Oxford University Press. XX und 519 Seiten. 25 Schilling.

Auf viele Jahre hinaus wird Professor Kennedys Buch das maßgebende Werk über die Verfassung Kanadas bleiben. Der Wert desselben wird noch bedeutend erhöht durch eine sorgfältige, ausführliche, auf Dokumente gestützte historische Einleitung, ferner durch einen ausgezeichneten Index (30 Seiten), eine Tabelle gesetzlicher Entscheidungen in bezug auf die Verfassung und einen wörtlichen Abdruck des British North America Act, 1867, der Magna Charta des Dominions. (Ihr nachgebildet sind die Verfassungen der sich selbst regierenden britischen Tochterstaaten, ebenso die des Freistaates Irland.)

Vom historischen Standpunkt aus betrachtet, zeigt die kanadische Verfassung alle Methoden der kolonialen Regierung. Sie beginnt mit der „Französischen Handelsgesellschaft" und beschränkt sich auf die Verwaltungstätigkeit einiger Faktoreien. Es folgt der Zustand einer königlichen Provinz, die eine den französischen Provinzen jener Zeit ähnliche Verwaltung aufzuweisen hat mit einem Gouverneur, Intendanten, Bischof und Rat (Parlament). Ein Feudalsystem wird eingeführt, und die Macht der Kirche entwickelt sich unter Laval derartig, daß die königliche Autorität geschwächt wird. Mit der Eroberung des Landes durch die Engländer wird eine Militärherrschaft eingerichtet (1759—1764). Man kann sagen, in jener Zeit erkannten die Engländer, daß eine versöhnende Politik das einzige Mittel war, um die Franzosen zu loyalen britischen Untertanen zu machen. Die Zivilregierung wuchs aus den Erfahrungen, die man während der Zeit der Militärverwaltung gesammelt hatte, und die Generäle Murray und Carleton waren vielleicht die

besten Freunde, die die Franzosen je in Kanada gehabt haben. Als die amerikanischen Kolonien für Großbritannien verlorengingen, ergab sich die Notwendigkeit, eine rein englische Provinz (jetzt Ontario) zu gründen, da eine große Zahl loyaler Amerikaner in Kanada unter der britischen Krone Schutz suchte. Von diesem Zeitpunkt datiert die Rassenfrage in Kanada, die heute noch existiert, wenngleich sie an Schärfe verloren hat. Die Entwicklung der Verfassung des Dominions wurzelt also in zwei Rassen. Ihre Eigenart liegt in der Verschmelzung französischer Gesetze mit englischen, unter Hinzunahme solcher, die auf den alten Kolonialgesetzen erwachsen waren, so daß sich allmählich eine vollständig unabhängige Regierung bildete, die mit der einen Ausnahme, daß der englische König auch oberster Herrscher Kanadas ist, fast frei von allen Beschränkungen des Mutterlandes ist.

Ausführlich sind die Föderation und die Einwirkungen des großen Krieges auf die Verfassung behandelt. Wenn es etwas zu kritisieren gibt, so ist es vielleicht dies, daß die frühen Verfassungskämpfe Neuschottlands nicht genügend hervorgehoben sind, und daß die Bildung der neuen Provinzen Saskatchewan und Alberta nicht ausführlich genug behandelt ist. Bei der Behandlung föderativer Konstitutionen besteht immer die Gefahr, daß die einzelnen Bestandteile zu kurz dargestellt werden. Doch sind die Provinzen von Professor Kennedy genügend behandelt, um dem Leser die Entstehung demokratischer Konstitutionen vor Augen zu führen und die Fäden zu verfolgen, die von den Provinzen und Territorien zur Zentralregierung führen. L. Hamilton.

Sir Robert Falconer: „The United States as a Neighbour". Cambridge University Press, 1925. 259 Seiten, Karte, 7½ Schilling.

Da Kanada nur einen Grenznachbar, die Vereinigten Staaten, hat, sind die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern sowohl vom politischen wie vom ökonomischen Standpunkt äußerst wichtig. Sir Robert Falconer hat die schwierige Aufgabe unternommen, diese Frage zu behandeln und hat es ebenso erschöpfend wie meisterlich durchgeführt. Als erster hat er die komplizierten Fäden des Problems gesammelt, das zwischen den beiden großen Nachbarn des nordamerikanischen Kontinents besteht, und er hat gezeigt, wie es sich historisch zum jetzigen befriedigenden Zustand entwickelt hat. Man kann ruhig sagen, daß nicht nur der alte Schrei nach Annexion verstummt ist, sondern daß auch alle Reibungspunkte zwischen beiden Ländern aus dem Wege geräumt sind. Die gefährlichsten waren die Grenzfragen. Zuletzt wurde diejenige hinsichtlich Alaskas geregelt (1903). In Verbindung damit spricht — nebenbei bemerkt — der Verfasser auf S. 70 vom 141. Breitengrad statt Längengrad. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei all den kanadisch-amerikanischen Grenzstreitigkeiten die Kanadier am schlechtesten abgeschnitten haben. Die kanadische Ansicht ist die, daß das Mutterland das Dominion den Reichsinteressen opferte. Freilich sollte Kanada bedenken, daß im Falle eines Krieges mit den Vereinigten Staaten das Dominion zu leiden haben würde. Und wenn auch wenig Zweifel darüber bestehen kann, daß England den Staaten immer ängstlich nachgegeben hat, so waren doch viele seiner Konzessionen dadurch hervorgerufen, daß die alten Kartenzeichner oft keine Ahnung von der tatsächlichen geographischen Lage hatten. Die amerikanischen Politiker jedoch teilten diese Unwissenheit nicht, und wenn sie ein moralisches Unrecht dadurch begingen, daß sie ihre Kenntnisse für sich behielten, so ist es doch von den Kanadiern naiv, Moral mit Diplomatie zu verwechseln.

Über eine gewisse Amerikanisierung Kanadas kann kein Zweifel sein. Sie ist jedoch oberflächlicher, als der durchschnittliche europäische Beobachter meint. Lehrreich ist in dieser Beziehung der folgende Satz: „— Halifax ist Victoria ähnlicher als ersteres Portland in Maine oder letzteres Portland in Oregon. Es besteht eine größere Ähnlichkeit zwischen Toronto und Winnipeg als zwischen Toronto und Buffalo oder zwischen Winnipeg und Minneapolis. Und trotz der Verschiedenheit der Sprache, Religion und gesellschaftlichen Einrichtungen ist der Geist der Provinz Quebec eher mit dem der Seeprovinzen und dem Ontarios verwandt als dem der Vereinigten Staaten" (S. 2). Die Entwicklung auf dem nordamerikanischen Kontinent ist mit Riesenschritten vorwärts geeilt. Wir in Europa sind zu sehr geneigt, an Amerika als an einen geographischen

Begriff zu denken und die politische Entwicklung zu vergessen. Einige Jahre vor dem Kriege allerdings lag eine gewisse Berechtigung in dem Gedanken, daß Montreal eine Vorstadt von New York werden würde oder Toronto von Pittsburg, Winnipeg von Chicago, Vancouver von San Francisco.

Um zu verstehen, wie die Veränderung vor sich gegangen ist, muß man Falconers bemerkenswertes Buch lesen. Die Entwicklung der Länder geht jetzt parallel. Die Natur beabsichtigte eine nordsüdliche Entwicklung auf dem amerikanischen Kontinent, der Mensch mit seiner Politik hat eine ostwestliche Bahn des ökonomischen Lebens sowohl in Kanada wie in den Staaten hervorgerufen. Was Kanada vor einer nicht nur oberflächlichen Amerikanisierung rettete, war die Existenz der leidenschaftlich nationalistischen und katholischen Franko-Kanadier im Osten und die entschieden britische Erscheinung von kanadischem Protestantismus im übrigen Lande. (Vgl. M. Jaray: „Revue des Sciences Politiques", 1923, und Falconer S. 190.) L. Hamilton.

„The Canadian Annual Review of Public Affairs, 1925—26, Toronto, The Canadian Review Co., 1926. 828 Seiten, 50 Abbildungen.

Dies ist die 25. Ausgabe des ausgezeichneten Handbuchs über kanadische Angelegenheiten und ist seinen Vorgängern vollständig ebenbürtig. Dadurch, daß erst Kanada als Ganzes behandelt wird und die verschiedenen wichtigen Probleme des Dominions in innerer und äußerer Politik berührt werden, und dann jede einzelne Provinz in ähnlicher Weise behandelt wird, entsteht das vollständigste Jahrbuch über kanadische Angelegenheiten, das bis jetzt hervorgebracht worden ist. Bekannte kanadische Autoritäten sind von den Herausgebern als Verfasser der einzelnen Abschnitte gewonnen, und so ist es gelungen, es als informatorisches Buch auf derselben Höhe zu erhalten, die der Begründer des Jahrbuches (J. Castell Hopkins) erstrebte. Es ist eine anerkannte Autorität auf seinem Gebiet geworden, das keiner, der kanadische Verhältnisse studiert, in seiner Bibliothek entbehren kann. Der außerordentlich sorgfältig zusammengestellte Index erhöht den Wert des Buches bedeutend. Er enthält 4000 Gegenstände und zeigt, daß nichts, was in Verbindung mit Kanada von Wichtigkeit ist, ausgelassen ist. L. Hamilton.

John S. Ewart: „The Kingdom of Canada... and other Essays", Morang, Toronto; „The Kingdom Papers", McClelland Goodchild & Stewart, Toronto (2 Bände); „Canada and British Wars", Selbstverlag, Ottawa; „The Independence Papers", Nr. 1—5, Selbstverlag, Ottawa 1908—1926.

Der Verfasser ist in der ganzen Englisch sprechenden Welt bekanntgeworden durch das Ende letzten Jahres bei G. H. Doran Company, New York), erschienene Werk „The Roots and Causes of the Wars" (1914—1918), das zu den gelesensten Büchern auf diesem Gebiet zählt. Es zeichnet sich durch große Objektivität aus und ist das einzige Werk dieser Art, das Deutschland Gerechtigkeit widerfahren läßt. Obige Werke sind eine Reihe monatlich erscheinender Aufsätze, die weiter fortgeführt wird. Abgesehen davon, daß der Verfasser zu den führenden Autoritäten auf dem Gebiet der kanadischen Verfassung gehört, ist er der unerschrockene Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Kanadas. Seine Quellen und Untersuchungen umfassen die gesamte imperialistische Politik. Sie zeugen von einem Fleiß, Scharfsinn, einer Belesenheit und Gedächtnisschärfe, die geradezu verblüffend sind. Mit bewundernswerter Geduld schält er aus den Präzedenzfällen, dem behördlichen Briefwechsel und dem Austausch der Dokumente zwischen Kanada und dem Mutterlande die Vorgänge heraus, die zu der fast selbständigen Stellung Kanadas geführt haben. Doch will er diese Selbständigkeit noch vervollkommnet sehen, so daß alle Bande zwischen den beiden Ländern fallen sollen, doch zunächst mit Ausnahme der Oberhoheit der Krone. Kanada soll aufhören, ein Dominion zu sein und soll ein Königreich werden. Doch soll dies nach seinen Ausführungen nur eine Etappe in der Entwicklung sein. Der Gedanke ist an sich nicht neu. Er wurde in Vorschlag gebracht von den „Vätern der Föderation", durch deren Bestrebungen die British North America Act (1867) zustande kam, aus der sich die heutige Verfassung entwickelt hat. England wollte damals von dieser Bezeichnung nichts wissen, da es dadurch bei der Union Anstoß zu erregen glaubte, die es

als einen Vorstoß gegen die Monroe Doctrine betrachten konnte. Dies Bedenken gilt heute noch. So geht Ewart in seinen Vorschlägen weiter und will Kanada als Republik enden sehen.

Es würde zu weit führen, alle Argumente Ewarts anzuführen. Wie in keinem anderen Werk sehen wir hier eine Seite der kanadischen Politik, von der weder in Kanada noch im Mutterland öffentlich viel gesprochen wird. Es handelt sich nicht darum, daß der Verfasser keine Anhänger hat, sondern darum, daß er den Mut hat, diese Frage öffentlich zu behandeln. Freilich ist nicht anzunehmen, daß seine zwanzigjährige Tätigkeit spurlos an den kanadischen Gemütern vorbeigegangen ist. Er wird möglicherweise in der Geschichte als der Vater des kanadischen Unabhängigkeitsgedankens weiterleben. Durch seine Schriften hat er die gesamten Vorarbeiten dazu geliefert.

Das gewaltige Material hat er zusammengetragen aus Begebenheiten und Fragen, welche nur vom Fachmann als zusammenhängend erkannt werden können. Es genügt, einige der wichtigsten zu erwähnen: Die Trennung vom Kolonialamt, Naturalisation, Urheberrecht, Kauffahrteischiffahrt, die Flagge, der Burenkrieg, Freihandel und Zölle, Imperialismus, Kabel, Grenzstreitigkeiten, die Flotte, die „Ne temere"-Frage, Seekaperei, der Große Krieg, Locarno, Genf. Wenn auch Ewart alle diese Probleme mit einer gewissen Schärfe behandelt und durchaus nicht als anglophil zu bezeichnen ist, so bleibt er immer ein vornehmer Kämpfer und hat einen nicht zu beirrenden historischen Blick für die großen Linien der Politik. Wer seine Schriften nicht kennt, kann die Politik Kanadas nicht verstehen.

L. Hamilton.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obs , Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig